D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 91
September '77 DM 1,80

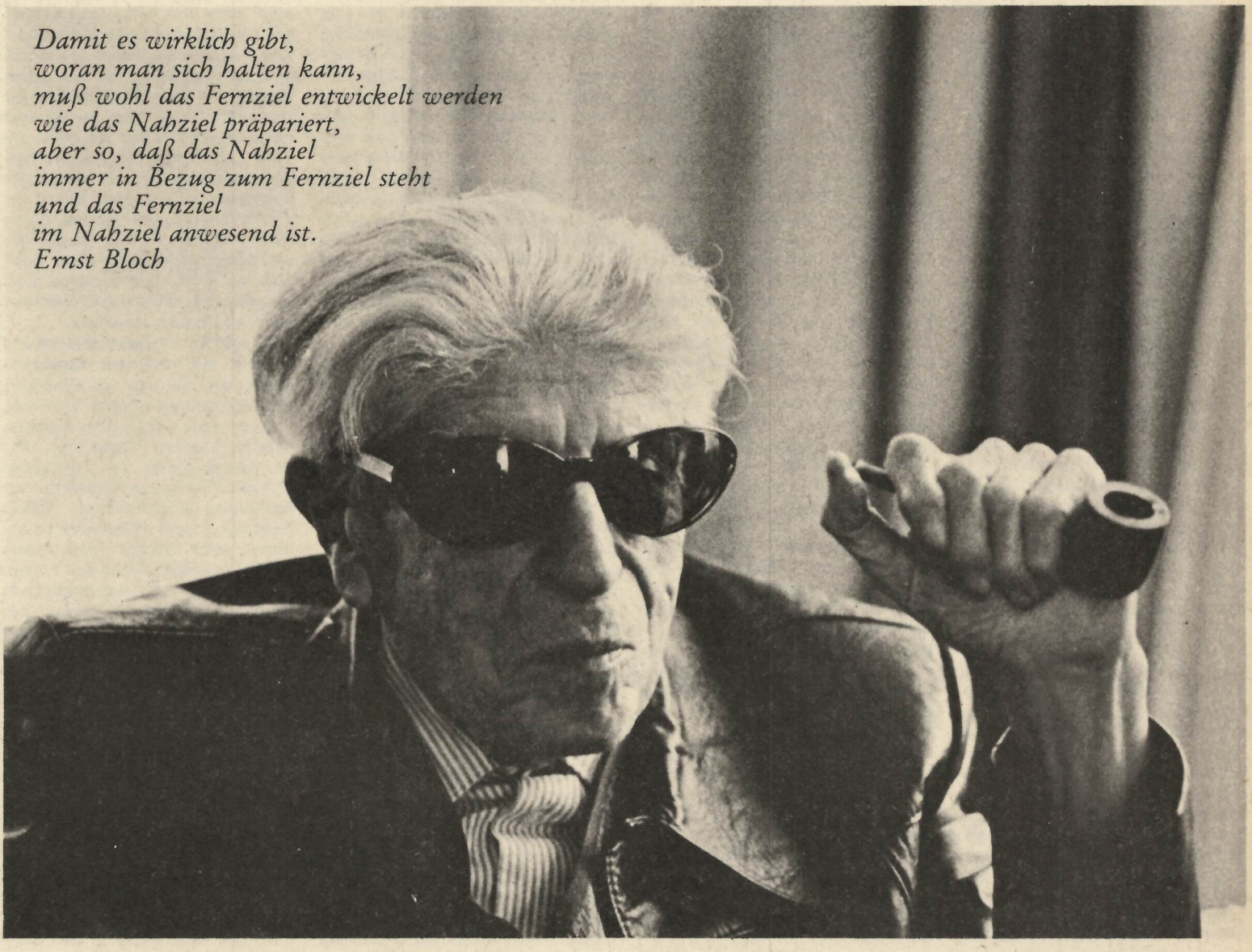


Bild: Eckhard Supp

IN DIESER AUSGABE: Zum Tode von Ernst Bloch Detlef Horster: Phänomenologe der sozialistischen Zukunft 9 • **Terror** Stellungnahme des Arbeitsausschusses des SB 2 • **Kommentare** Detlev Claussen: Bahro 3 • Wolfgang Abendroth: Gingold-Urteil 4 • Axel Hübner: Pfadfinder 5 • **Arbeiterbewegung** Egbert Jahn: Stuttgarter Kongreß 1907 12 • **Diskussion** Dany Diner: Kritik am "realen Sozialismus" 16 • **Frauen** Autocoscienza in Italien 18 • **International** A. Dahms/B. Schleich: Wahl in Spanien 19 • **Medien** Carl-Wilhelm Macke: NDR 21 • **Aktion** Linke Christen 23 • **Bericht** Gundel Lohmann-Pabst: Kindergärtnerinnen 24 • **Initiativen** Umweltkongreß in Frankfurt 27 • Kundgebung Kalkar – 24. September 28

Sozialismus und Terrorismus

Stellungnahme des Arbeitsausschusses des Sozialistischen Büros

1. Mit Entsetzen haben wir Sozialisten auf die kaltblütigen Morde reagiert, für die sich die "Rote Armee Fraktion" verantwortlich erklärt. Nach Individualattentaten ist die "Rote Armee Fraktion" nun zum Kollektivmord übergegangen: Dieter Göbel, Georg Wurster, Siegfried Buback, Jürgen Ponto, Reinhold Brändle, Roland Pieler, Helmut Ulmer, Heinz Marcisz.
Wir Sozialisten lehnen Mord als Mittel der Politik nicht nur aus taktischen, sondern aus prinzipiellen Gründen ab. Für Sozialisten ist das Ziel, eine humane Gesellschaft zu schaffen, dauerndes täglich geltendes Gebot. Dieses Ziel ist nicht abgehoben, kann nicht zur Ideologie werden wie bürgerliche Wertvorstellungen, die die Praxis nicht anleiten, sondern verhüllen; dieses Ziel gilt vielmehr als tägliche Richtschnur. Aus diesem Grunde besteht für Sozialisten auch ein strikter und unaufgebbarer Zusammenhang zwischen dem Ziel und den jeweils zur Verwirklichung des Ziels verwendbaren Mitteln. Denn das Ziel, das sich täglich konkretisiert, verlangt Mittel, die mit ihm vereinbar sind. Wird eine solche Vereinbarkeit nicht erreicht, besteht die Gefahr, daß die verwandten Mittel das Ziel zerstören und selbst an die Stelle des Zieles treten. Letzteres kann dann nur noch als Rechtfertigungslüge gebraucht werden. In diesem Sinne gilt prinzipiell, daß das sozialistische Ziel nicht durch inhumane Mittel angestrebt werden kann.
Diese grundsätzliche Ausgangsstellung wird nicht dadurch aufgehoben, daß Sozialisten immer wieder Mittel aufgezwungen werden, die den Grundsätzen einer menschenwürdigen, sozialistischen Gesellschaft nicht entsprechen. Sie dürfen sich allerdings auch dann nicht auf den rücksichtslosen Gebrauch des physischen Gewaltapparats des Staates auf gleicher Ebene einlassen, sondern müssen täglich jedes Mittel daraufhin überprüfen, ob es hier und heute notwendig und angemessen ist, den Kampf für eine humane Gesellschaft zu führen. Diese Abwägung ist oft schwierig und unbequem. Sie fordert von Sozialisten eine tägliche Verbindung von Theorie und Praxis, wie sie gerade durch die herrschenden Verhältnisse versucht wird zu verhindern. Aber Sozialisten verlieren sich selbst, sie begeben sich des Fundaments ihrer Politik, wenn ihr Ziel nicht auch in der Art, wie sie die sozialistische Gesellschaft zu erreichen suchen, nachvollziehbar und sichtbar zum Ausdruck kommt. Aus diesen Gründen hat sich die "Rote Armee Fraktion" ihres sozialistischen Anspruchs selbst begeben. Terroristische Entführungen und kalkulierter begleitender Mord sind keine Mittel, um einer sozialistischen, einer humanen Gesellschaft einen Fuß breit näherzukommen. Sozialistische Arbeit in dieser Republik ist mühsam und riskant. Versuchen doch die Herrschenden, alle sozialistischen Ansätze im Keim zu ersticken und die Bewegungsfreiheit sozialistischer Tätigkeit, die sehr wohl vom Grundgesetz gedeckt ist, Zug um Zug einzuengen. Nichts aber hat so sehr dazu beigetragen, daß die Herrschenden den Spielraum für sozialistische Politik rasch beschneiden konnten, wie die Morde der RAF. Mit wenigen Schüssen machte sie vieles zunichte, wofür wir jahrelang mühsam gekämpft haben. Mit einem Schlag war durch den Mord an Günther von Drenkmann die Debatte über die Haftbedingungen zu Ende. Der "Fall" Traube, vielmehr der Fall der zunehmenden offiziellen Bespitzelung der Bürger der Bundesrepublik durch die Sicherheitsapparate der Regierung, wurde mit einer einzigen Salve am Gründonnerstag dieses Jahres erledigt. Der mühsame Kampf um politische und soziale Freiheiten, gegen Berufsverbote, gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, gegen den Abbau liberaler Elemente im Justizwesen, der Kampf für Demokratie und Sozialismus wird in der Bundesrepublik durch die RAF außerordentlich erschwert. Diese Morde gefährden das kapitalistische System nicht. Sie gefährden aber fundamental die Möglichkeit sozialistischen Kampfes.
Deshalb gibt es für Sozialisten weder offene noch heimliche Solidarität mit dem mörderischen Terror der RAF.

2. Mit Empörung verfolgen wir aber auch, wie insbesondere die staatlichen Instanzen in Aktion und Reaktion polizeistaatliche Methoden zum Gesetz erheben und anzuwenden versuchen. Es drängt sich der Eindruck auf, sie hätten nur auf den Anlaß zum Abbau demokratischer Rechte gewartet. Da werden Sozialisten, ja all diejenigen, die irgendwann und irgendwo einmal an den Zuständen in diesem Lande und ihren herrschenden Trägern Kritik übten, mit Terroristen gleichgesetzt. Man redet davon, diesen "geistigen Sumpf", in den man alle Kritiker stopft, "trockenlegen" zu wollen, belehnt dabei das Wörterbuch des Unmenschen, verwandelt selbst die Verfassung in einen Sumpf, in dem die bürgerlichen Freiheitsrechte zu versinken drohen. Die Art, in der man in Stammheim rechtsstaatliche Gepflogenheiten so rasch wie möglich über Bord warf, machte der Bundesrepublik selbst den Prozeß. Dies zeigt schlaglichtartig, worum es den Vertretern der gesellschaftlich herrschenden Gruppen zu tun ist: nicht um den Ausbau liberaler Demokratie, sondern um die Sicherung des status quo der Herrschenden. Auch jetzt, da man nach den Mördern fahndet, fällt diesen Vertretern nicht mehr ein als den Polizeistaat auszubauen, alle Kritiker als potentielle Sympathisanten zu diffamieren und tendenziell ihrer bürgerlichen Rechte zu berauben. So kann man verdrängen, daß das antikommunistische und autoritäre Klima in der Bundesrepublik mitverantwortlich ist, daß einzelne und versprengte Gruppen in ihrer haltlosen Ohnmacht zu Mitteln des Mordes greifen. So kann man verdrängen, daß Generationen von sozialistischen Arbeitern und liberalen Radikaldemokraten in jahrzehntelangem Kampf viel tausendfach ihr Leben, ihre Gesundheit und ihre berufliche und familiäre Existenz für die Erlangung demokratischer Rechte gegen die reaktionäre deutsche Bourgeoisie eingesetzt und geopfert haben – daß vor allem ihnen die bescheidenen demokratischen Errungenschaften in Deutschland zu verdanken sind. So kann man verdrängen, was die RAF-Leute getrieben hat und vielleicht auch heute noch treibt: der Haß gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, das den Faschismus hervorgebracht und das im Weltmaßstab auch in seiner nicht-faschistischen bürgerlich-demokratischen Form das Leben von vielen Millionen Menschen auf dem Gewissen hat. Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben "demokratische" Politiker immer wieder ihre "klammheimliche Freude" über eine Politik offen ausgedrückt, die die Ermordung von 30.000 Chilenen, von zwei Millionen Vietnamesen, von 600.000 Kambodschanern, von Zehntausenden Laoten zum Inhalt hatte. Deutsche Politiker haben sich offen mit der israelischen Politik gegen die heimatvertriebenen Palästinenser solidarisiert. Sie unterstützen den Rassismus in Südafrika und die Verletzung der Menschenrechte der Schwarzen in den USA. Manche zollen dem Schah von Persien in unverschämter Offenheit ihre Anerkennung und verkünden damit in indirekter Form das Todesurteil gegen Sozialisten, Liberale und Sozialdemokraten.
Indem man mit den aufgewühlten Gefühlen gegen den Terror die Linke zu treffen und demokratische Freiheitsrechte abzubauen sucht, verdirbt man die selbstverordnete Trauer. Denn diese Trauer und dieses Entsetzen, das wir, wo es ehrlich ist, teilen, rechtfertigen nicht den Polizeistaat, sie rechtfertigen allein das strenge Bemühen um Demokratie und ihre nicht nur wort-täuscherische Verwirklichung.

3. Indem wir terroristische Handlungen als Mittel der Politik radikal bekämpfen, kämpfen wir an einer doppelten Front: wir treten zum einen all denjenigen entgegen, die mit "klammheimlicher Freude" sozialistische Politik dadurch diskreditieren, daß sie terroristische Mittel spielerisch taktisch abwägen. Für Sozialisten sind Ziele und Mittel eine Einheit. Für sie gibt es nicht den herrschenden Ausweg der doppelten Moral, eine für diejenigen, die man unterdrückt, und eine für diejenigen, die herrschen. Weil dem so ist, weil sozialistische Politik wie keine andere Leben erhalten und verbessern will, müssen wir mit all den einzelnen und Gruppen reden und sie zu überzeugen suchen, die in ihrer Isolation, in ihrer verzweifelnmachenden Ohnmacht ihren Kopf, aber auch ihr Herz verlieren, über mörderische Mittel nachsinnen und sie endlich auch einsetzen.
Die andere Auseinandersetzung besteht mit gleichem Nachdruck darin, daß wir um die Erhaltung der Möglichkeiten einer sozialistischen Politik und um ihre Verwirklichung streiten. Denn mit Hilfe der Bekämpfung der Terroristen soll gleichzeitig die Möglichkeit zur Entfaltung sozialistischer Politik beseitigt werden. Was wäre es anderes, wenn Dregger und andere nach "geistiger Sicherheit" rufen und damit schon die hessischen Rahmenrichtlinien als Vorwurf des Terrorismus in Verruf zu bringen suchen (und dies mit Erfolg auch getan haben). Dagegen geht nur eine Politik, die die Ursachen von Ohnmacht, von Isolierung und Verzweiflung abzubauen versucht, an die Wurzeln des Terrorismus.
Dieser doppelfrontige Kampf ist schwierig und langwierig. Denn die Herrschenden suchen uns zu isolieren, suchen uns in unserer Verzweiflung anpassen oder ausflippen zu lassen. Wir lassen uns aber den Kern sozialistischer Politik nicht rauben, in Zielen und Mitteln der Emanzipation der Menschen von herrschenden Zwängen zu dienen. Die Verzweiflung über die Zustände dieser Gesellschaft kann uns an der Suche nach ihrer Vermenschlichung nicht zweifeln machen. Darum lehnen wir den Terror ebenso radikal ab, wie wir autoritäre, repressive und polizeiliche Methoden gerade im Interesse der Menschen bekämpfen.

Sozialistisches Büro
– Arbeitsausschuß –
11. September 1977

★

Kommunistische Kritik im "realen Sozialismus"

Die heutige Parteiorganisation "ist konditioniert wie ein Pawlowscher Hund, der eine lange Zeit braucht, um eine einmal eingeübte Reaktion auf irgendein Signal zu verlernen, wenn dieses Signal seine Bedeutung verändert."
Rudolf Bahro, Berlin, Hauptstadt der DDR, August 1977

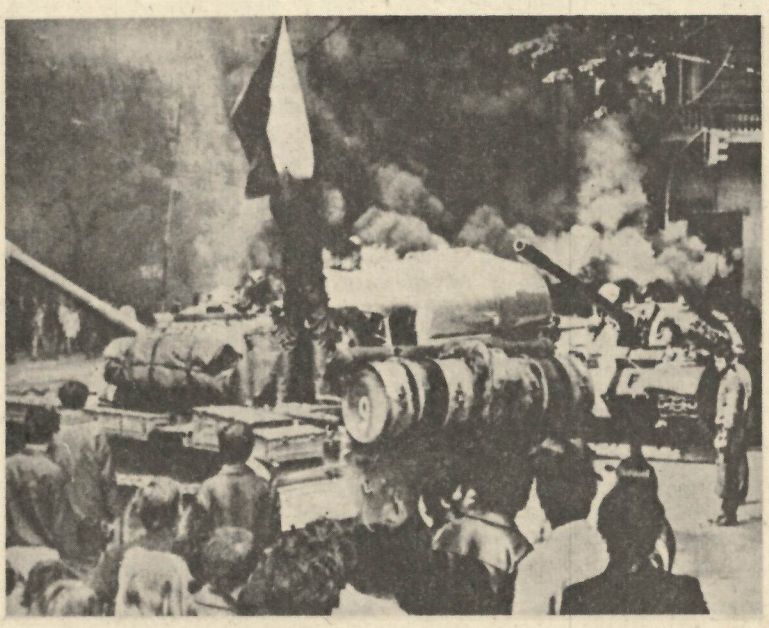
Der Pawlowsche Hund hat wieder zugebissen. Am 24. August meldete ADN, die Nachrichtenagentur der DDR: "Am 23. August 1977 wurde von den Sicherheitsorganen der DDR Rudolf Bahro wegen Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeit festgenommen." Als ob wir uns noch in Stalins Zeiten befänden, in denen jede kommunistische Kritik als faschistische, imperialistische, trotzkistische oder zionistische Propaganda im Dienste ausländischer Staaten ver- und abgeurteilt werden konnte, weil der Parteiapparat noch das uneingeschränkte Monopol auf die sozialistische Öffentlichkeit besaß. Rudolf Bahros Buch "Die Alternative" erschien in der Hauptstadt der DDR als Untergrundliteratur, und seine Interviews mit ARD und ZDF wurden in der ganzen DDR gesehen. Es wäre jetzt falsch, wieder in das Gejammer über die bürgerlichen Medien einzustimmen, denn – wie gehabt – wird das von den DDR-Behörden zum Beweis "staatsfeindlicher Verbindungen herangezogen werden: "Wer zu Organisationen, Einrichtungen, Gruppen oder Personen wegen ihrer gegen die Deutsche Demokratische Republik oder andere friedliebende Völker gerichteten Tätigkeit Verbindung aufnimmt, wird mit Freiheitsstrafen von einem bis zu fünf Jahren bestraft." (§ 100 des Strafgesetzbuches der DDR). Uns bleibt um der Solidarität mit Rudolf Bahro willen nur eine scharfe Kritik an den Entstellungen seiner revolutionären Kritik des "real existierenden Sozialismus", die er nicht verhindern kann, weil er "aus dem Verkehr gezogen" ist, wie er es Tage vor der Veröffentlichung selbst formulierte.

Rudolf Bahros Argumente sind keine zweideutigen und für verlogene "Menschenrechtskampagnen" benutzbare. Aber auch die westdeutschen Medien handeln wie Pawlowsche Hunde. Sie begeistern sich über angeblichen "Eurokommunismus" in Osteuropa, aber hier muß endlich genau begriffen werden, daß es sich nicht um ideologische Debatten, sondern um eine revolutionäre Kritik an den Produktionsverhältnissen des "real existierenden Sozialismus" handelt. Nicht der Konflikt des höchsten DDR-Büros mit Bahro steht im Mittelpunkt, sondern der wirkliche Konflikt der osteuropäischen Gesellschaften, die von Bahro als "klassengesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse" charakterisiert werden. Wer Bahro als Eurokommunisten etikettiert, um ihn im Westen besser zu verkaufen, arbeitet seiner politischen Denunziation in der DDR in die Hände, weil dieses Etikett dort schnell zur modernen Ersatzformel für "Trotzkismus" werden kann. Im Westen täuscht die Vokabel "Eurokommunismus" über den wirklichen Prozeß hinweg, daß nämlich verschiedene westeuropäische kommunistische Parteien die veränderten Massenemanzipationsbedürfnisse und Machtstrukturen im Spätkapitalismus wahrzunehmen gezwungen sind. Bahros Arbeit ist aber nicht als Übertragung falsch verstandener Diskussionen über das Verhältnis von bürgerlicher Demokratie und sozialistischer Veränderung zu verstehen, sondern als Versuch, der "kommunistischen Opposition in Osteuropa ein theoretisches Fundament zu geben". Bahro knüpft deshalb auch an den emanzipatorischen Sinngehalt der Marxschen Theorie und nicht an die Menschenrechte an, deren Verletzung er als notwendige Folge eines Zustands begreift, in dem ein Parteiapparat versucht, eine Identität von Staat, Klasse und Volk herzustellen. Wir werden das Erscheinen des Buchs abwarten müssen, um im einzelnen auf die Punkte der Kritik eingehen zu können, aber überzeugend klingt schon die These, daß klassengesellschaftliche Arbeitsteilungsverhältnisse die Interessenidentität von Partei, Staat, Klasse und Volk ad absurdum führen. Der Zwang scheint der einzige Ausweg für die Partei zu sein, wenn diese Interessen sich zu artikulieren beginnen: der 17. Juni, Ungarn 1956, Polen – alles sinnfällige Demonstrationen für diese These. Vor allem der Prager Frühling 1968 bekommt in diesem Zusammenhang ein dialektisches Antlitz, das auch wir viel zu wenig analysiert haben. 1968 sind gesellschaftliche Emanzipationsbedürfnisse durch eine veränderte Politik der kommunistischen Partei geweckt worden, die langfristig einen den "Rahmen bürgerlicher Geschichte" sprengenden Charakter hätten annehmen können. Die Intervention der Warschauer Pakt-Staaten hat uns um die Erfahrung gebracht, wie eine neue soziale Revolution, die weder bloß als Sturm auf das Winterpalais noch als kampflose Überzeugungsarbeit gesehen werden darf, den wirklichen Sprung aus der Vorgeschichte schaffen kann, als deren letztes Stadium Bahro den "real existierenden Sozialismus" sieht.

Mit der Intervention in die CSSR war nicht für Bahro allein eine lebensgeschichtliche Periode, sondern eine historische abgeschlossen. Ökonomisch und politisch ist der emanzipative Impuls der Oktoberrevolution verloren gegangen. Dieses Faktum begründet eine Stagnation nach der ökonomischen wie nach der politischen Seite. Bahros Kritik unterscheidet sich aber vom antikommunistischen Kulturpessimismus, der unter dem Firmenzeichen "Nouvelle Philosophie" im Westen gerade Furore macht, und auch den alten Formen linker Kritik an der Sowjetunion (Bürokratiethese, Sozialimperialismus, Staatskapitalismus) in dem Versuch, den Verhältnissen an die Wurzel zu gehen, d. h. den Produktionsverhältnissen und damit den Menschen, die sie produzieren. Die Widersprüche des "real existierenden Sozialismus" bringen nach Bahros Hypothese ein neues emanzipatorisches Potential hervor: erworbene Fähigkeiten, gesellschaftliche Verhältnisse zu durchschauen und eine Emanzipationstheorie, an der sie zu messen sind. Die Partei selbst, die den Marxismus zur Staatstheorie gemacht hat, erzeugt täglich diesen Widerspruch – auch im Bewußtsein ihrer Mitglieder, an das ein "revolutionärer Marxismus" anknüpfen kann.

Beweis für diese These ist die Person Bahros schon genug, der ein Kader des DDR-Typs ist. Nicht "Wirtschaftsfachmann", wie die auf Fachidioten spezialisierte westdeutsche Presse schreibt, sondern studierter Philosoph, der als Parteijournalist, Aktivist in der Kollektivierungskampagne 1960 und Kader in mehreren Wirtschaftssektoren auf Seiten der Gewerkschaft wie in der Betriebsleitung Erfahrung gesammelt hat. Nicht als Opfer brutaler Repression, sondern durch die Einsicht in die gesellschaftlichen Widersprüche ist er zur revolutionären Kritik gekommen. In seinem Lebenslauf kommen die neuralgischen Punkte der DDR-Geschichte (sieht man vom 17. Juni ab, als er, gerade neunzehnjährig, in die SED eingetreten war) zusammen: als Student der Humboldt-Universität verlangte er von seiner Parteizelle durch eine Wandzeitung Aufklärung über die Vorgänge in Ungarn, als – entzündet durch den XX. Parteitag – eine Gruppe um Bloch und Harich interne Kritik übte, die Harich mit 15 Jahren Bautzen und Bloch mit der Isolation bezahlen mußten. Als Redakteur der FDJ-Zeitschrift "Forum" bekam er die Kulturkonflikte um verschiedenste DDR-Schriftsteller mit, die nach Biermanns Ausweisung zum Teil mutig protestierten. Für viele bildete die CSSR-Intervention, bei der die DDR eine treibende Kraft war, die Schlüsselerfahrung, daß ohne Veränderung der Sowjetunion, von der die verkrüppelten gesellschaftlichen Zustände in Osteuropa mitbedingt werden, der "real existierende Sozialismus" kein wirklicher Kommunismus werden kann. Diese Veränderung wird aber von der Peripherie eingeleitet: ein Warten auf bessere Zeiten hindert daran, daß sie beginnen.

Die Freilassung von Kunert, Pannach und Fuchs, die drei Tage nach Bahros Festnahme erfolgte, erweckt zusammen mit der Ausreise von Sarah Kirsch den Eindruck, als ob die SED in ihrer Mittelwahl zwischen Zuckerbrot und Peitsche schwanke; aber in Wirklichkeit wird die Peitsche solange geschwungen, bis diejenigen, die Protest angemeldet haben – es braucht gar keine Opposition zu sein – aufgeben und die DDR verlassen. Die heimliche Massenbewegung der Abwanderungswilligen ist nach Biermanns Rausschmiß um prominente Namen vermehrt worden, sie kann aber nicht nur als Aderlaß der DDR, sondern sie muß auch als Auszehrung der DDR-Opposition gewertet werden. Der verschärfte Hausarrest für Robert Havemann, dessen Haus praktisch zum Gefängnis gemacht worden ist, hat den ganz nüchternen sadistischen Aspekt, einen alten antifaschistischen Kämpfer, der Jahre seines Lebens in Nazi-Gefängnissen verbracht hat, "weich" zu machen, wie es ein SED-Funktionär zum "Stern" gesagt haben soll. Umso ermutigender ist es, daß mit Rudolf Bahro kein Star sich zu Wort gemeldet



Eine bezeichnende Einstellung des "Spiegel": Sowjetische Panzer in Prag 1968: "Das größte politische Verbrechen nach dem Weltkrieg" untertitelte der "Spiegel", als ob es den US-Völkermord in Vietnam nicht gegeben hätte. Bahros Text, auf derselben Seite des "Spiegel" nachzulesen: "... das größte politische Verbrechen der sowjetischen Führung nach dem Zweiten Weltkrieg."

hat, sondern einer, der mit seinem Mut nicht mehr warten wollte. Die wohl- und auch die übelwollende westliche Presse (SZ, FR, FAZ) mag ihn zum Märtyrer stilisieren und gleichzeitig seinen kommunistischen Utopismus belächeln, weil ihre Schreiber nicht verstehen können, wie empfänglich die DDR-Verhältnisse für eine solche Kritik sind. Die DDR-Führung versucht es noch einmal mit der Daumenschraube: 15 Jahre Haft – bei gleichzeitiger Korrumpierung durch ein Ausreiseangebot – sind keine Utopie. DETLEV CLAUSSEN

Gingold-Urteil

Am 27. Juni fällte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel sein Urteil in Sachen Silvia Gingold: Die hessische Lehrerin, Tochter eines vom Nazi-Regime verfolgten Ehepaares und DKP-Mitglied, soll nicht verbeamtet werden. Diese Berufungsentscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes in Kassel in Sachen Silvia Gingold war sogar noch schlimmer, wenn man die Entscheidungsgründe in die Analyse einbezieht.

Das erste Gingold-Urteil, das dieser Berufungsentscheidung weichen mußte, hatte zu der Hoffnung Anlaß gegeben, es werde vielleicht gelingen, jenen Teil der Entscheidungsgründe des zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichtes vom 22. Mai 1975 bzw. 25. Juli 1975 zur Frage der Berufsverbote im öffentlichen Dienst, der das Erfordernis der Einzelfallprüfung betonte, durch die Praxis der Behörden und Verwaltungsgerichte dahin zu nutzen, daß die Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik durch die willkürliche Halbillegalisierung von Regierungen unerwünschten Parteien und Organisationen durch Berufsverbote wenigstens eingeschränkt werden könne, wie sie im übrigen durch den "Radikalenbeschluß" der Ministerpräsidenten vom 30. Januar 1972 und durch dessen Akzeptierung seitens des Bundesverfassungsgerichtes entstanden war. Es entspricht jedoch – leider – einer alten Erfahrung, daß rechtsstaatlich-demokratisches Denken in erstinstanzlichen Entscheidungen häufiger zu finden ist als in Urteilen höherer Gerichte.

Das erste Gingold-Urteil des Verwaltungsgerichtes Kassel war – unmittelbar nachdem es ergangen war – durch den SPD-Vorsitzenden sozialistischen Politikern anderer westeuropäischer Länder in einer Dokumentation zugeleitet worden (die durch die Berufsverbotspraxis der BRD beunruhigt waren), um ihre Befürchtungen hinsichtlich der obrigkeitsstaatlichen Bedrohung der westdeutschen Demokratie durch die Halbillegalisierung der DKP zu widerlegen. Das war halb berechtigt, halb ein Täuschungsversuch; schon deshalb, weil die Überlegungen dieses Gerichts auch damals weder der Praxis der Behörden noch unzähligen anderen Urteilen entsprachen. Es wurde zum vollen Täuschungsmanöver, als sich ergab, daß der sozialdemokratische Kultusminister Hessens gegen das Urteil Berufung eingelegt hatte.

Um den Tatbestand kurz in Erinnerung zu rufen: Silvia Gingold – eine junge Lehrerin, deren berufliche überdurchschnittliche Qualifikation ebensowenig streitig ist wie die Tatsache, daß ihr niemand vorwerfen kann, sie habe jemals auch nur versucht, ihren Unterricht in irgendeiner Weise zu weltanschaulicher oder politischer "Indoktrinierung" zu verwenden – wurde nicht "verbeamtet", weil sie Marxistin und Mitglied der DKP ist. Silvia Gingold stammt aus einer Familie, die nun in der dritten Generation politisch verfolgt ist. Ihre Großeltern waren Juden. Sie mußten – wie ihre Eltern – im Dritten Reich emigrieren. In der französischen Emigration haben

Etty und Peter Gingold

sich ihre Eltern aktiv am Widerstandskampf gegen die Besatzungsarmee des "Dritten Reiches" beteiligt, und ihr Vater hat dafür hohe Auszeichnungen erhalten. Er ist dabei Kommunist geworden, schon weil die Kommunisten den Kampf gegen die nazistische Form des Faschismus am energischsten geführt haben. (Anmerkung: Den Gingolds wurde jahrelang die bundesdeutsche Staatsbürgerschaft vorenthalten.)

Die Tochter der Gingolds wurde ebenso Kommunistin und hat als solche von ihrem passiven Wahlrecht auch als Kandidatin der DKP Gebrauch gemacht. Deshalb hatte ihr das Kultusministerium des Landes Hessen zunächst die Verbeamtung und Einstellung verweigert. Silvia Gingold hatte gegen dieses Verhalten des Landes Hessen geklagt und wurde nach ihrem Erfolg in der ersten Instanz vor dem Verwaltungsgericht Kassel als Lehrerin im Angestelltenverhältnis eingestellt.

Die Entscheidungsgründe der zweiten Instanz, also des Verwaltungsgerichtshofes, gehen (wie die Berufungsklage des Landes Hessen) von der These aus, wer Mitglied (oder gar Wahlkandidat) der DKP sei, biete automatisch nicht die "Gewähr", daß er "jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung" eintrete, wie es das Be-

Silvia Gingold

amtenrecht – gestützt auf die "hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums" (Art. 33 Abs. 5 GG) – erforderlich erscheinen lasse. Was die Richter in dieser Stellungnahme schlicht vergessen haben: Obwohl das Berufsverbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1975 generell natürlich die Möglichkeit von derartigen politisch motivierten Berufsverbotsmaßnahmen bejaht und den ebenso widerspruchsvollen wie mit Art. 21 GG bei richtiger Interpretation schwer zu vereinbarenden Begriff der "verfassungsfeindlichen", aber nicht im Sinne von Art. 21 Abs. 2 "verfassungswidrigen" politischen Partei geschaffen hatte, so hatte es doch in der Organisationszugehörigkeit nur einen Anhaltspunkt, der widerlegbar sei, nicht den Entscheidungsgrund im Anstellungsverfahren gesehen (BVerfGE) in EuGRZ 1975, S. 400 ff). Außerdem bestand das Bundesverfassungsgerichtsurteil ausdrücklich auf Individualprüfung, ob die Prognose "wahrscheinlich fehlender Einsatzbereitschaft" für die "freiheitlich-demokratische Grundordnung", also für die gemäß Art. 79, Abs. 3 unveränderlichen Teile der Verfassung, gerechtfertigt sei. Was soll man z. B. dazu sagen, daß nach der Behauptung der Urteilsbegründung "von Kreisen außerhalb der DKP ernsthaft nicht bestritten (wird), daß diese Partei verfassungsfeindliche Ziel verfolgt?" Selbst wenn das so wäre, hätte diese These in den Entscheidungsgründen eines Gerichts offenkundig nichts zu suchen. Denn ein Gericht hat schließlich die Pflicht, sich um die Wahrheit zu bemühen, nicht aber um die Identität seiner Vorurteile mit denen der Majorität der Bevölkerung.

Aber außerdem ist diese Unterstellung schlicht falsch: So steht auch der Schreiber dieser Zeilen (wie viele andere Juristen und Nichtjuristen) "außerhalb der DKP", bestreitet aber energisch, daß man einer beliebigen Partei verfassungsfeindliche Ziele vorwerfen dürfe, bevor man darüber Beweis erhoben hat. Tut man das, so hat man bereits eben dadurch nicht nur die Parteiprivilegien gemäß Art. 21 GG, sondern die primitivsten Grundlagen rechtsstaatlichen Denkens preisgegeben.

Das Kasseler Berufungsgericht erkühnt sich gleichzeitig, von der "Verfassungswidrigkeit" der DKP zu sprechen, obwohl es weiß, daß nicht nur gemäß Art. 21 GG, sondern selbst nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts nur das Bundesverfassungsgericht, nicht aber ein anderes Gericht befugt ist, über die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei zu entscheiden.

Soll man nun von diesem Gericht, das alle Beweisanträge der Verteidigung zurückgewiesen hat, eine adäquate Wertung der geschichtlichen Funktion und der Veränderungen des marxistisch-leninistischen Denkens erwarten? Er muß selbst zugeben, daß sich die aktuelle Programmatik und die aktuellen Aktionsformen der DKP innerhalb des Rahmens der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" halten. Was es über künftige Möglichkeiten von Verhaltensveränderungen der DKP aussagt, bewegt sich im Rahmen bloße Spekulation, die umso willkürlicher ist, als dieses Gericht nicht in der Lage war, sich in die Methodik marxistischen Denkens hineinzuversetzen.

So war es also kein Wunder, daß es in seiner Argumentation völlig durch die (in den Mittelschichten der älteren Generation üblichen Dogmen der antikommunistischen Ideologie gebunden blieb. Dies Urteil ist – wenn man es analysiert – kein Urteil im juristischen Sinne, sondern die Exhibition üblicher Vorurteile.

Das Gericht hat sein Urteil für nicht durch Revision anfechtbar erklärt. Die Verteidigung will diesen Beschluß durch Beschwerde anfechten, juristisch mit Recht, ob auch mit Erfolg, bleibt fraglich. Ebenso problematisch bleibt es, ob es aussichtsreich wäre, das Bundesverfassungsgericht anzurufen. So lächerlich das klingt: Bei der herrschenden Vorurteilslage in der Bundesrepublik wäre der Tatbestand, daß Silvia Gingold "rassisch" Jüdin wäre, wenn man in den Begriffen des "Dritten Reiches" denkt, das einzige Moment, das ihre Situation verbessert. Denn das schlechte Gewissen einer Gesellschaft, die sich auf den Antikommunismus konzentriert hat, gegenüber dem Antisemitismus, den sie vor 35 Jahren noch als "gleichberechtigte" Vorurteilskette mittrug, könnte Silvia Gingold zu Hilfe kommen. So hat denn auch das hessische Kultusministerium, das sie als "Beamte" durch dieses Berufsverbotsverfahren abgewehrt hat, sie als "Angestellte" weiterbeschäftigt. Daß es sich damit selbst logisch widerlegt hat, scheint es nicht zu erkennen: Entweder ist Silvia Gingold durch ihre Tätigkeit in der Schule eine Gefahr für das hessische Verfassungsrecht (dem bekanntlich 1947 die Kommunisten im Parlament und Volksabstimmung ihre Zustimmung gegeben haben), oder sie ist es nicht. Eins kann nur stimmen.

Es bleibt die Hoffnung, daß es gelingt, einen breiten Druck der öffentlichen Meinung gegen das Urteil zu erzeugen und dadurch die Lage zu verändern. Leider besteht er zur Zeit mehr in Frankreich, in Italien und in den Niederlanden als in der Bundesrepublik.

Aber es gilt zu erkennen, daß es hier nicht nur um das tragische Schicksal der immer wieder geschundenen Familie Gingold geht, sondern um die Verteidigung unserer Verfassung, nicht nur der hessischen, sondern auch der Artikel 3 Abs. 3, 4, 5, 12, 21 und 33 Abs. 2 des Grundgesetzes, also der "freiheitlich demokratischen Grundordnung", gegen die Behörden und gegen die Justiz.

WOLFGANG ABENDROTH

(Dieser Kommentar wurde "pädextra" 9/77 entnommen.)

MLer gegen Pfadfinder

Die schon 1976 im Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) in Hessen aufgebrochenen Auseinandersetzungen um Arbeitsschwerpunkte und Strategien politischer Bildung sind seit einigen Monaten offen ausgebrochen und haben mit 2 Presseerklärungen der MLD-Gruppe (die u. a. an Bild-Zeitung, Bayernkurier und FAZ geschickt wurden) im Juli ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht; sie sind seit dieser Zeit aber auch eindeutig politisch faßbar: auf der einen Seite die Verbandsmehrheit mit der Organisierung und Koordinierung von Basisinitiativen und Arbeitsgruppen Jugendlicher im Freizeitbereich (Jugendhäuser, Jugendzentren); auf der anderen Seite eine Gruppe, die sich Marxisten-Leninisten-Deutschlands (MDL) nennt, mit an K-Gruppen orientierten Organisationsvorstellungen, die bei genauer Prüfung sich aber eher als fachistische Gruppe ausweist.

Während die Jugendzentrums-Initiativen, die über mehrere Jahre mit dem BDP zusammenarbeiteten, an einer Weiterentwicklung der Selbstorganisationsansätze interessiert war, proklamierte die an der MLD orientierte Vorstandsmehrheit völlig abstrakt den Aufbau von Ortsgruppen, Mitgliederrekrutierung, zentralistische Orientierung der JZ-Gruppen und Einschränkung der offenen Arbeit. Sie versuchte durch beispiellose Satzungsverstöße, Manipulierung der Delegiertenzahlen bei der letzten Landesdelegiertenkonferenz und eine Diffamierungskampagne in zwei Presseerklärungen, die JZ-Initiativen als die eigentlichen Unterwanderer, Chaoten und Terroristensympathisanten abzuqualifizieren und sich durch die Gründung eines e. V. gegen Sanktionen des Bundesvorstandes abzusichern. Damit wollte die MLD ihre Machtposition absichern und ihren Einfluß im Jugendverbandsbereich erhalten.

Gegen diese in den letzten Monaten offen als MLD auftretende Gruppe im BDP sind von der Mehrheit des Bundesvorstandes des BDP Ausschlußverfahren eingeleitet worden; der Vorstand wurde amtsenthoben und ein kommissarischer Landesvorstand neu eingesetzt; gegen den von der MLD gegründeten BDP e. V. ist eine einstweilige Verfügung erwirkt worden.

Bei der MLD läßt sich folgende Entwicklung rekonstruieren:

Zur Zeit der Lehrlingsbewegung (67-69) waren viele heutige MLDler Mitglieder einer Lehrlings-Basisgruppe der Farbwerke Hoechst; diese Gruppe trug sowohl die Auseinandersetzungen um die an feudale Zeiten erinnernden Verhältnisse in den Wohnheimen (kein Mädchenbesuch in den Zimmern, Verbot politischer Arbeit, Zimmerkontrolle in Abwesenheit der Mieter etc.) als auch um Mißstände in der Ausbildung und die mangelnde Aktivität und Öffentlichkeitsarbeit von Betriebsrat und Vertrauensleutekörper. Einige wurden für kurze Zeit in der Jugendvertretung und Jugendvertrauensleutearbeit aktiv.

Mit dem Ende der Lehrlingsbewegung zerfiel die Basisgruppe, viele Mitglieder absolvierten den 2. Bildungsweg, einige blieben aktiv in der betrieblichen Gewerkschafts- und Bildungsarbeit. U. a. die jetzigen MLD-Mitglieder und -Sympathisanten gründeten im Betrieb eine an (ihrer Meinung nach) Mao-Tse-Tung orientierte ML-Gruppe mit straffer Organisierung, Ausrichtung der Politik an den Vorgaben ihrer Zentrale. Damit verloren sie jede strategische Vorstellung von gewerkschaftlicher Arbeit im Betrieb, und ihr Einfluß auf Kollegen und Mitarbeiter war gleich Null.

Nach dem Zerfall und der Auflösung der ML-Gruppe verließen einige ihrer Mitglieder den Betrieb bzw. wurden gekündigt, ein anderer Teil verlagerte seine Aktivitäten in den Freizeitbereich und arbeitete vor allem im JZ Eschborn mit. Durch diese relativ lange Mitarbeit bekamen sie Kontakt zum BDP, nahmen an Seminaren teil und besetzten schließlich Vorstandsfunktionen. Ihre ML-Arbeit wurde als bewältigt deklariert, Politik wollten sie konkret in den Lebensbereichen von Jugendlichen machen. In dieser Zeit orientierte sich die Arbeit vorwiegend an konkreten Fragestellungen der JZ-Arbeit; Differenzen gab es vor allem in allgemeinen politischen Fragen.

In den letzten Monaten, als sich die Auseinandersetzungen mit den parteipolitisch unabhängigen JZ-Initiativen zuspitzten, wurden von der MLD-Gruppe weitere Mitglieder und Sympathisanten in den BDP aufgenommen; außerdem wurde ein MLD-Mitglied als Hauptamtlicher angestellt.

Die politisch rechte Orientierung der MLD ist geprägt durch eine spezifische Sicht chinesischer Politik, deren Konsequenzen sich aus den Publikationen der MLD, u. a. "Die neue Welt", ablesen lassen: "Heute kann nur fortschrittlich genannt werden, wer gegen den internationalen Sozialfaschismus (gemeint ist die Sowjet-Union, d. V.) kämpft, unabhängig ob er Monarchist, Christdemokrat, Sozialdemokrat oder Marxist ist"; "zu den internationalen Kräften des Widerstandes gehören ... Numeiri, der Schah ... unter den führenden Politikern der Supermacht USA sind viele bedeutende Gegner des neuen Faschismus"; "der Westen vertritt aber insgesamt noch die Linie des Kompromisses"; "die Entspannungspolitik geht Hand in Hand mit der Systemveränderung"; "Grundlage ... ist: Vaterlandsverteidigung und Burgfrieden"; "keine Einheit mit der 'Linken'!, Einheit mit der 'Rechten' "; "die fortschrittlichen Kräfte finden wir vor allem in der CDU und CSU, auf dem rechten Flügel der SPD und des DGB, in der AVP und der SDU"; "die MLD werden bei den Landtagswahlen 1978 in Hessen zur Wahl der CDU Dreggers und in Bayern der CSU Strauß aufrufen". Außerdem muß nach Meinung der MLD "jede Unterhöhlung der allgemeinen Wehrpflicht" bekämpft und müssen „Sicherheitsorgane verstärkt werden". Sie sprechen von "überhöhten Forderungen an den Staat und die Unternehmer", plädieren für "Opfer" der Arbeiter und Angestellten. Die Forderung nach Übernahme aller Lehrlinge oder Senkung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich wird als unsinnig abgetan. Die Durchsetzung von Kernkraftwerken wird als lebenswichtig und national notwendig angesehen.

Diese programmatischen Aussagen finden ihren praktischen Ausdruck in der Zusammenarbeit mit faschistischen Organisationen wie den HTS e. V. (Hochschulring Tübinger Studenten), der u. a. mit der 'Wehrsportgruppe Hoffmann' aus Nürnberg zusammenarbeitet. In einem Flugblatt der HTS e. V. heißt es: "Verfassungstreue Maoisten für HTS.

Das vom Zentralkomitee der Marxisten-Leninisten Deutschlands herausgegebene Organ DIE NEUE WELT druckt in der Juliausgabe einen Beitrag der HTS ab. Dieser Beitrag ist das Ergebnis längerer Kontaktgespräche bezüglich einer Zusammenarbeit des HTS mit dieser maoistischen Gruppe ...

Wir werden in Bälde ausführlich auf die MLD eingehen, vorerst veröffentlichen wir an dieser Stelle die Grundposition der MLD zum HTS:

.... 'Diese CSU Freundeskreise setzen sich aus Nationalkonservativen zusammen, wir dagegen sind Maoisten, d. h. Marxisten. Aber diese Nationalkonservativen und wir Maoisten sind Deutsche, beide politischen Richtungen sehen trotz unterschiedlicher Ansichten in vielen Fragen in der sowjetischen Supermacht und ihrer 5. Kolonne den Hauptfeind des deutschen Volkes und der gesamten Menschheit. Das ist der gemeinsame Nenner.'

In den Presseerklärungen wird von ihnen für den BDP als Entscheidung konstruiert: "Demokratischer Pfadfinderverband oder Chaotenclub an der Seite von DKP, Stamokaps, Sozialistischem Büro". Gemäß dem Vorgehen der konservativen und reaktionären Presse, jegliche Ansätze progressiver Arbeit, linker Öffentlichkeit und Selbstorganisationsbestrebungen als von Linksradikalen unterwandert und gesteuert zu diffamieren und kriminalisieren, verfährt die MLD-Gruppe mit den Initiativgruppen in dem Jugendverband: So ist die Rede von "Drahtziehern", "der Unterwanderung des BDP und seiner Verwandlung in einen undemokratischen Chaotenclub", einer "linksradikalen Minderheit", "einer Putschfraktion" und breiter linker "Verfilzung" im Jugendverbandsbereich insgesamt.

Sie selbst stellen sich als die wahren Demokraten dar, "die sich zu einem demokratischen Staat bekennen" und preisen die alten Pfadfindertugenden. Damit erhoffen sie sich Zustimmung und Unterstützung konservativer und rechter Kräfte, in einer der Presseerklärungen wird zu einem Bündnis gegen "linke Verfilzung" aufgerufen.

Bemerkenswert ist dabei die Unterstellung der "Unterwanderung" durch das Sozialistische Büro. In der Tat gibt es politische Gemeinsamkeiten zwischen SB und BDP, LV Hessen, etwa in der Ablehnung bürokratischer Organisationsan-

Zeitung für das Leben davor

CARLO SPONTI

34/35 JUNI '77: Atomkraftwerke umzingeln Heidelberg/Neue Studentenbewegung ?/Zur subjektiven Seite: Nackt + vertrackt? Du - laß dich nicht verbittern/Schwules Treffen/Das andere Heidelberg: Coll. Acadeium, free clinic, Miteinanderkommune, Russelltribunal/Die Frauenbewegung hat neue Kleider/Feminist. Therapiekongreß/Transvestiten?/Glocksee/DDR/UJ-Indianer

32/33 MAI '77: Medizinerstreik/Altstadtplanierung/Jagd nach dem kleinen Glück/Wurstfinger 2.Teil/Buselmaier-Prozeß/90 Jahre Psych Freiburg/Gestapo-Mörder in HD/ S.B.†

Inhaltlich:
30/31: Verbindlichkeit,Sexualität,Zeit/ Zensur im Südfunk/ Heidelberger Gesinnungsjustiz/ Linke Liste HD/Wurstfinger 1. Teil
28/29:Frauen-Friedensbewegung Irland/ Frauen-AStA Ffm/Barao/Tvind/Schweizer Knast/Schwäbisch-Siems/Roman: HD 1984
22/23:Sinnproduktion:Medientheorie Schelskys/Heidelberger Justiz/April-Musikvertrieb/Frauenhaus Ffm....
20/21:KBW und Komiteerevolution...
18/19:Gesellschaftl.Fabrik u.Studentenbewegung..16/17:Lefebre/Duhm..14/15:Gewerkschaften in der Krise 11/12:Free Clinic/Kunscht und Kultur.....

Je Ex.DM 1,2o+o,5oPorto,ab 3Ex o,7o in Briefmarken an:
CARLO SPONTI, Plöck 32a, 69 HEIDELBERG oder:M.Metzner Sonderkto Nr.36433-751 PSchA Karlsr.(Abo 14,-, Förderer 2o,-) oder:in fast allen linken Buchläden !

sätze, in der Basisorientierung. In der Vergangenheit gab es auch gemeinsame politische Aktionen wie die Mitarbeit am "Jugendpolitischen Forum 1974". Dies jedoch mit "Unterwanderung" erklären zu wollen, zeigt, daß das eigene Verständnis von Politik auf andere Organisationen projiziert werden. Ob es damit der MLD-Gruppe – deren Mitglieder sich von der Minderheit in Basisinitiativen über die ML zu Rechten (die sich MLD nennen) entwickelt haben – mit ihrer Diffamierung gelungen ist, die entwickelte Kooperation und Organisierung von JZ-Initiativen in Hessen ihrer materiellen Basis zu entziehen und zu zerstören, ist noch nicht endgültig entschieden. Die staatlichen Zuschüsse sind jedenfalls auf's erste gesperrt und ein Prüfungsverfahren ist im Gange.

AXEL HÜBNER

Militärhilfe der BRD für Rhodesien

Das rassistische Minderheitsregime in Rhodesien wird offensichtlich immer stärker von Guerilla-Aktivitäten bedroht. So jedenfalls ist die Äußerung seines Ministers Roger Hawkins zu verstehen, der Anfang Juni die Ausweitung der Militärdienstpflicht auf 190 Tage im Jahr für die Altersgruppe der 17-35jährigen bekannt gab. Bisher galt diese Frist nur für die Infanterie, jetzt ist sie auf alle Waffengattungen und selbst die Polizeireserve ausgedehnt. Hawkins ist weiter der Meinung, daß "dieses Jahr in jeder Hinsicht entscheidend ist und äußerste Bemühungen zur Überbrückung dieses Zeitraums nötig macht."

Beständige Überfälle auf die umliegenden Staaten, Mozambique voran, dokumentieren die verbissene Absicht des Regimes, den status quo ante auf jeden Fall aufrecht erhalten zu wollen. Daß der Versuch internationaler Isolation durch die UNO-Resolution des Jahres 1968 bloße Farce blieb, ist nicht erst seit heute bekannt; um so ernster ist jedoch die nachdrückliche Unterstützung zu nehmen, die das Smith-Regime von den imperialistischen Zentren, so auch der Bundesrepublik, erhält.

- Seit 1973 bekommt Rhodesien gepanzerte Fahrzeuge aus Südafrika; dort werden sie in französischer Lizenz nachgebaut. Die Produktionsstätten sind durch bundesdeutsche Firmen errichtet worden.
- 1974 kaufte Rhodesien von der amerikanischen Gesellschaft Boeing drei Flugzeuge des Typs 707. Hierbei diente die Bundesregieblik als Umschlagplatz. Die militärische Verwendbarkeit und Bedeutung der Maschinen ist unbestritten.
- 1975 erhielt Rhodesien, wieder über den Umweg Südafrika, eine Anzahl von Militärhelikoptern "Alouette III". Die Flugelektronik der Hubschrauber wird von einer süddeutschen Firma produziert. Auf der Bundespressekonferenz Anfang Juni d. J. dazu befragt, erklärte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums, der Angelegenheit werde noch "nachgeforscht". Im März 1977 freilich schon stellte die "Anti-Apartheids-Bewegung" Strafantrag wegen Exports der flugelektronischen Anlagen.
- Seit längerer Zeit bezieht die rhodesische Armee militärische Kleinlaster vom Typ Unimog aus der BRD. Eine bundesdeutsche Fachzeitschrift bezeichnet sie nach den "Erfahrungen" der portugiesischen Afrikakriege als "beste kleine Militärtransporter in Afrika". In der Tat, seine Vorteile wurden schon im Juni 1976 bei rhodesischen Angriffen auf Flüchtlingslager in Mozambique genutzt. Der Bundeswirtschaftsminister, zuständig für die Ausfuhrgenehmigung und daraufhin angesprochen, stellte schlicht den militärischen Charakter der LKWs in Abrede.
- Mittlerweile ist die rhodesische Armee (einer Meldung der Bonner Rundschau v. 11.3.77 zufolge) mit den NATO-erprobten Panzerabwehrraketen vom Typ "Milan" wohlausgerüstet. Diese Rakete wird in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion hergestellt.

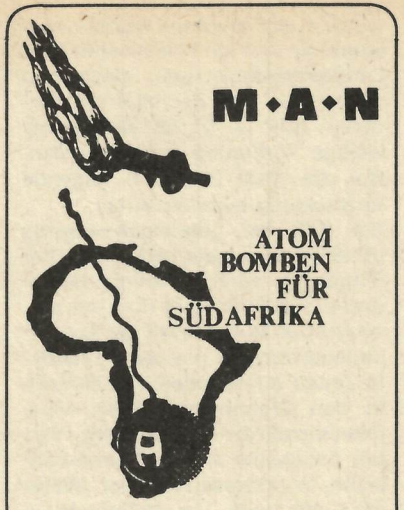
Erstmals im Herbst 1974 führte der rhodesische Verteidigungsminister Kaufverhandlungen in der BRD. Ihr offenbar positiver Abschluß ist seit Anfang 1975 bekannt. Schon im Herbst desselben Jahres wurden dann rhodesische Militärs in die Handhabung der Rakete durch Bundeswehr-Einheiten eingewiesen.

Praktischerweise unterhält die Exportorganisation des französischen Herstellers in Salisbury gleich ein Verbindungsbüro.

Übrigens stellte im März dieses Jahres die "Anti-Apartheid-Bewegung" ebenfalls Strafantrag wegen Exports.

- Nicht zuletzt ist die Bundesrepublik eines der wesentlichen Rekrutierungsfelder für Söldner des Smith-Regimes. In Annoncen bei großen westdeutschen Tageszeitungen, die bis ins Jahr 1974 zurückdatieren, werden mal "gesunde und leistungsfähige ehemalige Soldaten bis 35 Jahre", mal "Safaribegleiter" für das "sonnige Rhodesien" gesucht. Organisiert wird die Söldnerwerbung von einem Deutschen, der durchaus in der Tradition des Kongo-Müller steht: Thelen war 1952 bis 1957 Fremdenlegionär in Indochina und Afrika, gab in der Bundesrepublik ein Zwischengastspiel als Bundeswehroffizier und Polizist. 1971 bis 1973 hatte er einen 'Job als Fallschirmjäger' in Vietnam. Zwar wurde Thelen Anfang 1975 in der BRD verhaftet, auch verurteilt, aber lediglich zu einer geringen Geldstrafe und einem Jahr Gefängnis auf Bewährung. Doch seit 1976 betreibt er, munter nach der bewährten Methode, wieder seine Rekrutierungen.

Wie man sieht, lassen bundesdeutsche ökonomische Interessen nur wenige Möglichkeiten aus, auch und besonders im militärischen Bereich die beiden letzten Bastionen des weißen Rassismus im südlichen Afrika, voran das akut bedrohte Rhodesien, tatkräftigst zu stützen.



Die Firma MAN (Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg) exportiert Turbo-Verdichter zur Komprimierung von Uranhexafluorid in einer Uranisotop-235-Anreicherungsanlage in Pelindaba/Südafrika. Das Materialamt der Bundeswehr in St. Augustin versieht die MAN-Lieferung mit NATO-Kodifizierung – eine Maßnahme, die nur für militärische Güter vorgesehen ist. Mit diesen Verdichtern werden die Voraussetzungen für die Urananreicherung und damit für den Bau von Atombomben geschaffen. Dr. Cornelius Mulder, südafrikanischer Innen- und Informationsminister, sagte in einem Interview auf die Frage: "Werden Sie notfalls Atomwaffen zur eigenen Verteidigung einsetzen?": "Ich möchte so antworten: Wir haben klargemacht, daß wir Uran besitzen, daß wir ein Verfahren entwickelt haben, das Uran anzureichern, und wir haben grünes Licht für eine große Uranindustrie gegeben. Den Atomwaffensperrvertrag haben wir nicht unterzeichnet ..."

Weitere Informationen: Wolff Geisler, Bergweg 21, 5300 Bonn-Beuel.

Erfahrungen mit einem Förderungsberater vom Arbeitsamt

Seit acht Monaten bin ich arbeitslos und wurde zwecks einer Beratung zu einem Förderungsberater geschickt, der mir weiterhelfen sollte. Hier die Wiedergabe des Gesprächs:

Der gute Mensch empfing mich gleich mit der Frage:

"Was wollen Sie von mir?". – "Mich von Ihnen beraten lassen". – "Haben Sie noch keine Arbeit in Aussicht?". – "Nein". – "Was stellen Sie sich denn vor?". – "Wieder in meinem Beruf arbeiten zu können".

Nach einem Blick auf meine Karte "Im Verlagswesen wird das wohl schwerfallen. Moment, wer ist im Arbeitsamt für Sie verantwortlich?" Ich nannte ihm den Namen.

Telefongespräch mit Frau X vom Arbeitsamt

Förderungsberater:

"Guten Tag Frau X, hier ist Herr Y. Ich habe da den Herrn Z bei mir – haben sie Arbeit für ihn?

Er lächelt mich an.

Förderungsberater:

"Nichts?! Dann schauen sie mal bei den Lagerarbeitern oder Ladengehilfen". (Kurze Pause): "Das gibt es doch nicht!? Also, jetzt passen sie mal auf Frau X, der Herr Z ist seit etwa acht Monaten arbeitslos, es wird Zeit, daß er wieder dem Arbeitsmarkt angeglichen wird". Und etwas lauter: "Dann nehmen sie ihn mal bei der Hand und gehen mit ihm von Geschäft zu Geschäft, der Höchstbietende kann ihn dann haben". Jetzt fiel ich ihm ins Wort: "Moment mal, so was können Sie mit mir nicht machen!".

Etwas verwundert schaute mich der Förderungsberater an. "Ich rufe sie nochmal an", sagte er zu Frau X. Und sich an mich wendend: "Wollen Sie nicht arbeiten?". – "Natürlich, aber das war den Damen im Arbeitsamt auch schon bekannt". – "Dann verstehe ich Ihre Erregung nicht?". – "Erstens bin ich kein Mehlsack oder Sklave den man öffentlich ausstellt und an den Höchstbietenden verkauft sondern ein Mensch, der Arbeit sucht. Wenn ich mich verkaufe so suche ich mir meine Käufer selbst aus. Zweitens habe ich Kaufmann gelernt und nicht Lagerarbeiter und drittens bin ich hierher gekommen, um mich von Ihnen beraten zu lassen".

"Eins wollen wir klarstellen, Herr Z, bei der heutigen Marktlage können Sie sich Ihren Beruf nicht mehr aussuchen, sondern da müssen Sie sich arbeitsmarktgemäß verhalten, also auch eine Arbeit annehmen, die zumutbar ist. Wie ich sehe, haben Sie früher 1.500.- DM brutto verdient, es kann durchaus sein, daß Sie sich mit einem Gehalt von 1.200.-- DM zufrieden geben müssen". – Und direkt an meinen Bart schauend: "Ich kann Ihnen schlecht Geld geben, damit Sie heute oder morgen zum Friseur gehen und sich den Bart schneiden lassen. Wir Deutsche legen nun mal sehr großen Wert auf das Äußere, hinzu kommt noch, daß Sie Ausländer sind".

Jetzt gab er mir noch einige Belehrungen in Geschichte: "Wir Deutschen machen nun mal alles hundertfünfzigprozentig. Entweder wir machen etwas richtig oder gar nicht. Entweder wir führen Krieg und zerstören andere Länder oder nicht. Das liegt in unserer Mentalität. Wenn wir Husten, bekommen unsere Nachbarn gleich Dünnschiß".

"So etwas verbitte ich mir aber Wissen Sie überhaupt, was Sie d

Neue Methoden gegen Arbeitslose

Der 27-jährige arbeitslose Industriearbeiter Reinhold W., Delmenhorst, traute seinen Augen nicht, als er am 8. April einen Brief vom Arbeitsamt Oldenburg erhielt. Der Wortlaut: „Sehr geehrter Herr W.,
Gemäß § 119 Arbeitsförderungsgesetz (AFG) ist in Ihrem Falle für den angeführten Zeitraum (19.3.-15.4.) eine Sperrzeit eingetreten. Während dieser Zeit ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld."
Reinhold W. jedoch kann sich diese Maßnahme kaum erklären. Mitte März hatte er vom Arbeitsamt Delmenhorst eine Aufforderung erhalten, sich beim Bauunternehmen Petershagen vorzustellen. Er meldete sich daraufhin bei der Firma und erklärte sich auch grundsätzlich bereit, die Arbeit anzunehmen. Nur wollte er sich nicht von vornherein zur pauschalen Ableistung von Überstunden bereit erklären. Daraufhin war er für die Firma Petershagen uninteressant geworden.
Reinhold W. wandte sich daraufhin an das Arbeitsamt, um sein Verhalten zu erklären. Einem Vertreter des Arbeitsamts machte er klar, daß er lediglich in der Regel die tariflichen Wochenstunden arbeiten wolle. Zur Ablehnung von Überstunden führte er an, daß dadurch nur noch mehr Kollegen arbeitslos würden.
Nach diesem Gespräch erwartete Reinhold W. zunächst, vom Arbeitsamt keine Schwierigkeiten zu bekommen. Das erwies sich jedoch als Irrtum, und am 8. April wurde er mit einer 4-wöchigen Geldsperre belegt. Gegenüber der alternativen Stadtzeitung "Delmenhorster Rundschau" erklärte W., daß er gegen den Bescheid Widerspruch einlegen werde. ★

sagen?!" – Er merkte wohl, daß er zu weit gegangen war und wendete das Gespräch: "Herr Z, ich gebe Ihnen einen Tip. Wenn Sie sich das nächste Mal vorstellen, ziehen Sie einen Anzug mit Krawatte an. Und dann können Sie den Unternehmer darauf aufmerksam machen, daß das Arbeitsamt bereit ist, die ersten drei Monate ein Drittel der Unkosten zu übernehmen; wir zahlen also dem Unternehmer ein Drittel Ihres Gehaltes zurück".

EIN KOLLEGE AUS STUTTGART

Adenauer-Stiftung in ECUADOR

Von der westdeutschen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, entfaltet das "Institut für Internationale Solidarität" (ISI) der CDU-eigenen Konrad-Adenauer-Stiftung rege Aktivitäten, um der "Gerechtigkeit und Chancengleichheit für jedermann" in den Ländern der "Dritten Welt", zum Durchbruch zu verhelfen. Profitiert von diesem scheinbar über alle Zweifel erhabenen Ziel christdemokratischer Solidarität hat u.a. der ehemalige chilenische Präsident Eduardo Frei, dessen Wahlkampf im Jahre 1964 zu einem erheblichen Teil mit Geldern der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert worden ist.
Stützpunkt und Bündnispartner der Lateinamerika-Aktivitäten des CDU-Instituts ist der christliche Gewerkschaftsbund CLAT, der seinen Sitz in Caracas, der Hauptstadt Venezuelas hat. Diese Gewerkschaftszentrale erfreut sich der ideologischen und materiellen Entwicklungshilfe durch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Ihren Funktionären werden in der BRD die gewerkschaftspolitischen Vorstellungen der CDU beigebracht; außerdem erhält sie jährlich finanzielle Zuwendungen in der Höhe von 6 Mio. DM, welche, dies sei nebenbei erwähnt, im wesentlichen aus bundesdeutschen Steuergeldern gezahlt werden, da in die Kassen der Stiftungen der im Bundestag vertretenen Parteien Gelder aus dem Bundeshaushalt fließen.
Die CLAT wiederum verteilt diese Gelder in Lateinamerika, wobei das Zuwendungskriterium an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig läßt: Es geht ihr vor allem um die Förderung jener Syndikate, welche als "Alternativen zu marxistischen Gruppen" in Frage kommen.
In Ecuador war dies bis 1975 die CEDOC, welche bis dato für ihre Linientreue zum marktwirtschaftlichen Entwicklungsmodell immerhin die stolze Summe von DM 700.000 im Jahr erhielt.
Als jedoch die CEDOC ihrer Aufgabe als antikommunistische Pressure-Group nicht mehr gerecht wurde, setzte von Seiten der Stiftung und der CLAT das Interventionskarussell ein. Auf ihrem Kongreß im Juli 1976 hatten die Mitglieder der CEDOC, den von Caracas gelenkten "gelben" Gewerkschaftsboß Cuisana Valencia abgesetzt, ein neues Gewerkschaftsprogramm mit eindeutig antikapitalistischer Zielsetzung verabschiedet und Emilio Velasco, der diese neue Linie repräsentiert, zum Präsidenten gewählt. Velasco war vordem Präsident der Bauerngewerkschaft FENOC, welche der CEDOC angeschlossen ist und mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder stellt. Seitdem bemüht sich die CLAT, unterstützt von den Bonner Christdemokraten, mit allen erdenklichen Mitteln, die zur Selbständigkeit erwachte Basis wieder auf Kurs zu bringen. Besonders deutlich zeigte sich dies am 18. Mai dieses Jahres, als die drei Gewerkschaften Ecuadors (CEDOC, CTE – Gewerkschaft der an der Sowjetunion orientierten KP Ecuadors und der CEOSL – Mitglied im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften) zum Generalstreik, dem zweiten in der Geschichte des Landes, aufgerufen hatten.

Agnes Heller
Instinkt, Agression, Charakter
Einleitung zu einer marxistischen Sozialanthropologie
176 Seiten; Paperback; DM 13,80
(ISBN 3-87975-124-2)

Shingo Shibata
Revolution in der Philosophie
Der praktische Materialismus und seine Aufhebung
176 Seiten; Paperback; DM 13,80
(ISBN 3-87975-125-0)

Manuel Castells
Die kapitalistische Stadt
Ökonomie und Politik der Stadtentwicklung; 384 Seiten; DM 36,–
(ISBN 3-87975-067-x)

Bruno Taut
Architekturlehre
Grundlagen, Theorie und Kritik aus der Sicht eines sozialistischen Architekten
200 Seiten; Paperback; DM 18,–
(ISBN 3-87975-112-9)

Roland Günter
Fotografie als Waffe
Geschichte der sozialdokumentarischen Fotografie; 184 Seiten; Paperback (mit zahlreichen Fotos); DM 16,80 (ISBN 3-87975-128-5)

Reihe
Positionen der Sozialisten

Positionen der Sozialisten **1**
M. Charzat, G. Toutain, J.-P. Chevènement
CERES – Strategien für den Sozialismus
176 Seiten; Paperback; DM 14,80

Positionen der Sozialisten **2**
Kommunalpolitik
Beiträge aus der Sozialistischen Partei Frankreichs
160 Seiten; Paperback; DM 14,80

Positionen der Sozialisten **3**
Sozialisten, Kommunisten und der Staat
Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie
192 Seiten; Paperback; DM 14,80

Santiago Carrillo
„Eurokommunismus" und Staat
180 Seiten; Paperback; DM 12,–
(ISBN 3-87975-118-8)

Jean Elleinstein
P.C.F.
Parti communiste français
160 Seiten; Paperback; DM 14,80
(ISBN 3-87975-119-6)

Jean Elleinstein
Geschichte des „Stalinismus"
228 Seiten; Paperback; DM 16,80
(ISBN 3-87975-102-1)

Carla Ravaioli
Frauenbefreiung und Arbeiterbewegung
Feminismus und die KPI
ca. 192 Seiten; Paperback; DM 16,–
(ISBN 3-87975-120-x)

Luciano Gruppi
GRAMSCI
Philosophie der Praxis und die Hegemonie des Proletariats
176 Seiten; Paperback; DM 14,80
(ISBN 3-87975-110-2)

VSA, Eiffestraße 598, 2000 Hamburg 26
Vertrieb: VSA, Erkelenzdamm 7, 1000 Berlin 36

VSA

Repression in Peru

Dieser Generalstreik, der die Produktion für 24 Stunden lahmlegte, stieß auf den erbitterten Widerstand der ecuadorianischen Militärregierung, welche sich der propagandistischen Unterstützung durch die CLAT und die Konrad-Adenauer-Stiftung erfreuen konnte. Nach seiner Beendigung verurteilten die Militärs Juàn Vasquez, den Präsidenten der CTE, im Schellverfahren zu zwei Jahren Haft. Die beiden anderen Gewerkschaftsführer erwartet das gleiche Schicksal.

Die politischen Bedingungen für die Zerschlagung der unabhängigen und an Selbständigkeit gewinnenden Gewerkschaftsbewegung sind demzufolge äußerst günstig; sie ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür, daß die mit den reaktionären Kräften des Landes – hier vor allem der "CDU"-Ecuadors (PDC) – kollaborierenden Vertreter der CLAT und der Konrad-Adenauer-Stiftung wieder den Ton im Sinne von "Gerechtigkeit und Chancengleichheit für jedermann" angeben.

Die Entwicklung in Ecuador zeigt nur allzu deutlich, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung bemüht ist, hinter wohlklingenden Phrasen ihre dunklen Machenschaften in den Ländern der "Dritten Welt" zu übertünchen.

VOLKER WITTE

Die peruanische Militärregierung hat mit ungeheurer Schärfe auf den Generalstreik vom 19.7. reagiert. So sind etwa 1200 Personen, unter ihnen vor allem Gewerkschaftsführer, während und nach dem Streik verhaftet worden. Aufgrund einer vom Militärregime erlassenen Ermächtigung an die bestreikten Unternehmen, aktiv Streikende zu entlassen, sind bisher etwa 4000 Kollegen, darunter 1800 Gewerkschaftsführer, ohne Arbeit (Le Monde, 7.8.1977).

Die durch das Sparmaßnahmenprogramm von 10. Juni erneut in Gang gesetzten Preissteigerungen gehen weiter, auch wenn durch die solidarische Geschlossenheit der Arbeiter und der breiten Bevölkerung (Elendsviertelbewohner usw.) eine teilweise Zurücknahme (bei Brot und Speiseöl) oder Einfrierung (bei Milch) der Preisexplosion zwischen 15 und 70% allein im Juni durchgesetzt werden konnten.

Andererseits kündigte der Präsident von Peru, General Morales Bermudez anläßlich des Nationalen Unabhängigkeitstages am 28. Juni an, daß das Militär in den nächsten 3 Jahren die Regierungsmacht an eine Zivilregierung übergeben werde (Frankfurter Rundschau, 1.8.1977). Es liegt auf der Hand, daß dies eine politische Bankrotterklärung des Militärregimes ist, die jedoch gleichzeitig den Versuch darstellt, die inzwischen zur realen Bedrohung des abhängig-kapitalistischen Herrschaftssystems eskalierten Massenproteste und Streiks des peruanischen Volkes zu entschärfen.

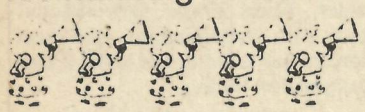
Wie zynisch diese Ankündigung von mehr "Demokratie" ist, zeigt das aktuelle Vorgehen von Militär- und Polizeieinheiten gegen die Arbeiter der "Nationalen Gewerkschaftsföderation der Minen- und Metallarbeiter" (FNTMMP) in Toquepala im Süden von Peru. Wie aus einem Offenen Brief von Victor Cuadros Paredes, dem schon am 6.7. nach Frankreich deportierten Generalsekretär der FNTMMP, zu ersehen ist, sind die Bergarbeiter von Toquepala seit dem 3.8. in unbefristetem Streik. Dieser weitete sich am 8. August auf den ganzen Süden (Department Arequipa) aus, und es sind jetzt sogar schon auf nationaler Ebene konkrete Gespräche zwischen nahezu allen Gewerkschaftsverbänden in Gange, die auf einen sehr wahrscheinlichen Generalstreik von unbefristeter Dauer in ganz Peru zielen.

Da die meisten Gewerkschaftsführer entweder schon verhaftet worden sind oder von den Repressionskräften verfolgt werden, haben jetzt in vielen Fällen die Frauen der aktiven Gewerkschaftskollegen die lokalen Gewerkschafts- und Streikleitungen übernommen. Dabei wurde nun am 9. August in Tacna auch die Ehefrau von Victor Cuadros zusammen mit anderen Arbeiterfrauen verhaftet.

Der Brief von Victor Cuadros Paredes fordert daher alle gewerkschaftlich organisierten Kollegen und alle anderen mit dem peruanischen Volk solidarischen Freunde auf, gegen die aktuellen Repressionsmaßnahmen zu protestieren und sich mit den streikenden Arbeitern zu solidarisieren. Wir schließen uns diesem Aufruf an und fordern dazu auf, Protestbriefe an die peruanische Regierung sowie unser Solidaritätsschreiben mit den sich im unbefristeten Generalstreik befindlichen Arbeitern von Toquepala und im Department Arequipa zu unterschreiben und nach Peru zu schicken.

Materialien und Unterschriftenlisten über Peru-Komitee Berlin, c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12

kleinanzeigen



MATERIALIEN/PAPERS ....

(9/1) Dokumentation zur Auseinandersetzung zwischen Free Clinic und Stadt Heidelberg **"Du laß Dich nicht verhärten in dieser harten Zeit".** Gegen einen Unkostenbeitrag von DM 3,-- ist die 180-seitige Broschüre zu beziehen: Free Clinic, Brunnengasse 20-24, 69 Heidelberg

(9/2) **Emanzipation** – Zeitschrift homosexueller Gruppen – behandelt in der Ausgabe 3/77 das Thema "Pornographie". Bezug: "emanzipation", Postfach 400548, 8 München 40

(9/3) **Alternativen zum Atomstrom,** Heft 9 der Katalyse Technikergruppe enthält: Energie- und Arbeitsbedarf, Kohle- oder Atomkraftwerke, Stromverbrauch nach Wirtschaftsbereichen u.a., 25 Seiten. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 in Briefmarken bei "Katalyse", Wittenbergstr. 14-16, 43 Essen erhältlich

(9/4) **Extra-Dienst** von April-Dezember 1972 und **Gewerkschaftsspiegel** Nr. 8/72-24/73 abzugeben. Günter Preßler, Kettelerstr. 13, 479 Paderborn

(9/5) **Pazifistisch-Sozialistische Texte,** herausgegeben vom Verband Progressiver Pazifisten und Kriegsdienstverweigerer – Regionalverband Nord und der AG Wirtschaft und Pazifismus. Heft 1 enthält Berichte von einer Tagung zum Thema "Pazifismus und Sozialismus heute"; Heft 2: Erich Mühsam – Anarchist-Sozialist-Pazifist; Heft 3: Umweltverschmutzung. Der Abonnementspreis für 4 Ausgaben beträgt DM 6,--. Bezug: PPK Lübeck, Kalkbrennerstr. 52 (Willenberg), 24 Lübeck

(9/6) **Informationsflugblatt für Rekruten** und solche, die es werden wollen/müssen. 20 Seiten/DM 1,--; Wehrpflichtige Soldaten erhalten es kostenlos über AMAK, Postfach 1222, 742 Münsingen

(9/10) **Faschismus in der BRD** – eine Dokumentation faschistischer Aktivitäten. Zusammengestellt vom Tübinger Antifaschismus-Komitee, Wilhelmstraße, AStA/Clubhaus, 74 Tübingen

(9/11) "blätter der IZ3W" Nr. 62 enthält u. a. **'Unterdrückung der Indios' – Völkermord in Lateinamerika,** Die Linguisten: Zivilisierung auf US-amerikanisch. Des weiteren ein Interview mit André Gunder Frank 'Imperialismus' – neue Perspektiven in der materialistischen Analyse der Dritten Welt. Probeexemplare kostenlos bei: IZ3W, Postfach 5328, 78 Freiburg

(9/12) Neu! **Entwicklungspolitische Unterrichtsmaterialien** 1977/78. Über 250 Titel, kommentiert mit Bezugsnachweisen und Verleihbedingungen. Gegen Voreinsendung von DM 3,40 zu beziehen über Arbeitskreis Dritte Welt, Lederstr. 34, 741 Reutlingen

(9/13) **Sondernummer Peru** der Chile-Nachrichten erschienen. Das Peru-Komitee c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1 Berlin 12 ruft außerdem zur materiellen Unterstützung der politischen Gefangenen in Peru auf. Solidaritätskonto: Angelika Kopecny, Kennwort Peru Solidarität, Kto.-Nr. 380343-103 PSCHA Berlin-West.

(9/14) **Materialien zur und gegen die Repression:**

- **"Die Legalisierung der Rechtlosigkeit",** eine 25-seitige Broschüre des Solidaritätskomitees Albertus/Schwall. Damit wird über die Anwendung des § 129a informiert; sie ist Teil der praktischen Solidarität mit Gerd Albertus und Enno Schwall, die unter der Anschuldigung, Mitglieder einer sog. "terroristischen Vereinigung" zu sein, seit fast sechs Monaten in Haft sind. Bezug: Solidaritätskomitee Albertus/Schwall, Postfach 1942, 463 Bochum. Spenden zur Unterstützung der Arbeit: Sparkasse Bochum-Querenburg, Kto. 133072991 (Solidaritätskto. Albertus/Borstelmann)
- Dokumentation **Verhindert das einheitliche Polizeigesetz ,** enthält den geplanten Gesetzestext und die Beiträge einer Podiumsdiskussion der Initiative. Bezug: Clemens Rothkegel, Ehrenbergstr. 31, 1 Berlin 33
- Dokumentation zum **Fall Udo Knapp** – Personalrat im BA Spandau, der bei der Gedenkminute für Buback sitzenblieb. Gegen Voreinsendung von DM -,50 (Briefmarken) bei FHSS-Komitee gegen Berufsverbote, Goltzstr. 43/44, 1 Berlin 30 zu beziehen
- "Am Beispiel EB Dreher" – eine Dokumentation zum **Fall Eberhard Dreher**, der seit 1 1/2 Jahren in verschärfter Untersuchungshaft sitzt. Bezug: RA Helga Wullweber, Müllerstr. 144, 1 Berlin 61
- Dokumentation zum **Berufsverbot von Klaus Weber**, Arzt am Uni-Krankenhaus in Hamburg-Eppendorf. Gegen Voreinsendung von DM 2,-- + 1,-- Porto (Scheck/Briefmarken) zu beziehen: Peter Zamory, Feldhoopstücken 62, 2 Hamburg 54

FILM/THEATER/KULTUR

(9/15) **Filmfaust** – Zeitschrift für den internationalen Film und ein Sprachrohr für den Filmnachwuchs und den Zuschauer; bisher sind 4 Ausgaben erschienen. Nr. 4 enthält Interviews mit bekannten Filmemachern, ein Beitrag zum Mythos Hollywood, Zuschauerfilmkritiken u.a., 100 Seiten/Preis DM 6,--, Bezug: Filmfaust-Verlag, Schumannstr. 64, 6 Frankfurt

(9/16) Alternative Literatur, Graphik und Platten – **Katalog der Edition trèves,** Postfach 1401, 55 Trier 1 anfordern

(9/17) **Rock-Jazz** – die Musikgruppe Pinocchio hat ein neues Programm zusammengestellt (2 Std.). Informationen über Günther Schmidt, Herbolzhofer Str. 54a, 851 Fürth, Tel. 0911/761424

(9/18) **Liederbuch** der Initiative gegen Atomenergie Trier. Gegen Voreinsendung von DM 1,50 (Briefmarken) über Hedwig Pucher-Koch, Nikolausstr. 1, 55 Trier zu beziehen

(9/19) **Anti-AKW-Theaterstück** "Strahlendosis 1000 rem" gegen Voreinsendung von DM 2,50 zu beziehen über Rainer Breuer, Postfach 3565, 55 Trier 1

(9/20) **Rote-Kehle-Comic Nr. 2** "Der Schlüssel zum Sozialismus" gegen Voreinsendung von DM 1,00 bei Jürgen Schön, Kochstr. 2, 55 Trier zu beziehen

(9/21) **Theaterkurse mit Lehrlingen** – eine Dokumentation zum Lehrstückversuch "Die Ausnahme und die Regel" von B. Brecht enthält die Idee und Zielsetzung, die Arbeitsschritte der Inszenierung, Auswertung der Publikumsbefragung (Lehrlinge und Hauptschüler) und theoretische Zwischenbilanz. 150 Seiten. Gegen Voreinsendung von DM 9,-- auf PSCHA-Kto. Berlin-West 653 06-100, Wannseeheim f. Jugendarbeit, Hohenzollernstr. 14, 1 Berlin 39

STELLENANGEBOTE/SUCHE

(9/22) Für die Arbeit, im nördlichen Ruhrgebiet, in einem Haus der Offenen Tür, auf der Grundlage der Selbstverwaltung wird ein **Sozialarbeiter/pädagoge** gesucht. Anfragen unter Chiffre 9/22 an Sozialistisches Büro

(9/23) 2-3 arbeitslose undogmatische **linke Psychologen** mit Erfahrung in Sozialarbeit und herkömmlichen Therapieformen für den Aufbau einer studentischen (selbstorganisierten) psychologischen Beratungsstelle gesucht. Geld ist vorerst keines da. Kontakt: Ernst Gerhards, Schnatgang 48, 45 Osnabrück

(9/24) Für eine zahnärztliche Gemeinschaftspraxis in Mörfelden/bei Frankfurt werden **Zahnarzthelferinnen, Zahnarzt(in) und Techniker(in)** gesucht, die sich beim Aufbau einer patient-orientierten Gruppenpraxis mit Mitbestimmungsstatut und kollektiven Arbeitsbedingungen engagieren wollen. Lothar König, Steinweg 3 1/2, 355 Marburg

(9/25) Die Geschäftsstelle der ESG Stuttgart sucht einen **Referenten im bildungspolitischen Referat – Bereich Sozialstation.** Voraussetzung: abgeschlossenes (Fach)hochschulstudium, Mitarbeit in der ESG und Erfahrungen in der hochschulpolitischen Auseinandersetzung. Nähere Informationen: ESG, Kniebisstr. 29, 7 Stuttgart 1, Tel. 0711/281034

(9/26) Wohnheim für Behinderte sucht ab sofort **Zivildienstleistenden.** Tel. 0611/504898

(9/27) Suche Arbeits-/Ausbildungsplatz als **Drukker.** 23 J./5 Semester Germanistik/Romanistik. Wer kann weiterhelfen? Matthias Frank, Feldstr. 1, 55 Trier

(9/28) **Dipl. Sozialpädagogin** mit therapeutischen Kenntnissen sucht eine Stelle in einer Beratungseinrichtung im Rhein-Neckar-Gebiet. Jutta Steen, Elisabethstr. 11, 68 Mannheim

(9/29) Junge Mutter (gelernte Arzthelferin) sucht **Nachmittagsstellung** – muß nicht unbedingt im Gesundheitswesen sein – im Raum Frankfurt/Wiesbaden. Rita Horn, Werlesstr. 20, 6203 Hochheim/Main

(9/30) Wir sind drei graduierte Sozialarbeiterinnen und suchen für 1978 in einer Universitätsstadt eine **Stelle für das Anerkennungsjahr** (Jugend- bzw. Gemeinwesenarbeit werden bevorzugt). Inge Köberich, Bellingerstr. 6, 64 Fulda

ARBEITS-/WOHN- UND FREIZEITKONTAKTE

(9/31) **Alternative Herberge** im Weserbergland für sanftes Leben, Kommunikation und Selbstentfaltung. Eine Übernachtung kostet DM 6,--/Kochmöglichkeit verhanden/Platz für 8 Leute und bei einem längeren Aufenthalt wird's billiger. G. und E. Knüppel, Hohe 24, 3452 Hehlen

(9/32) **Pädagogik-Student** möchte längerfristig an einem linken Projekt (Sozialbereich) in Groß- bzw. Univ.stadt mitarbeiten. Hinweise, Materialien über Initiativen im sozialen Bereich an Gerhard Fleiner, Voglerstr. 27, 87 Würzburg

(9/33) **Sozialpädagoge** sucht Kontakt zu und Adressen von kleinen selbstverwalteten Heimen, Familien- oder Wohngruppen mit Kindern, Jugendlichen oder Behinderten im norddeutschen Raum zwecks Mitarbeit bzw. Informationsaustausch. Yves Ratheau-Kuntze, Am Langenzug 8, 2 Ham

(9/34) Arbeitsgruppe möchte **alternative Projekte** der Jugendarbeit kennenlernen. Gerlinde Jonas Jahnstr. 54, 61 Darmstadt

(9/35) Redakteur (22) will im Herbst in Göt tingen Sozialwissenschaften studieren und such einen Platz in einer **Wohngemeinschaft**. Johan nes Dörries, Brachvogelweg 27, 29 Oldenburg

(9/36) Wir (2-3 Personen) suchen Anschluß a eine **Wohngemeinschaft** in München oder Leute die mit uns eine gründen wollen. Wolfgang Carl Alemannenstr. 10, 727 Nagold 1

(9/37) Suche Kontakt zu Genoss(inn)en, die i der **betrieblichen Aus- und Weiterbildung** ar beiten. Zuschriften unter Chiffre 9/37 an Soziali stisches Büro

(9/38) Philosophiestudent (21 J) sucht zum Win tersemester einen Platz in einer **Wohngemein schaft**, Johannes Stanitzek, Richard-Wagner-St 11, 6 Frankfurt 1

(9/39) Student (23 J) sucht nette Leute in **Wohn gemeinschaft** in Bremen, mit denen es Spa macht, zusammen zu leben. Jörg Henschen, Engel bertstr. 9, 5 Köln 1

(9/40) Dipl. Pädagogen (26/26 J) suchen Leute in Raum MA/HD – auch mit Kindern –, die ein **Wohngemeinschaft** gründen wollen. Jutta Steer Elisabethstr. 11, 68 Mannheim, Tel. 0621/40249

(9/41) **Bauernhaus** mit 2 ha Land in Italie **zu verkaufen**. Südtoskana, ruhig gelegen, Strom Wasser, Telefon vorhanden. Gut geeignet nebe Landwirtschaft auch für interdisziplinäre Kultur projekte, da in der Region ein spezieller PC gefördérter Strukturplan derlei fördert. Informa tionen: Elisabeth Bicknaese. Schubertring 41 318 Wolfsburg

MATERIALIEN GESUCHT

- Thema "Neutronenbombe, A-Bombe, Einsatz pläne, Zahlen über Rüstung und Forschung" AMAK, Neckarstr. 178, 7 Stuttgart 1
- Thema "Mitwirkung, Schüleraktivität bzw. Selbst organisation im Sport- oder Biologieunterricht" H. J. Schwirten, Kreuzbergring 10, 34 Göttinge
- Material und Erfahrungsberichte über die Unter drückung der freien Meinungsäußerung und Ge wissensentscheidung als KDV und ZDL für ein Dokumentation gesucht. Nähere Informationen AMAK, Heinrichstr. 21, 28 Bremen, BDP-Haus Tel. 0421/234002
- Thema "Alternative Medienarbeit (vor allem Film und Video)", Peter Reifsteck, Raabestr. 43 741 Reutlingen
- Suche Noten, Texte, Bücher, Platten, Zeit schriften etc. zum Bereich des politischen Liedes Unkosten werden erstattet. Friedel Hagedorn Clevornstr. 14, 44 Münster, Tel. 0251/79647
- Thema "Fürsorge für Frauen – Konzepte un Realität", Bettina Hinz-Dietrich, Rheinstr. 117, 6 Wiesbaden

TERMINE

- **Kultur- und Informationsfest** des Kreuzna cher Stadtblattes am 17.9. Informationen: Kreuz nacher Stadtblatt, Postfach 26, 6534 Stromber
- AG SPAK veranstaltet vom 23.-25.9. ein pro jektübergreifendes Seminar über **Erfahrunge einer alternativen pädagogischen Praxis** i Sinne von Paulo Freire. Nähere Informationen Anmeldung: AG SPAK, Elsässer Str. 9, 8 Mün chen 80, Tel. 089/453916

Phänomenologe der sozialistischen Zukunft

Detlef Horster — Zur Biographie Ernst Blochs

Damit es wirklich gibt, woran man sich halten kann, muß wohl das Fernziel entwickelt werden wie das Nahziel präpariert, aber so, daß das Nahziel immer in Bezug zum Fernziel steht und das Fernziel im Nahziel anwesend ist.
Bloch, Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz

14 Tage vor seinem Tod schrieb Ernst Bloch an einem Aufruf gegen die Neutronenbombe, einer der größten Perversionen, die die Menschen sich leisteten – wie er sagte. Er hatte Perversionen ähnlicher Art in seinem Leben einige kennengelernt: Den ersten Weltkrieg unter anderen. An seinem Anfang war Bloch gerade 29 Jahre, also in einem Alter, in dem jetzt die sind, die die Studentenbewegung selber und bewußt miterlebt haben. Damals verurteilte er den Krieg und schrieb gegen den "mörderische(n) Zwang der allgemeinen Wehrpflicht" (1). Alle diese enttäuschten Hoffnungen auf dem Weg zur Entwicklung einer menschlicheren Gesellschaft waren aber für ihn nie Aufforderung zur Resignation, sondern immer von neuem Signal zum Kampf gegen das Widersacherische in der Welt, denn Hoffnung kann zwar enttäuscht werden, diese Enttäuschung ist aber kein Grund zur Hoffnungslosigkeit. Überdies wußte er, daß trotz aller Widrigkeiten die Menschheit die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nie aufgab: sie hat sie nur immer verschieden ausgedrückt, wie er im "Prinzip Hoffnung" erkannte: "Das Morgen im Heute lebt, es wird immer nach ihm gefragt. Die Gesichter, die sich in die utopische Richtung wandten, waren zwar zu jeder Zeit verschieden, genauso wie das, was sie darin im Einzelnen, von Fall zu Fall, zu sehen meinten. Dagegen die Richtung ist hier überall verwandt, ja in ihrem noch verdeckten Ziel die gleiche: sie erscheint als das einzig Unveränderliche in der Geschichte. Glück, Freiheit, Nicht-Entfremdung, Goldenes Zeitalter, Land, wo Milch und Honig fließt, das Ewig-Weibliche, Trompetensignal im Fidelio und das Christförmige des Auferstehungstags danach: es sind so viele und verschiedenwertige Zeugen und Bilder, doch alle um das her aufgestellt, was für sich selber spricht, indem es noch schweigt." (2)

Die Beschreibung der verschiedenartigsten Ausdrücke der Hoffnung auf unentfremdete Verhältnisse in der Geschichte war der Generalnenner seiner Werke und trug ihm den Titel "Philosoph der Hoffnung" ein. Bei Licht besehen, war er allerdings kein Philosoph im traditionellen Sinn, sondern Realphilosoph; eine Kategorie, die Hegel entwickelte und deren Gestalt es seitdem nur sporadisch gab. Bei Bloch entstand philosophisches Denken aus politischen Zusammenhängen, aus denen die Impulse kommen, und im nahen Bezug zu ihnen entwickelt sich auch seine Philosophie weiter.

Schon sein erstes Buch "Geist der Utopie", während des ersten Weltkrieges geschrieben, führt den Schlag gegen zwei – wie man bürgerlich sagen würde – ganz verschiedene Richtungen. Erstens gegen die Starre und Bewegungslosigkeit in der Philosophie an deutschen Hochschulen. An die damalige Zeit erinnerte er sich mit den Worten: "An den deutschen Universitäten ging nichts mehr außer Kant, Kant, Kant." Andere Philosophen lernte er aus Büchern kennen. Zweitens ging der Schlag gegen das "gottlose Kleinbürgertum deutscher Sozialdemokratie" (3), die den Menschen nur noch als ein nicht integriertes Anhängsel der sich selbst bewegenden ökonomischen Basis ansah.

Diese doppelte Wendung gegen die damaligen Zeitströmungen in Philosophie und Politik hat Wurzeln in Blochs frühester Jugend. Er wurde am 8. Juli 1885 in Ludwigshafen geboren. Gegenüber liegt Mannheim. Von Ludwigshafen sagte Bloch: "Häßlich, das nackte, schonungslose Gesicht des Spätkapitalismus, verhungertes, ausgebeutetes Proletariat, nichts vom sogenannten geistigen Leben ... Mit Politik habe ich mich zu beschäftigen begonnen, als ich abends diese verhungerten Proletarier ausgemergelt durch die Straßen Ludwigshafens schleichen sah." (4). Mit der Politik verband sich bei Bloch die Philosophie, die er in dem Pendant zu dieser Industriesiedlung in der Kulturstadt Mannheim kennenlernte, "deren Schloß eine wunderbare Bibliothek hatte, die noch aus der Zeit des Kurfürsten Karl Theodor stammte ... Dort war der ganze große philosophische Farbenbogen von Leibniz bis Hegel vollständig vorhanden, und auch alle Schüler Hegels. Eine großartige Sammlung, die heute noch interessant wäre, war dort zusammengetragen, und ich fing dort an zu lesen, zu einer Zeit, als auf sämtlichen deutschen Universitäten über Hegel geredet wurde wie über einen toten, räudigen Hund ... So habe ich Fichte, Schelling und Hegel früh kennengelernt; was ich nicht verstanden habe, habe ich überschlagen oder zu verstehen gesucht, meistens mißverstanden, vermutlich aber in einer interessanten Weise mißverstanden." (5)

Das Mißverstehen der Philosophen ist ein kennzeichendes Element der Blochschen Philosophie. Er interpretierte sie nie in der offiziell gültigen Weise. Ihn interessierten an den Philosophien mehr die Gedanken, die quer zu dem Hauptstrom einer Zeit flossen und daran deren in die Zukunft weisender Überschuß. Davon Zeugnis gibt das Buch, das seine Gesamtausgabe ursprünglich vollständig machen sollte und kürzlich erst erschien: "Zwischenwelten in der Philosophiegeschichte" (6), wo all das, was von der schulphilosophischen Interpretation nicht berücksichtigt wurde, von Bloch aufgesammelt worden ist. Liest man nur dieses Buch, so steht die gesamte Philosophie der Weltgeschichte in Front zu ihrer jeweiligen Zeit, und diese Kehrseite der Philosophie hat Bloch beerbt. Nichts aus dieser Tradition war vor seinem Zugriff sicher, wie Walter Jens am Grabe Blochs noch formulierte. Derart Zukunftthaltiges entdeckte Bloch besonders bei seinem "hochverehrten Jugendlehrer Hegel" (7), über den er in "Subjekt-Objekt – Erläuterungen zu Hegel" schreibt: "Es gibt wenig Vergangenheit, die so problemhaltig wie seine uns noch aus der Zukunft entgegenkäme." (8) Daß es nach Blochs Meinung in der Hegelschen Philosophie noch Probleme gäbe, die zu bearbeiten wären, wurde ihm schon 1951 in der "Einheit" zum Vorwurf gemacht: Hegel sei längst in den sozialistischen Klassikern aufgehoben, besonders in Stalin, den Bloch viel zu wenig erwähne, meinte der Rezensent in der "Einheit" (9). Dem entgegnete Bloch mit einer Kritik an der Flachheit der dogmatischen marxistischen Theorie bis dato, die sich durch mangelnde Hegelkenntnisse eingestellt habe. Damit müsse Schluß gemacht werden, rief er bei der Gedenkfeier zu Hegels 125. Todestag in der Ostberliner Akademie: "Genug davon, jetzt muß statt Mühle endlich Schach gespielt werden." (10)

Für Bloch war Schelling ebenso folgenreich wie Hegel. Aber auch hier nicht die Schriften Schellings, die im Blick der Schulphilosophie stehen, sondern die späten Berliner Vorlesungen: "Die Philosophie der Mythologie und Offenbarung." Von diesen Schriften Schellings kann man auch heute noch mit demselben Recht sagen, was Bloch für die damalige Zeit sagte, daß "die vermutlich kein Mensch in der großen Welt näher kennt" (11). Aus diesen Schellingschen Schriften interpretierte er, daß das Wesen, das wirklich unentfremdete Sein, erst noch durch das prozeßhafte Zusammenwirken von Mensch und Welt zu erlangen sei: "Die wirkliche Genesis steht nicht am Anfang, sondern am Ende." (12)

Die dogmatische sozialistische Politik der Blochschen Jugend suchte das erstrebenswerte Ziel zwar auch in der Zukunft, doch gelangt die objektive Seite dort von selbst zu ihrem Endziel. Die ökonomische Basis entwickelt sich und zieht sozusagen automatisch den Überbau mit. Durch die Verarbeitung Hegels ist Bloch zu einer grundsätzlich anderen Antwort gekommen, besonders durch die Aufnahme des Gedankens einer möglichen Auflösung des Dualismus von Subjekt und Objekt.

Inspiriert wurden Bloch und durch ihn Lukacs vor allem von der "Phänomenologie des Geistes". Diese frühe Schrift Hegels fand deshalb Beachtung, weil – wie Bloch sagte – "wir beide – Lukacs und ich – selber noch jung waren, und weil diese Schrift sich an der Grenze des Wahnsinns bewegt". Letzteres ist wieder zu verstehen als Abweichung von den herrschenden Gedankengängen in Hegelscher Zeit. "Grundsatz der Phänomenologie ist von Anfang bis Ende die Vermittlung des Denkens mit dem Sein, des Ich mit dem Nicht-Ich." (13) Bloch entdeckte auch die drei entscheidenden Motive, die in der "Phänomenologie" vereinigt sind, die wesentlich auch das Zentrum der Blochschen Philosophie bilden: Das revolutionäre Ich, das zuerst in der französischen Revolution erschien, die souveräne Erzeugung des Erkenntnisinhaltes selber, angeregt durch die Kenntnis der Naturwissenschaften, und drittens das Ernstnehmen der Geschichte, vorbereitet durch die Arbeiten der historischen Schule. Alle drei Elemente vereinigen sich gleichgewichtig in der "Phänomenologie des Geistes". Alle drei Momente stoßen gleichermaßen auf Interesse in Zeiten, in denen es nach revolutionärer Umwälzung riecht. Als Frage läßt sich dann formulieren: Wie wirken Subjekt und Objekt bisher in der Geschichte zusammen, um geschichtliche Veränderungen herbeizuführen? Wie müssen sie zusammenwirken, um auch künftig geschichtlich verändernd sein zu können? Diese Fragen lagen auch in der Luft, als Bloch seine frühen Schriften abfaßte: "Geist der Utopie" (1918 und 1923) und "Thomas Münzer" (1921). Dieselben Fragen beschäftigten Lukacs in "Geschichte und Klassenbewußtsein" (1923). Daran sind für beide erkenntnistheoretische Fragestellungen geknüpft. Durch die Hoffnung und Erfahrungen der Protestbewegung sind diese Fragen wieder aktuell geworden. Nicht von ungefähr ist gerade jetzt wieder die Diskussion um die Widerspiegelungstheorie entbrannt, und ein – wie auch immer geartetes – verstärktes Interesse an Geschichte entsteht.

Weil diese Fragen nach Subjekt und Objekt Bloch aufrührten, schwankte er am Anfang seiner Studienzeit zwischen den Fächern Psychologie und Physik. Er entschied sich für Philosophie, Physik und Musik.

Daß die erwähnten drei Elemente – Subjekt, Objekt und Geschichte – auch in der Blochschen

Philosophie gleichgewichtig vorhanden sind, zeigt schon das Kapitel "Zur motorisch-phantastischen Erkenntnistheorie dieser Proklamation" in der Erstauflage von "Geist der Utopie" (14) und "Geist der Utopie" von 1923, dessen letztes Kapitel die Überschrift trägt: "Über die Weltwege, vermittelst derer das Inwendige auswendig und das Auswendige wie das Inwendige werden kann." (15) Die Verbindung dieser philosophischen Elemente aus der "Phänomenologie des Geistes" mit dem Aufdecken und Analysieren der zukunftshaltigen Tendenzen und Latenzen machten Bloch zum Phänomenologen der sozialistischen Zukunft.

Nichtrevolutionäre Theorie zeichnet sich stets dadurch aus, daß eins der Elemente das Übergewicht hat oder überhaupt nicht bedacht wird. In zeitgemäßem Vokabular heißt das: Eine nichtrevolutionäre Theorie ist daran zu erkennen, daß es in ihr nur oder ein Übergewicht an Psychologie gibt; daß es nur oder ein Übergewicht an Ökonomie gibt. Eine Theorie mit Übergewicht an Geschichte ist mir in der gegenwärtigen Zeit noch nicht begegnet.

Bloch schätzte die Jugendfrische an der "Phänomenologie des Geistes". Durch die Liebe zur Grenze des Wahnsinns, wie der Satz an den Wänden des Paris im 1968: Seid realistisch, tut das Unmögliche. In dieser für die Alten als Wahnsinn erscheinenden Jugend der "Phänomenologie des Geistes" ist Bloch immer geblieben.

Blochs geschichtsphilosophischer Gedankenkern läßt sich ohne die eben skizzierte produktive Aufnahme der unabgegoltenen philosophischen Tradition nicht verstehen: Auf eine nach vorn weisende Tendenz im Objektiven muß ein Bewußtsein auftreffen, das diese Tendenz aufnimmt und Objektives gegen den Widerstand des Widersacherischen in seine Richtung bringt, deren Ziel das Wesen ist, eine unentfremdete Gesellschaft, in der sich Subjekt und Objekt nicht mehr als fremde gegenübertreten: Heimat, die es in der Geschichte noch nie gegeben hat.

Hier ist nun auch in der Philosophie der notwendige Übergang zum praktischen Handeln gekennzeichnet. Die so begründete Hoffnung auf eine bessere Zukunft verbindet sich notwendig mit dem Wissen, daß diese Zukunft sich nicht von selbst einstellt. Erst praktisches Handeln kann diese Zukunft herstellen. Bei diesen letzteren Gedanken wird deutlich, daß Bloch in der direkten Erbfolge

Bloch mit Freunden (1938)

Jugend in der Philosophie gleichen sich Bloch und der sonst von ihm so verschiedene Adorno, der seinen Studenten oft sagte: "Die Philosophie ist eigentlich Sache der Jugend". Sie sei nämlich "Widerstand gegen die etablierte Meinung". (16) Beide waren sich einig darin, daß man sich das staunende Fragen der Jugend als Philosoph bewahren müsse. Die Unbefangenheit der Fragen kann erst zu neuen Antworten führen. Die durch die Schullogik verbogenen Geister können solche Fragen schon nicht mehr formulieren. Erst recht kann man von ihnen keine Antwort erwarten. Die Jugend in der Philosophie ist gerichtet gegen alles Stehende, gegen die Beharrungsmomente in der Gesellschaft, gegen den gesunden Menschenverstand, von dem Marx und Engels sagten, er sei der ärgste Metaphysiker. Weder Adorno noch Bloch konnten sich deshalb dem gesellschaftlich vorgeschriebenen Sprachduktus unterwerfen, weil er zu ihrem Problemhorizont nicht paßte. Mit dieser alt gewordenen Sprache waren schon keine neuen Fragestellungen mehr möglich, und die Antworten klingen für die Zeitgenossen darum genau wie die Antworten Hegels für seine Zeitgenossen: Sie bewegen sich an der von Marx steht und von diesem nicht gelöste Probleme so kennzeichnete, daß Lösungsmöglichkeiten sichtbar wurden, die alle fehlgeleiteten Marxismen der II. und III. Internationale rechts liegen ließen.

Es muß hier noch hinzugefügt werden, daß Bloch schon früh mit sozialistischen Gedanken beschäftigt war, an Schule und Elternhaus vorbei, ja, als Anti-Haltung gegen beide, von denen er sagt: "Im Elternhaus eine schwierige Mutter, ein Vater, der seit seinem siebzehnten oder zwanzigsten Lebensjahr kein Buch mehr angerührt hat, königlich-bayerischer Eisenbahnbeamter ... Und wir Pennäler, von denen alle anständigeren und die gescheiteren schlechte Noten hatten, haben geschworen, daß wir nie vergessen wollen, was die Schule uns angetan hat, die neun oder zehn Jahre Zuchthaus, zu denen wir in unseren schönsten Jahren verurteilt worden sind." (17)

Wegen dieser Öde und Enge suchte Bloch die sozialistische Richtung. Er hatte Kontakt mit sozialdemokratischen Redakteuren. Im Alter von 13, 14 Jahre abonnierte er den "Vorwärts", den er zu Hause sorgsam verbergen mußte. Für eine Weile hing er dem Bernsteinschen Revisionismus an, aber später auch über eine kurze Zeitspann der orthodoxen Richtung Kautskys. 1906 besucht er den Mannheimer Parteitag, dessen nettest Episode ihm im Gedächtnis blieb: Rosa Luxem burg sprang August Bebel auf den Schoß un küßte ihn. Bloch war begeistert von der Nonkor formität Rosa Luxemburgs. Marxist ist Bloch zei lebens geblieben. Wie überhaupt das Blochsch Denken durch Kontinuität gekennzeichnet ist. Neg sprach darum mit Recht von der erstaunliche Tatsache, daß die Brüche in Blochs "Denke fehlen, daß ein Abschwören von Überzeugunge und Einsichten zu keiner Zeit notwendig war". (18 Dies stellte auch sein Jugendfreund Lukacs fes der ganz im Gegensatz dazu in dieser Hinsich eine schillernde Gestalt gewesen ist. Nebe Lukacs waren für Bloch die Freundschaften m Benjamin, Kracauer, Adorno, Klemperer, Brech und Weill wichtig. Dennoch war die wichtigst wohl die mit Lukacs in den Jahren 1913/14 Bloch erzählte häufig von dieser Zeit, in der beid völlig dasselbe dachten. Sie hätten eine wahr Symbiose gebildet. Selbst wenn sie sich einma einige Wochen nicht gesehen hätten, dachten si während dieser Zeit die Gedankengänge so weite daß sie beim nächsten Zusammentreffen ihre Austausch ohne Umschweife beginnen konnten Es sei darum notwendig gewesen, einen "Natur schutzpark der Differenzen" zu bilden, der gan künstlich einfach deshalb angelegt wurde, dam sie nicht gegenüber anderen ständig nur das selbe sprachen. Dennoch waren sie beide späte Antipoden: Bloch meinte, daß Lukacs seinen Be griff der Utopie nicht verstanden habe. Bloc dagegen wandte sich gegen den Realismus, de Lukacs vertrat, weil hierin die Zukunft fehle. Dam wandte sich Bloch auch gegen offizielle parte kommunistische Auffassungen.

Die wesentliche Differenz kam in seiner Faschis musanalyse zum Ausdruck, die 1935 unter den Titel "Erbschaft dieser Zeit" (19) erschien. Die ist vor allem eine Kritik an der Propaganda de KP. Sie habe den Menschen zwar immer Wahre erzählt, doch sie habe zu ihnen stets vom Ob jektiven gesprochen, von nüchternen Zahlen. Emo tionen und Interessen der einzelnen, konkreten Menschen übersahen sie: "Gefühle sind Besonder heiten, die der Rotstift heilt, das Alogische in Menschen hat keinen anderen Rang als den beschimpft oder mindestens wegkonstruiert zu werden." (20) Überdies setzte die kommunistische Propaganda voraus, daß in der Folge des gleich laufenden Nebeneinanders aller objektiven Ver hältnisse in einer Gesellschaft immer und über all auch die gleichen Ideologien und gleiche Interessen in den Köpfen der Menschen vorherrsch ten. Doch Bloch fand heraus, daß weder das ein noch das andere in der deutschen Gesellschaf überall gleichgeschaltet sei; er ermittelte Ungleich zeitigkeiten in den Produktionsverhältnissen: Es gibt Gebiete und Landstriche, in denen noch zu rückgebliebene Produktionsverhältnisse herrschen sie sind noch nicht auf der Höhe der Zeit, au der Höhe der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Eine Tatsache, die auch heute beispielsweise noch im Schwarzwald fest gestellt werden kann: Dort gilt partiell trotz ent wickeltem Kapitalismus für bestimmte Produkte noch, daß sie nur auf dem Wege des unmittel baren Warenaustausches zu erlangen sind. Auch die Interessen und Ideologien sind ungleichzei tig: "Nicht alle sind im selben Jetzt da. Sie sind es nur äußerlich, dadurch, daß sie heute zu sehen sind. Damit aber leben sie noch nicht mit den anderen zugleich." (21) Das Unterschiedliche in den Köpfen der Menschen müsse erst einma ernst genommen werden und müsse dann zum Ausgangspunkt der Propaganda gemacht werden Damit jeder einzelne Mensch dem Propaganda redner zuhört, "muß er von seiner eigenen Lage her gepackt sein, und zwar zunächst von seine Lage, wie sie sich ihm spiegelt. Erst dann ha das Weitere Aussicht, gehört und verstanden zu werden, erweckt es Vertrauen. Das aber geling nie von außen oder oben her, als überlegen

nahendes Selberwissen. Von oben kommt man Fliegen bei, nicht Menschen. Selber klug sein ist erst die Hälfte der Klugheit." (22) Die andere Hälfte ist eine Didaktik der Propaganda. Bloch hatte erlebt, daß die Propaganda der Kommunisten ihre Adressaten gar nicht fand. Sie überhäufte die Menschen, die angesprochen werden sollten, mit ökonomischen Fakten, so daß die meisten Zuhörer nichts verstanden oder sich langweilten. Demgegenüber hatte er einen Agitator kennengelernt, der in Thüringen vierhundert Jahre alte Münzer-Texte vorgelesen hatte. "Und die Bauern in zurückgebliebenen oder, besser, entlegenen Gebieten haben ihn verstanden. In Hessen, vor allem in Oberhessen, las er aus Georg Büchner vor, aus dem "Hessischen Landboten", zu der Zeit immerhin über 100 Jahre alt, und die Bauern haben ihn verstanden. Also eine alte Sprache, die der alten Ungleichzeitigkeit entspricht, während die andere, die übliche Parteisprache (das Parteichinesisch, wie es damals sehr bedeutungsvoll genannt worden ist) keinen Zuhörer, kein Verständnis, keinen Adressaten gefunden hat." (23) Nur zu klassenbewußten Proletariern kann man so sprechen wie es die Kommunisten taten. "Das war bei den Kleinbürgern selbst in Großstädten, aber erst recht in Kleinstädten, also in der Provinz, nicht der Fall." (24) Bei ihnen war zwar auch der Widerspruch gegen den Kapitalismus da, denn auch für diese, nicht nur fürs Proletariat, beginnt das, "was gegeben ist, ... stetig unwirklicher zu werden" (25); allerdings suchten sie ihr Heil in der Vergangenheit, in den besseren früheren Zeiten, die man herbeisehnte, die wieder herzustellen seien. "Die Ungleichzeitigkeit macht, daß das Verhältnis Sein: Bewußtsein kein direktes, adäquates, mechanisch-promptes ist, mit anderen Worten, daß dem proletarisierten Sein der Bauern und Kleinbürger das proletarische Bewußtsein keineswegs auf dem Fuße folgt. Es bildet sich vielmehr ein falsches Bewußtsein eigener Art, ein Innenraum, der an die proletarisch-großkapitalistische Wirklichkeit und ihre Dialektik nicht direkt angrenzt, der folglich den sozialistischen Wahrheiten über diese Wirklichkeit gar keine oder nur verzerrte Resonanz gibt. Widerspruch genug wird auch hier verspürt, subjektiver der dumpfen Wut wie objektiver sozusagen, eines romantischen Antikapitalismus, einer immer noch nicht ausgelebten, auch relativ besseren Vergangenheit, die gegen die "Mechanei" der Gegenwart sich sperrt. Aber dieser Widerspruch eben ist ungleichzeitig, folglich vom echten, realen, gleichzeitigen so verschieden wie die dumpfe Wut von der bewußten revolutionären Tat, wie eine unausgelebte Vergangenheit von der zukünftigen Gesellschaft, womit die gegenwärtige schwanger geht." (26) Diese romantische Beziehung der Kleinbürger zur Vergangenheit ist dann von den Nazis in der Propaganda ausgenützt worden, von den Kommunisten in ihrer Phantasielosigkeit aber liegen gelassen worden, gar nicht wahrgenommen worden. Die Nazis dagegen hatten – indem sie konkret an das anknüpften, was in den Köpfen der Kleinbürger ist – "die nationalsozialistische Massenbasis aus ungleichzeitigem Widerspruch." (27)

Diese Kritik an der Propaganda der KP war die Basis auch für die spätere kritische Auseinandersetzung mit ihr: Vor allem ihr Vergessen des konkreten Einzelnen, oder Unterdrückung des Einzelnen auf Kosten des Kollektivs, "denn auch der Mensch, nicht nur seine Klasse hat, wie Brecht sagt, nicht gern den Stiefel im Gesicht". (28) So formulierte Bloch, als er 1961 nach dem Mauerbau nicht wieder in die DDR zurückkehrte. Für Bloch gibt es kein allgemeines Klassenbewußtsein, aus dem man die allgemeingültige Propaganda ableiten könnte. Für ihn gibt es das konkrete Bewußtsein der Einzelnen, die den Ausweg aus der Misere in der Zukunft suchen. Wenn dieser Weg kollektiv gekannt wird, kann er auch beschritten werden.

"Als 'Erbschaft dieser Zeit' 1935 in Zürich erschien, waren alle Chancen des sozialistischen Erbes der großen bürgerlichen Kultur gerade in jenem Lande, für das Bloch, durch alle Katastrophen und Restaurationen hindurch, bis heute eine erwartungsvolle Zuneigung bewahrt hat ..., bereits vollständig und für lange Zeit vertan." (29) Der Widerstand gegen den ärgsten Feind, gegen den Nationalsozialismus, hatte nicht zu seiner Abwehr führen können. Eine Emigration in die Sowjetunion war allerdings nicht umstandslos möglich. Die Kritik Blochs an der damaligen KP, deren Theorie von der Orthodoxie Moskaus gespeist wurde, zeigt, daß er in ihren Reihen nicht ohne weiteres im Gleichschritt gehen könnte. "Dieser Widerspruch führt Bloch zur ersten Emigration, einer Emigration, die Resultat der Ungleichzeitigkeit seiner Philosophie im Verhältnis zu vorerst stillgestellten, abgeschlossenen gesellschaftlichen Wirklichkeiten in zweierlei Hinsicht ist: die reale Flucht aus dem Lande des Faschismus und, wenn nicht faktisch, so doch der Sache nach, das Ausweichen vor jenem Lande, in das sich der Sozialismus, wie immer auch die Preisgabe von Emanzipationsgehalten der Oktoberrevolution kritisiert werden mag, gerettet hatte. Nannten viele unsicher gewordene Linksintellektuelle die stalinistische Bürokratisierung unter dem Titel des Totalitarismus mit dem siegreichen Faschismus bereits in einem Atemzuge, so hielt Bloch dagegen an der Sowjetunion als dem einzig verläßlichen Bollwerk gegen den Faschismus fest; aber selbst wenn er als Emigrant aufgenommen worden wäre, so ist doch sicher, daß man mit seiner Philosophie in diesem Lande kaum etwas hätte anfangen können." (30)

Am 6. März 1933 emigrierte Bloch in die Schweiz, 1934 ging er nach Wien, wo er Karola heiratete. 1935 lebten sie in Paris und von 1936 bis 1938 in Prag. 1938 emigrierten sie endgültig in die Vereinigten Staaten. Dort wurden sie von Hanns Eisler und Joachim Schumacher empfangen, zu denen sie während der Emigrationszeit auch den meisten Kontakt hatten. Ansonsten hatte Bloch sehr wenig Kontakte. Er knüpfte auch mit anderen Emigranten keine neuen. Die meisten Freundschaften bestanden schon in Deutschland oder Europa. In Amerika begann Bloch mit dem "Prinzip Hoffnung", das seinem Sohn Jan Robert gewidmet ist: "Ich war glücklich, ungestört auf deutsch schreiben zu können, in einer Sprache, die rundum nicht gesprochen und banalisiert wurde, einer wissenschaftlichen und einer philosophischen Sprache. Ich habe Tag und Nacht gearbeitet, elf Jahre lang, ernährt von meiner Frau, also kein Vorbild im amerikanischen Sinn. 'Wenn Ihr Mann nun nichts verdient', hat ein Amerikaner einmal meine Frau gefragt, 'weshalb wechselt er nicht den Job? Man hat ja nur einen Job, weil man Geld verdienen will, und wenn er mit Philosophie nichts verdient, soll er was anderes machen!' " (31) Dazu erfand Bloch später die Anwort: "In Amerika fangen die Millionäre mit Tellerwaschen an, die Philosophen hören damit auf." (32)

1948 nahm Bloch ganz bewußt einen Ruf nach Leipzig an. Er wollte in dem Land arbeiten, das daran ging, eine neue, eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Aber schon bald geriet er mit der Parteibürokratie in Konflikt, der er vorhielt: "Die sozialistische Oktoberrevolution ist gewiß nicht dazu bestimmt gewesen, daß die fortwirkenden, in der ganzen Westwelt erinnerten demokratischen Rechte der Französischen Revolution zurückgenommen werden, statt einer Erkämpfung ihrer umfunktionierten Konsequenz." (33) Wenn Marx von der Abschaffung des Privateigentums sprach, hatte er damit nicht gemeint, daß zugleich auch die Menschenrechte wie "Freiheit, Widerstand des Volkes gegen Unterdrückung" (34) in den Mülleimer der Geschichte geworfen werden sollten. Diese Gefahr sah er aber in der DDR gegeben, in der selbständiges Denken "gegen den Anstand verstößt". (35) Bloch prangerte die Mißstände 1956 in seinem Schlußwort auf dem Kongreß der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Berlin öffentlich an. Auf diesem Kongreß sei zu wenig über die gesellschaftlichen und individuellen Freiheiten gesprochen worden. Diese stünden in jedem sozialistischen Programm. Doch bezogen auf die Wirklichkeit kann man auch dort sagen: "Vor Tische las man's anders, wie oft ist das wahr." (36)

1957 wurde Bloch zwangsemeritiert, Karola in einer Art Sippenhaft aus der Partei ausgeschlossen. Bloch galt von da an wie Sokrates in Griechenland als "Verführer der Jugend". Nur der Einsatz eines Einzigen im Politbüro bewahrte ihn vor dem Zuchthaus.

Als seine Freiheiten auf ein unerträgliches Maß reduziert wurden, blieb Bloch nach dem Bau der Mauer 1961 in West-Deutschland. Seine Wohnung wählte er in Tübingen, weil die Namen Schelling und Hegel mit Tübingen eng verbunden sind, weil sie "hier in der Luft hingen". Doch auch in der Bundesrepublik und gerade hier im Kapitalismus war er unbequem. Paradox genug freilich, daß er hier mehr persönliche Freiheit genoß als in einem Land, das den Sozialismus zum Programm hat. Diese zweite Emigration war – wie gesehen – in der ersten schon angelegt. Wir erinnern uns an Bloch als Kämpfer gegen die Notstandsgesetze, gegen den § 218, gegen das Berufsverbot noch als Neunzigjähriger. Als Zweiundneunzigjähriger setzte er sich für das Zustandekommen des dritten Russell-Tribunals ein. Aber nicht nur allgemeinpolitische Ziele verfolgte er. Karola und er arbeiteten in der Organisation "Hilfe zur Selbsthilfe", die den Menschen hilft, denen der langjährige Freiheitsentzug das Rückgrat gebrochen hat. Es würde dem Denken Blochs widersprechen, wenn er im Erreichen dieser gesteckten Nahziele nicht auch das Fernziel sehen würde: "Wir müssen vor allen Dingen wissen", sagte er 1967 anläßlich der Verleihung des Friedenspreises an ihn, "daß die (Nah-Ziele) conditio sine qua non sind für das Endziel, für den Traum vom besseren Leben." (37)

Anmerkungen

(1) Ernst Bloch, Geist der Utopie (nach der 1. Auflage von 1918), Frankfurt 1971 (= Band 16 der Bloch-Gesamtausgabe) S. 400
(2) ders., Das Prinzip Hoffnung, Frankfurt 1959 (= Band 5 der Bloch-Gesamtausgabe), S. 1627
(3) ders., Geist der Utopie, a.a.O., S. 298
(4) Arno Münster (Hrsg.), Tagträume vom aufrechten Gang – Sechs Interviews mit Ernst Bloch, Frankfurt 1977, S. 21 und 26
(5) Ebd., S. 27
(6) Bloch-Gesamtausgabe, Band 12
(7) Arno Münster, a.a.O., S. 76
(8) Ernst Bloch, Subjekt-Objekt – Erläuterungen zu Hegel, Frankfurt 1962 (Bloch-Gesamtausgabe, Band 8), S. 12
(9) Wolfgang Schubardt, Kritische Bemerkungen zu dem Buch "Subjekt-Objekt" von Prof. Dr. Ernst Bloch, in: Einheit Nr. 6/1952
(10) Ernst Bloch, Philosophische Aufsätze zur objektiven Phantasie, Frankfurt 1959 (= Band 10 der Bloch-Gesamtausgabe), S. 483
(11) Arno Münster, a.a.O., S. 27
(12) Ebd., S. 77
(13) Ernst Bloch, Subjekt-Objekt-Erläuterungen zu Hegel, a.a.O., S. 60
(14) ders., Geist der Utopie (nach der 1. Aufl. von 1918), a.a.O., S. 332
(15) ders., Geist der Utopie (nach der 2. Aufl. von 1923), Frankfurt 1964 (= Band 3 der Bloch-Gesamtausgabe), S. 289
(16) Theodor W. Adorno, Philosophische Terminologie, Band 1, Frankfurt 1973, S. 131
(17) Arno Münster, a.a.O., S. 23 f.
(18) Oskar Negt, Erbschaft aus Ungleichzeitigkeit und das Problem der Propaganda, in: Ernst Bloch zum 90. Geburtstag: Es muß nicht immer Marmor sein, Berlin 1975, S. 9
(19) Bloch-Gesamtausgabe, Band 4
(20) Ernst Bloch, Vom Hasard zur Katastrophe, Frankfurt 1972, S. 105
(21) ders. Erbschaft dieser Zeit, Frankfurt 1962 (= Bloch-Gesamtausgabe, Band 4), S. 104
(22) ders. Vom Hasard zur Katastrophe, a.a.O., S. 103
(23) Traub+Wieser (Hrsg.), Gespräche mit Ernst Bloch, Frankfurt 1975, S. 197 f.
(24) Ebd., S. 199
(25) Ernst Bloch, Geist der Utopie (nach der 1. Aufl. von 1918) a.a.O., S. 340
(26) ders., Vom Hasard zur Katastrophe, a.a.O., S. 107 f.
(27) Ebd., S. 108
(28) ders., Naturrecht und menschliche Würde, Frankfurt 1961 (= Bloch-Gesamtausgabe, Band 6), S. 232
(29) Oskar Negt, a.a.O., S. 14
(30) Ebd.
(31) Arno Münster, a.a.O., S. 70
(32) Ebd., S. 71
(33) Ernst Bloch, Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, Frankfurt 1970 (= Bloch-Gesamtausgabe, Band 11), S. 365
(34) ders. Naturrecht und menschliche Würde, a.a.O., S. 203
(35) ders., Politische Messungen, Pestzeit, Vormärz, a.a.O., S. 364
(36) Ebd., S. 342
(37) Es spricht Ernst Bloch, Schallplatte des Suhrkamp-Verlags, Frankfurt 1970

Stuttgart 1907

Kongreß der Zweiten Internationale

Egbert Jahn

Zur ersten Maifeier 1890 Holzschnitt von Walter Crane

Alle drei großen sozialistischen Internationalen sind in Kriegen zugrundegegangen. Die I. Internationale (1864-1872) zerbrach zwar nicht innerlich am Deutsch-Französischen Krieg, sondern an der Kontroverse zwischen Bakuninismus und Marxismus, wurde aber entscheidend durch die reaktionäre Internationale der Thiers, Bismarck und Beust geschlagen, nachdem diese ihren Triumph über die Pariser Kommune gefeiert hatten. Die II. Internationale (1889-1914) ging in den ersten Kriegstagen des ersten weltweiten Völkergemetzels bankrott und vegetiert seither als internationaler Club sozialdemokratischer Parteiführungen dahin ohne nennenswerte Resonanz in der Arbeiterklasse.

Die III. Internationale von 1919-1943 (Komintern) wurde schon zu Lebzeiten dem Sowjetpatriotismus geopfert, ehe das Weltkrieg II-Bündnis zwischen Stalin und Roosevelt auch ihren formellen Tod besiegelte. Auch die Kommunistische Internationale feierte zwar zunächst als Funktionärsforum (Kommunistisches Informationsbüro 1947-1956, drei Weltkonferenzen 1957, 1960 und 1969) Wiederauferstehung, bis selbst dieses im heillosen Chauvinismus der Kommunistischen Parteien unterging. Das traurige Desaster des sozialistischen Internationalismus wird noch dadurch unterstrichen, daß selbst der Begriff des "proletarischen Internationalismus" zur Supermachtideologie verkommen ist und zur Rechtfertigung der "Rettung" von 14 Millionen Werktätigen eines "sozialistischen Landes" unter KP-Führung von ihren eigenen Sozialismus-Vorstellungen durch eine halbe Million ausländischer Soldaten herhalten muß. Bis an die Zähne und tief ins Gehirn gerüstet – mit Nuklearwaffen und mit den jeweils national "richtigen" wissenschaftlich abgesicherten internationalistischen Ideen – stehen sich heute die kommunistischen Millionenarmeen zum Massenmord bereit gegenüber, von den sozialdemokratischen ganz zu schweigen.

Die IV. Internationale (seit 1938) schließlich wurde schon im Keim durch den Zweiten Weltkrieg erstickt, ehe sie sich endlos politisch und national kreuz und quer spaltete und zersplitterte, allenfalls ein Forschungsobjekt für philatelistische Sammler marxistischer Kuriositäten, unfähig, handelndes historisches Subjekt zu werden.

Auf dem Stuttgarter Kongreß vor siebzig Jahren, in den Tagen des 18. bis 24. August, sah die Welt noch anders aus, hatten die Sozialisten jeglicher Couleur noch völlig andere Zukunftsperspektiven. Sie waren noch in einer einzigen internationalen Organisation vereinigt, waren noch fähig sich an einen Tisch zu setzen und um gemeinsame politische Strategien zu ringen. Die Vielfalt politischer Parteien, Fraktionen und Meinungen der Arbeiterklasse galt damals noch nicht als Hindernis, sondern als Herausforderung zur internationalen Solidarität. Dogmatische Einheitspostulate zerrissen noch nicht die Arbeiterbewegung in tausenderlei alleinseligmachende Sozialismen. Der Stuttgarter Kongreß stellte den Höhepunkt der II. Internationale dar. Deutschland – das einer Generation von Marxisten als geistiges Zentrum des Internationalismus und als die Fabrik der Hauptstreitkräfte der Weltrevolution galt – war nur einmal Ort einer mächtigen internationalen Sozialistenversammlung. Im für deutsche Verhältnisse liberalen Königreich Württemberg wurde die Zusammenkunft gewagt; nur ein britischer Sozialdemokrat wurde wegen Beleidigung der Regierung ausgewiesen. 1907 kamen die 886 Delegierten aus 25 Ländern noch in dem Glauben an den unaufhaltsamen Aufstieg der internationalen Arbeiterbewegung zur "sechsten Großmacht" Preußen-Deutschland (Karl Marx) neben England, Frankreich, Österreich und Rußland zusammen. In Deutschland wuchsen die Zahlen der Wähler der Sozialdemokratischen Partei fast kontinuierlich von 125.000 (3,2% der gültigen Stimmen 1871) bis zu 3.260.000 (28,9% 1907). 1912 sollten es 4.250.000 (34,7%) sein. In Frankreich hatten sich 1905 endlich verschiedene sozialistische Strömungen zur Sozialistischen Partei, Französische Sektion der Arbeiter-Internationale vereinigt. In England hatte sich die Labour Party konstituiert und schien den bloßen Trade-Unionismus zu überwinden. In Österreich errang die Sozialdemokratie 1907 durch Massendemonstrationen das allgemeine Wahlrecht. Und in Rußland hatte die Revolution von 1905 der internationalen revolutionären Stimmung und dem Vertrauen in den Massenstreik als proletarischem Kampfmittel Auftrieb verliehen.

Der allgemeine Optimismus über die Zukunft der Arbeiterbewegung wurde jedoch getrübt durch die immer drohender werdende imperialistische Kriegsgefahr. Nach der Beilegung des Konflikts zwischen Frankreich und England um die kolonialen Interessensphären in Afrika spitzte sich zunehmend der Konflikt zwischen den zukünftigen Kriegsallianzen zu, der 1906 noch einmal durch eine diplomatische Niederlage Deutschlands in der Marokko-Krise besänftigt wurde. Wollte sich der Kongreß ursprünglich vornehmlich mit dem Verhältnis von Partei und Gewerkschaft befassen, so zwangen ihm das Wettrüsten und die internationalen Konflikte die vorrangige Beschäftigung mit dem Militarismus- und Kriegsproblem auf. Aus den tagelangen Verhandlungen, insbesondere zwischen den Parteien der als potentielle Hauptkriegsmächte angesehenen Länder Deutschland und Frankreich, kam eine einstimmig verabschiedete Resolution zustande. Sie basierte auf einem Entwurf August Bebels, der durch französische Vorschläge abgeändert und durch eine Schlußpassage von Rosa Luxemburg, V.I. Lenin und Julius Martow (führender Menschewik) ergänzt wurde.

Diese Resolution (siehe Kasten) ist als das entschiedenste antimilitaristische internationale Dokument, das je von Massenparteien in Ländern, die sich auf den Krieg gegeneinander vorbereiteten, gebilligt wurde, in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen. Kein vergleichbares internationales Dokument hat in den vergangenen 70 Jahren wieder so entschiedenen Kampf gegen den Krieg und die eigenen kriegstreibenden Regierungen proklamiert.

Selten wurde jedoch auch eine solche internationale sozialistische Vereinbarung zu einem unverbindlichen Fetzen Papier innerhalb kurzer Frist degradiert, wie die Stuttgarter antimilitaristische Resolution. Die Fahnenflucht aller großen sozialistischen Parteien (der großen Masse der Mitglieder wie der Parteiführungen) von der vielbeschworenen internationalen Solidarität weg und zum nationalen Burgfrieden bzw. zum vaterländischen Verteidigungskrieg hin unmittelbar bei Kriegsausbruch im August 1914 hat der internationalen Arbeiterbewegung einen Schlag versetzt, von dem sie sich trotz aller großen und kleineren Wiederbelebungsversuche nicht wieder erholt hat – trotz aller triumphalen Erfolge nationaler Sozialrevolutionen seit der Oktoberrevolution 1917. Diese nationalen Revolutionen unter kommunistischer Führung haben die Kriegsgefahr um keinen Deut verringert.

Im Gegenteil, das Wettrüsten hat Ausmaße erreicht, die kein Sozialist des 19. Jahrhunderts zu befürchten wagte. Und noch schlimmer: die Arbeiter, die Kommunisten und Sozialisten sind ideologisch noch vollkom-

mener in ihre nationalen Kriegsmaschinerien eingeschweißt als je zuvor: eine Widerstandsbereitschaft gegen den allseitigen Verteidigungskrieg oder nationalen Selbstmord auf Gegenseitigkeit ist kaum in Ansätzen erkennbar, obwohl jedermann weiß oder wissen könnte, wenn er wollte, daß in einem zukünftigen Weltkrieg Massenvernichtung und Völkermord in unvorstellbarem und historisch beispiellosem Ausmaße stattfinden wird. Doch hat die Protestbewegung den Zusammenhang von Sozialismus und Antimilitarismus naturwüchsig wieder auf die Tagesordnung gehoben: Kampagnen für US-Desserteure, gegen die Bundeswehr, Kriegsdienstverweigerung.

Es gehört zum modernen linken Habitus, sich über die Illusionen oder den "Verrat" der gesamten Sozialisten-Generation des Stuttgarter Kongresses hochnäsig zu erheben, jener August Bebel, Jean Jaurès, Viktor Adler, Vladimir Lenin, Keir Hardie und jener Rosa Luxemburg, Julius Martov, Karl Kautsky, Edouard Vaillant, Emilie Vandervelde, Gustave Hervé, Henriette Roland-Holst, Hjalmar Branting und all der anderen, die sich 1907 in der Stuttgarter Liederhalle versammelten und dann noch einmal 1912 in Basel zu einer internationalen Massenveranstaltung gegen den Krieg zusammenkamen, wie sie seither niemals mehr stattfand. (Sicherlich gab es später noch größere Friedensveranstaltungen, aber niemals mehr verbanden sich damit so viele Hoffnungen der Arbeiter der ganzen Welt, wie dies zu Zeiten der II. Internationalen und gerade auf den Friedenskongressen 1907 und 1912 der Fall war.)

Gewiß hat die nachträgliche wissenschaftliche Analyse vielfach belegt, daß die einmütige Stuttgarter Resolution (wie alle anderen antimilitaristischen Erklärungen der Internationale) die realen Probleme und die tatsächlichen Interessen- und Meinungsunterschiede verdeckt hat. Daß über die zu ergreifenden Maßnahmen gegen den Krieg (trotz einmütiger Resolutionen) niemals wirkliches Einverständnis herrschte, daß sich die "Sozialpatrioten" des August 1914 auch zuvor stets für die Vaterlandsverteidigung im Falle eines Angriffes gegen ihr Vaterland ausgesprochen hatten, daß die Stärke der nationalistischen Stimmungen und die Wirkung der Kasernenschule (die eben nicht nur willkommene Unterweisung im Waffenhandwerk für den revolutionären Aufstand vermittelte) auf das Proletariat von allen Sozialisten gewaltig unterschätzt wurde, daß die gesamte internationale organisierte Arbeiterbewegung – selbst wenn sie antimilitaristisch kampfbereit gewesen wäre – immer noch die Minderheit der europäischen Arbeiterklasse repräsentierte, und daß die herrschenden Klassen der internationalen Reaktion fast alle materiellen Machtmittel in der Hand hatte.

Es nützt auch nachträglich wenig, darauf zu verweisen, daß die feudalen und bürgerlichen Regierungen Europas die antimilitaristische Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und ihrer Parteien und Gewerkschaften realistischer einschätzten als alle Sozialisten: sie mußten nicht einmal die vorsorglich vorbereiteten Verhaftungslisten der führenden Sozialisten anwenden.

Die aufrechten Internationalisten in der Arbeiterbewegung (vor allem die kleine serbische Partei, dann die russischen Bolschewiki und deutsche, französische und andere Parteienminderheiten) hatten jahrelang die Erklärungen zur Vaterlandsverteidigung, die die internationalen Solidaritätsbekundungen begleiteten, "übersehen"; sie waren deshalb in den Augusttagen über den "Verrat" der Führungen der großen Parteien zutiefst erschüttert, gaben aber ihre Illusionen über die dominanten Massenstimmungen bei Kriegsausbruch nie auf.

Die sozialdemokratischen Parteiführungen andererseits zeigten überwiegend keine Skrupel, ihre Rede von der internationalen Solidarität, vom Widerstand gegen den Krieg, von den Aktionen zur Beendigung des Krieges und der Umwälzung, vom Klassengenossen im Gewande des ausländischen Soldaten über Nacht aufzugeben und sich dem allgemeinen militärischen Chauvinismus zu

Die Stuttgarter Resolution über Militarismus und die internationalen Konflikte

Beschlossen vom Internationalen Sozialistischen Kongreß zu Stuttgart (18.-24. August 1907)

Der Kongreß bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen. Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkte, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unaufhörlichen Wettrüstungen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Begünstigt werden die Kriege durch die bei den Kulturvölkern im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Masse des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Klassensolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Entwicklung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Rüstungen hervorgerufene Empörung der Völker zur Beseitigung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker verwirklicht.

Der Kongreß betrachtet es deshalb als die Pflicht der arbeitenden Klasse und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen, und die Mittel hierfür zu verweigern, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongreß sieht in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich und die Überwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starre Formen zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem Internationalen Kongreß in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdlichen Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Rüstungen zu Wasser und zu Lande, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen:

So namentlich die Verständigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Faschodafall zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkokrise; die Kundgebungen, die zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Österreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterschaft Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Zarismus entfesselten Krieg zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise des Landes zur Befreiung der arbeitenden Klasse auszunutzen. Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengefaßt werden.

Der Kongreß ist der Überzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichen Veranstaltungen der Regierungen die Wohltat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Rüstungen verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden. Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

★

anabas

LEHRERKALENDER 1977/78

Dies ist der erste nicht von Sparkassenwerbern sondern von Lehrern für Lehrer gemachte Kalender – mit berufsspezifischem Gebrauchswert, mit vielen Notizen zu Alltag, Schule und Erziehung, mit zahlreichen Informationen über die wachsende Repression in der BRD, mit einer Menge Karikaturen, Comics und Fotos – ein Politkaleidoskop, das Spaß macht und Mut, auf Einschüchterungen wieder solidarisch und politisch zu reagieren.
Das Kalendarium reicht von Schuljahr zu Schuljahr, also von August 1977 bis Juli 1978.
352 Seiten, geb., flexibler Einband, DM 8,50 (Juni '77)

Anabas-Verlag · Grünberger Str. 16 · 6300 Lahn-Gießen

SOZIALISTISCHES OSTEUROPAKOMITEE

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte und Dokumente von und über die linke Opposition in den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder abzudrucken.

INFO 22: Zum Treffen der Gruppen des Soz.Osteuropakomitees aus Berlin, Gießen, Kassel, Hamburg. "Charta '77": Dokumente, Chronik, Kommentar. P. Uhl (ČSSR) Brief an die Linke im Westen; 'Rudé Právo' antwortet den italien. 'Eurokommunisten' Juni 77, II, 26 S.... DM 2,oo

INFO 23: Bulletin Nr. 8 (Sondernummer) des 'Komitees zur Verteidigung der Arbeiter' in Polen mit Berichten über die Prozesse in Radom; "Rumänischer Nationalismus"; PRAXIS-Gruppe: "Zu den Bürger- und Menschenrechten"; Charta '77: Dokument Nr. 11; Repression in Kuba Sept. 77, 36 S. ..... DM 2,oo

Informationen über frühere Veröffentlichungen bei: Sozialistisches Osteuropakomitee, Pf 2648, 2ooo Hamburg 13

Bezug: Abo (6 Nummern jährlich DM 12,oo; Einzelhefte: Bestellsumme + 15% Versandkosten

Bestellungen jetzt direkt an: SOAK-Verlag, 3ooo Hannover 1, Am Taubenfelde 3o

Lieferung nach Eingang des Betrages auf das Postscheckkto. 394 95 - 3oo des SOAK-Verlags, 3ooo Hannover 1

unterwerfen. Plötzlich war nur noch vom "Volksgenossen" und von den "Brüdern ohne Unterschied der Partei" die Sprache (siehe Kasten): von den Proletariern jenseits der Grenze kein Wort mehr. Nun gab es nur noch "die Scharen, die der Zar auf uns losläßt, ... jene Franzosen, die der Revanchedurst zu Werkzeugen des russischen Despoten gemacht hat" (das sozialdemokratische Hamburger Echo am 4.8.1914).

Nicht die faktische Ohnmacht, den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern, sondern das charakterlose Überlaufen auf die Seite der Kriegspropagandisten und Imperialisten durch die Mehrheit der sozialdemokratischen Parteiführungen hat den moralischen und politischen Zusammenbruch der II. Internationale und infolgedessen die verhängnisvolle Spaltung der Arbeiterbewegung bewirkt.

Der Krieg ist die Gretchenfrage des sozialistischen Internationalismus. Alle anderen Probleme der Arbeiterbewegung, der Streit um Reform und Revolution, Ökonomismus und politischer Voluntarismus, Zentralismus und Autonomismus, Spontaneität und Organisation, Avantgarde und Masse, Partei und Klasse, Gewalt und Gewaltlosigkeit, Demokratie und Diktatur zerreißen die internationale Arbeiterbewegung nicht so sehr wie der Krieg. Eine Internationalismus-Debatte, die nicht das Militarismus- und Kriegsproblem in den Mittelpunkt ihrer Erörterungen stellt, sondern blauäugig auf die friedenserhaltende Funktion der Abschreckung baut, die allein über die ökonomischen und politischen Perspektiven des Kapitalismus und der gesamten internationalen Gesellschaft spricht und die militärischen schlicht ignoriert, ist eitler Tanz im Sonnenschein.

Der Krieg, der Militarismus, die internationalen Konflikte waren die beherrschenden Themen der internationalen Kongresse der Arbeiterbewegung vor und nach 1914. Ist nicht auch in der Gegenwart ein Krieg – trotz friedlicher Koexistenz, Entspannung und gewachsenem Risikobewußtsein der Regierenden – immer noch viel wahrscheinlicher als eine revolutionsauslösende Wirtschaftskrise? Weshalb kommt aber der Krieg in den Zukunftsprognosen der Linken überhaupt nicht vor? Weil das Problem nicht mehr existiert wie 1907, oder nur, weil das Problembewußtsein verloren gegangen ist? Trotz des tiefgreifenden, qualitativen Wandels im Militärwesen aufgrund der gewaltigen Produktivität in der Herstellung von Gewaltwerkzeugen vulgo Waffen, die die Kriegstheorie der Clausewitz, Lenin, Mao zunehmend ad absurdum führt, die zur Aufgabe des traditionellen sozialistischen Volksbewaffnungskonzepts zwingt (1907 war die Stimme des Amerikaners E. E. Carr noch eine Außenseitermeinung: "Meiner Ansicht nach sind Sozialismus und Volksbewaffnung unvereinbare Begriffe ... Es handelt sich dabei immer noch um Militarismus) und die politische Instrumentalisierbarkeit des Krieges tendenziell aufhebt, stehen die Sozialisten heute immer noch vor den zentralen, im Jahre 1907 kontrovers diskutierten Problemen, auf die weder die "Rechten", noch die "Linken" eine befriedigende Antwort wußten: Die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung des Kapitalismus und der Arbeiterbewegung stellt die jeweils "fortschrittlichste" Arbeiterpartei vor das Problem: jede Schwächung des eigenen nationalen Militarismus bedeutet eine relative Stärkung des ausländischen Militarismus.

Erlauben die Entwicklungsunterschiede zwischen den gesellschaftlichen, politischen und militärischen Ordnungen und der Stärke der antimilitaristischen Arbeiterbewegung eine Unterscheidung zwischen progressiveren und reaktionäreren Kriegsparteien? Vor 1914, also etwa zwischen dem serbischen Nationalstaat und habsburgischem Imperialstaat, zwischen der französischen Republik, der deutschen konstitutionellen Monarchie, dem russischen Zarismus? Heute zwischen der kapitalistischen NATO und der "realsozialistischen" WVO, zwischen der Sowjetunion und China und auf tausenderlei niedrigeren Ebenen zwischen Indien und Pakistan, Israel und den arabischen autoritären oder feudalen Regimen, Somalia und Äthiopien usw. usf.

Oder sind die modernen Kriege (mit Ausnahme der Befreiungskriege) alle imperialistische Umverteilungskriege? Ist die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskriegen "gerechten" und "ungerechten" Kriegen heute noch relevant? (Rosa Luxemburg, Franz Mehring und viele andere haben diese Unterscheidung schon vor 1914 zurückgewiesen.)

Die Legitimität des antifaschistischen Krieges 1939-1945 wird heute von kaum jemandem bezweifelt? Ist auch in Zukunft eine vergleichbare Konstellation denkbar: ein Krieg zwischen einer faschistischen Nukleargroßmacht und höchstdemokratischen und -sozialistischen Staaten? Die Vernichtung des Faschismus kostete 55 Millionen Menschenleben. Läßt sich auch der militärische Widerstand gegen einen zukünftigen Aggressor rechtfertigen, wenn er 1, 2, 3 oder mehr Milliarden Menschenleben kostet? Läßt sich ein moderner Großkrieg abbrechen, wenn er offensichtlich "zu kostspielig" wird, von einem Verteidigungskrieg in einen totalen Vernichtungskrieg zu eskalieren droht? Oder läßt sich darauf vertrauen, daß er von selbst zusammenbricht?

Ist die Debatte von damals über den Militär-, Rüstungs-, Massen-, General- und Weltstreik heute noch aktuell oder endgültig als illusionä-

1914 – SPD bewilligt die Kriegskredite

Am 4. August 1914 verlas Hugo Haase, Präsident der Deutschen Sozialdemokratischen Partei, im Namen der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Erklärung:

Wir stehen vor einer Schicksalsstunde. Die Folgen der imperialistischen Politik, durch die eine Ära des Wettrüstens herbeigeführt wurde und die Gegensätze zwischen den Völkern sich verschärften, sind wie eine Sturmflut über Europa hereingebrochen. Die Verantwortung hierfür fällt den Trägern dieser Politik zu. Wir lehnen sie ab. Die Sozialdemokratie hat diese verhängnisvolle Entwicklung mit allen Kräften bekämpft, und noch bis in die letzten Stunden hinein hat sie durch machtvolle Kundgebungen in allen Ländern, namentlich im innigen Einvernehmen mit den französischen Brüdern, für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt. Ihre Anstrengungen sind vergeblich gewesen.

Jetzt stehen wir vor der ehernen Tatsache des Krieges. Uns drohen die Schrecknisse feindlicher Invasionen. Nicht für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes erforderlichen Mittel.

Nun haben wir zu denken an die Millionen Volksgenossen, die ohne ihre Schuld in dieses Verhängnis hineingerissen sind! Sie werden von den Verheerungen des Krieges am schwersten getroffen. Unsere heißen Wünsche begleiten unsere zu den Fahnen berufenen Brüder ohne Unterschied der Partei.

Wir denken auch an die Mütter, die ihre Söhne hergeben müssen, an die Frauen und Kinder, die ihres Ernährers beraubt sind, denen zu der Angst um ihre Lieben die Schrecken des Hungers drohen. Zu ihnen werden sich bald Zehntausende Verwundeter und verstümmelter Kämpfer gesellen. Ihnen allen beizustehen, ihr Schicksal zu erleichtern, diese unermeßliche Not zu lindern, erachten wir als zwingende Pflicht.

Für unser Volk und seine freiheitliche Zukunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus, der sich mit dem Blute der Besten des eigenen Volkes befleckt hat, viel, wenn nicht alles, auf dem Spiel. Es gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unabhängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da machen wir wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich. Wir fühlen uns dabei im Einklang mit der Internationale, die das Recht jedes Volkes auf nationale Selbständigkeit und Selbstverteidigung jederzeit anerkannt hat, wie wir in Übereinstimmung mit ihr jeden Eroberungskrieg verurteilen.

Wir fordern, daß dem Kriege, sobald das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind, ein Ende gemacht wird durch einen Frieden, der die Freundschaft mit den Nachbarvölkern ermöglicht. Wir fordern dies nicht nur im Interesse des deutschen Volkes.

Wir hoffen, daß die grausame Schule der Kriegsleiden in neuen Millionen den Abscheu vor dem Krieg wecken und sie für das Ideal des Sozialismus und des Völkerfriedens gewinnen wird. Von diesen Grundsätzen geleitet, bewilligen wir die geforderten Kredite.

★

rer "Generalunsinn" (wie es bei den Rechten der SPD hieß) ad acta gelegt? Oder sind diese sowie modernere nichtmilitärische Kampfformen ein Ausweg aus der Alternative Wehrlosigkeit oder militärische Wehrhaftigkeit? Sollen die Sozialisten der Gegenwart auf die Entwicklung einer nichtmilitärischen Wehrhaftigkeit gegen äußere und innere Aggressoren setzen?

Einige Sozialisten haben 1907 die Erörterung von antimilitaristischen Kampfaktionen völlig abgelehnt (z. B. Jules Guesde), da sie angeblich vom Kampf gegen die Kriegsursache, den Kapitalismus, ablenkten. Andere waren sich im klaren, daß die Arbeiterklasse im Kapitalismus niemals so viel Macht besitzen könnte, um einen Krieg verhindern zu können. Für andere wiederum war die Kriegsgefahr bzw. die Gefahr von reaktionären, bonapartistischen Putschs der Anlaß zu Kompromissen mit der Bourgeoisie, zu Bündnissen mit dem linken Flügel des Bürgertums. Der Eintritt Millerands (1898) in ein bürgerliches Kabinett war der erste Schritt zu solchen Defensivbündnissen, wie sie sich in der Volksfront der dreißiger Jahre und im "historischen Kompromiß" der Gegenwart in gewisser Weise und unter anderen Bedingungen fortgesetzt haben.

Außer der Revolution der Destruktivkräfte ist noch ein weiteres neues Problem in den vergangenen 70 Jahren entstanden: die Möglichkeit von Kriegen zwischen "sozialistischen" Staaten. Sie stellt die für Generationen von Sozialisten völlig unumstrittene Kriegsursachenlehre in Frage; denn wie sollte "der Kapitalismus" für einen Krieg zwischen der Sowjetunion und China verantwortlich sein? So zwingt uns das Kriegsproblem unnachsichtig auch zur differenzierten Analyse der Gesellschaft des "realen Sozialismus", zur Untersuchung der sozialökonomischen und politischen Widersprüche und Gegensätze in und zwischen diesen Ländern. Die alte linke Parole in den kapitalistischen Ländern: "Solidarität mit dem ersten Arbeiterstaat Sowjetunion" wird notwendig abgelöst durch die Frage: Solidarität mit wem, mit welcher sozialen Gruppe und mit welcher Politik in der Sowjetunion, in China, in der Tschechoslowakei usw.

Die Erinnerung an den internationalen Sozialistenkongreß in Stuttgart sollte uns nicht nur zur billigen Distanzierung vom "Verrat" der Sozialdemokraten und von den "Illusionen" der linken Sozialdemokraten und späteren Kommunisten dienen (vgl. Stuttgarter Volksblatt, Nr. 8/1977) oder zum beliebigen Anlaß für Gespräche mit einigen ausländischen Genossen über tages- und wahlpolitische Fragen in den nächsten Wochen und Monaten. Die grundsätzlichen Probleme des sozialistischen Internationalismus, die 1907 in scharfen Kontroversen zwischen Sozialisten verschiedenster Richtungen diskutiert wurden, stehen auch noch vor uns im Jahre 1977, nur noch in viel härterer Form ohne Aussicht auf schnelle praktische oder auch nur theoretische Antwort.

Rosa Luxemburg hat 1915 in aller Schärfe das Problem benannt. Nach einem kurzen Bericht der sozialpatriotischen Argumente brachte sie deren Essenz in klassischer intellektueller Schärfe in die Worte: "Auf gut deutsch heißt das: es gibt für das Proletariat nicht eine Lebensregel, wie es der wissenschaftliche Sozialismus bisher verkündete, sondern es gibt deren zwei: eine für den Frieden und eine für den Krieg. Im Frieden gelte im Innern die Klassensolidarität, nach außen der Kampf zwischen den Arbeitern verschiedener Länder. Der welthistorische Appell des Kommunistischen Manifests erfährt eine wesentliche Ergänzung und lautet nun nach Kautskys Korrektur: Proletarier aller Länder, vereinigt euch im Frieden und schneidet euch die Gurgeln ab im Kriege!" Der moderne Krieg ist der gräßlichste Vereinfacher aller Probleme. Der derzeit trotz aller Entspannung und friedlicher Koexistenz auch von allen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien materiell und über zahlreiche Vermittlungen des schlechten Gewissens und des selbstbetrügerischen Bewußtseins auch patriotisch-ideologisch vorbereitete Dritte Weltkrieg würde, wenn nicht der Antimilitarismus vorher siegt, alle prinzipiellen, theoretischen, strategischen, taktischen Unterschiede zwischen Faschisten, Reaktionären, Konservativen, Liberalen, Sozialdemokraten, Sowjetkommunisten, Sinokommunisten, Eurokommunisten und SBlern auf eine einzige Frage schrumpfen lassen: Vereinigst Du Dich auf der Seite der Kriegsparteien aller Länder oder auf der Seite der internationalistischen revolutionären Friedenspartei? Rosa Luxemburg und die alte Linke haben diese Frage erst nach dem 4. August 1914 gestellt; wir müssen sie schon hundert Jahre vor dem Dritten Weltkrieg stellen. Selbst diese Zeit könnte zu kurz sein und ungenutzt verstreichen.

Broschüren zu 1907

Anläßlich des siebzigsten Jahrestages des Sozialisten-Kongresses hat eine Studiengruppe in Stuttgart zwei Broschüren herausgegeben. Die erste Broschüre enthält die vollständigen Protokolle der Kongreßtage vom 18. bis 24. August 1907, einen Bericht über das internationale Massenmeeting auf dem Cannstatter Wasen, den Bericht über die Interparlamentarische Konferenz, sowie die Berichte über die fünf Vorbereitungskommissionen der Konferenz. 132 Seiten, Reprint, broschiert.

Die zweite Broschüre enthält Dokumente, Materialien und Analysen zum Kongreß. U. a.: Winkel, "Zum Charakter der deutschen Vorkriegssozialdemokratie", Scharrer, "70 Jahre Sozialistenkongreß – lieber Resolution als Revolution", Lenin, "Der Internationale Sozialistenkongreß". 110 Seiten, mit Bildern, faksimile Wiedergaben, broschiert. Beide Broschüren je DM 8,--. Bestellungen bei Sozialistisches Zentrum, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345.

Augustin Souchy »Vorsicht: Anarchist!« Ein Leben für die Freiheit

Sammlung Luchterhand

Politische Erinnerungen

„Mein Vater war einer der ältesten Sozialdemokraten Schlesiens. Als mir eines Tages – ich mochte acht Jahre alt gewesen sein – ein Junge beim Kinderdisput das Wort „Sozialdemokrat" an den Kopf warf und ich die Mutter fragte, warum das ein Schimpf sein sollte, legte sie geheimnisvoll den Finger an den Mund und erzählte uns, daß die Sozialdemokraten früher verboten gewesen seien. 1890, zwei Jahre vor meiner Geburt, war das „Sozialistengesetz" aufgehoben worden. Die Mutter berichtete von den Schikanen, denen die Familien während der Dauer des Gesetzes ausgesetzt waren. Doch illegale Broschüren und Briefschaften laden auf dem Bogen und die sozialdemokratische Zeitung war im Vogelbauer so ingeniös versteckt, daß die Hüter des Gesetzes nie etwas gefunden hatten." Augustin Souchy, heute 85 Jahre, ein echter Nachfahre Bakunins, ein weltbekannter Anarchist reinsten Wassers, schließt mit einem Epilog auf die jüngste portugiesische Revolution: noch 1976 studierte er die spanische und portugiesische Arbeiterbewegung an Ort und Stelle.

288 Seiten. Kartoniert. DM 16,80
Sammlung Luchterhand Band 248

DIE ZEIT über Augustin Souchy: „Er ist ein begehrter Vortragsredner, reist von Stadt zu Stadt, von Universität zu Universität, wird von Studenten als lebendige Geschichtsquelle benutzt, ist eben erst wieder zu einer Reise durch die Vereinigten Staaten eingeladen worden: Augustin Souchy, so etwas wie der große alte Mann des deutschen Anarchismus.
Ob dieses Attributs würde er bescheiden abwinken. Aber sein Rat wird immer noch erbeten. Unentwegt schreibt er Aufsätze, Artikel, Rezensionen, noch dazu in mehreren Sprachen. Souchy ist ein welterfahrener Mann, kaum ein Land Europas, das er nicht bereist hätte. Neben den Weltsprachen Englisch, Französisch, Spanisch spricht er Portugiesisch und alle skandinavischen Sprachen, und auf russisch und polnisch käme er auch zurecht. Und welcher Sozialist sonst in der Welt könnte von sich sagen, er habe mit Lenin debattiert, beim Fürsten Kropotkin gespeist und Trotzkijs Mörder im Gefängnis besucht?"

Politische Erinnerungen über ein dreiviertel Jahrhundert revolutionärer Bewegungen in der ganzen Welt. Augustin Souchy – radikaler Pazifist, Anarchist und Weltreisender in Sachen Freiheitskampf – berichtet über die Stationen, Begegnungen und Erfahrungen in seinem Leben.

Luchterhand

Geschichtsbewußtsein und Sowjetkritik

Dany Diner

Zwischenbemerkung zur Debatte um den "realen Sozialismus"

Zu Beginn seines Beitrages hat Rudi Dutschke verwundert darauf hingewiesen, wie resistent die Kritikunfähigkeit gerade älterer Genossen der Sowjetunion gegenüber ist. Das "Treibende" ihres sozialistischen Bewußtseins hinsichtlich des bundesrepublikanischen Jetzt und Hier wird durch ihre andauernde Apologetik dem Sowjetregime gegenüber verdunkelt. Die Verwunderung Dutschkes, aus der sich – weiter politisch gedacht – wichtige aktuelle Fragestellungen ergeben können, gerinnt zu einer im schlechten Sinne abstrakten und geschichtslosen Tendenzen Vorschub leistenden Kritik der UdSSR, die an seiner wichtigen, zu Anfang gestellten Fragestellung vorbeigehen muß. Die Hoffnung, die nicht er allein hegt, theoretische Aufklärung allein könnte gegen falsches Bewußtsein eine Menge ausrichten, muß sich als Aberglaube herausstellen; beispielhaft für viele Versuche, durch die richtige, bessere wissenschaftliche Herangehensweise endlich eine politische Kehrtwendung auch bei denen herbeizuführen, die trotz aller guten sozialistischen Vorsätze es tatsächlich nicht über sich bringen können, mit deren Maß von Radikalität der Kritik, mit der sie die kapitalistische Gesellschaft konfrontieren, auch den Sowjetstaat zu beehren.

Das Hemmende im linken Geschichtsbewußtsein

Die Verstocktheit kann ihren Ursprung sicherlich nicht in der Marxrezeption finden; eher verhält es sich umgekehrt. Und diese störrische Resistenz ist ebenso nicht ein perfider Ausdruck schlechten Willens, sondern beschreibt vielmehr einen Umstand, der in der bisherigen Diskussion hinsichtlich der Sowjetgesellschaft (man beachte diesen akademisch-distanzierten Begriff) vernachlässigt wurde. Daß dies der Fall war, weist auf den Mangel an historischem Bewußtsein der gegenwärtig geführten Debatte hin; ja, verstiegenermaßen könnte sogar von einer vorausbestimmten politischen Folgenlosigkeit der Diskussion gesprochen werden. Warum? Der Grund für diese herausfordernde Annahme liegt in der Erfahrung begründet, daß eine nur theoretische, manchmal geradezu akademische Kritik an der UdSSR und derjenigen Länder, die sie wohl vom Faschismus befreite, nicht aber hin zum Sozialismus emanzipieren konnte, trotz der zum Zeitpunkt ihrer Äußerung ihr anhaftenden Evidenz keine lösende Wirkung für die überwiegende Mehrheit der Linken nach sich zog; mochte sie wohl eine berechtigte und zeitgemäße Errettung vor der tragischen Alternative gewesen sein, entweder auf Gedeih und Verderb ein willenloser Bewunderer und Apologet des Sowjetsystems zu werden oder aber auf die andere, die aggressive kapitalistisch-imperialistische Hemisphäre überzugehen. Eine lösende Wirkung ging auch nicht vom Trotzkismus aus, in dem viele in den dreißiger und vierziger Jahren ihre linke Identität bewahren konnten, denn auch sie hatten mit dem Preis politischer Folgenlosigkeit zu zahlen. Andere, keineswegs leichtfertig mit dem Prädikat von Renegaten zu erledigende, wie Manès Sperber und Arthur Köstler, mußten – ob es ihrem Willen entsprach oder nicht, sich als Kronzeugen eines aggressiven Antikommunismus hergeben; die Alternative zu theoretischer Kritik, Trotzkismus und einem offenen Renegatentum war das Schweigen, mit dem sich Kommunisten und Sozialisten schon zu Lebzeiten das selbstgewählte politische Leichentuch überzogen. Dieser politische Suicid hat zahllose Kommunisten und Sozialisten psychisch hinweggerafft; eine Anzahl, die mit Sicherheit nicht in einem Mißverhältnis zu den in faschistischen und stalinistischen Lagern ermordeten Genossen steht, ohne hier der unseligen, heute wieder auch unter Linken modernen Logik auf den Leim zu gehen und Faschismus mit Stalinismus gleichzusetzen. Auch in den fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre findet man bei der sich formierenden neuen Linken die wunden Spuren einer Identitätssuche, die sich an der UdSSR und am Sowjetkommunismus abarbeitet. Die kubanische Revolution faszinierte durch ihre Militanz, die sich in der Gestalt des Guerilla verdichtete; die chinesische Kulturrevolution durch ihren antibürokratischen Anspruch. Doch das vor dem Hintergrund und in Differenz zum behaupteten Sozialismus à la UdSSR. Fragen von Demokratie und Menschenrechte – heute der Motor der artikulierten Opposition in Osteuropa – waren durch Demagogie und Lagerdenken des Kalten Krieges vom sich demokratisch gerierenden Westen okkupiert. Das Mehr an Militanz und quantitativer Radikalität, in der man sich qualitativ von den Kommunistischen Parteien zu unterscheiden bemühte, schien die Beantwortung aller offenen Fragen in sich einzuschließen; insbesondere gilt dies bezüglich der Scham, auch formelle Freiheitsrechte für alle einzuklagen – als ob sie wegen ihrer historischen Genesis im Tausch zur Restauration des Kapitalismus führten und nicht durch ihren Gebrauchswert sozialistische Sprengkraft in sich bergen. Auch blieb die Frage nach der Ausbeutung, nach den Produktionsverhältnissen ungestellt; die nicht zu übersehende Unterdrückung ließ in einer unausgesprochenen Weise die trotzkistische Perspektive eines revitalisierten Bolschewismus in Gestalt einer "politischen Revolution" erhoffen.

Daß diese Umwege für viele nicht zu vermeiden, ja, für eine linke Identitätsbildung, die nicht auf Kadavergehorsam sich gründet, notwendig waren, wird hier nicht in Abrede gestellt. Freilich soll mit diesem Hinweis ein leichtfertiger Rekurs auf eine neuerliche Stunde Null im Sinne einer falsch verstandenen "neuen Unmittelbarkeit" der Erfahrung der Weg verstellt werden; auch dann, wenn sie der gelebten und aktuellen Geschichte ausweichend, in einem bloß akademischen Kleid erscheint.

Politische Aktualität und Kritik

Daß eine Kritik am Sowjetsystem heute einen anderen Charakter hat und auch politisch folgenreicher sein dürfte als die in der apostrophierten Vergangenheit unternommenen Versuche, kann sicherlich nicht nur an der mehrfach geleisteten bzw. behaupteten endgültigen theoretischen Erledigung des Sowjetsystems liegen. Vielmehr scheint ein politischer Prozeß, insbesondere seit dem französischen Mai und den Prager Ereignissen im August 1968, im Reifen, der eine subversive Kritik an den RGW-Staaten ermöglicht, ohne, wie es früher der Fall zu sein schien, sich auf der Seite eines organisierten kapitalistischen Antikommunismus wiederzufinden. Sozialist bzw. Kommunist zu sein und trotzdem sich gegen die SU auszusprechen und zu handeln, ist eine relativ neue Möglichkeit, die viele heute als selbstverständlich hinnehmen. Die politisch gelebte Einsicht, daß das, was sich in der SU und später im übrigen Osteuropa als System etablierte, nicht der behauptete Sozialismus sein konnte, war unausgesprochenermaßen vielen klar. Die Klarheit dieser Einsicht jedoch zog keine aktive Kritik in Theorie und Praxis nach sich. Der Revolutionär Victor Serge, der sich von Anfang an keine Illusionen über die Möglichkeiten der Oktoberrevolution machte, hat diese traumatisierende Alternativlosigkeit als handelnder politischer Mensch praktisch gemacht, indem er sich den Bolschewiki im Angesicht der weißen Gefahr anschloß.

Diese tragische Wahl hat sich zur Zeit der faschistischen Herrschaft nicht nur für Marxisten weiter verschärft. Wie immer auch die theoretische und politische Haltung zur UdSSR gewesen sein mochte, wie immer auch die kommunistischen Parteien und die Politik der III. Inter-

Internationalismus Rundbrief: Französische Linke

Der dritte Internationalismus Rundbrief des SB ist erschienen. Sein Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung der französischen Linken, vor allem der KPF und der Rolle des Gemeinsamen Regierungsprogramms. An die ersten beiden Hefte mit dem Thema Italien wird angeschlossen durch eine ausführliche Untersuchung PCI-SPD zur Ostpolitik und der Fortsetzung über Agrarprobleme im Mezzogiorno. Dokumentation: Sartre-Spinelli-Debatte zur Europapolitik; Claudin über "Eurokommunismus". Die bisher lose koordinierte Projektgruppe Internationalismus des SB hat das Mittel eines Rundbriefes gewählt, um eine Zwischenform der Diskussion zwischen Information und Versuch der Analyse zu ermöglichen. Die veröffentlichten Aufsätze sollen die theoretische Diskussion stimulieren, in der öffentlichen Diskussion Argumentationshilfen geben (ohne damit den Anspruch zu erheben, die "richtige Linie" angeben zu wollen), den Zusammenhang internationalistisch arbeitender Gruppen herstellen helfen, indem sie auffordern, an der Diskussion teilzunehmen.

Da der Internationalismus Rundbrief noch in unregelmäßiger Folge erscheinen wird, können vorerst keine festen Abonnements eingerichtet werden. Es ist jedoch möglich, die Hefte sowohl (nach jeweiliger Ankündigung in "links") einzeln zu beziehen (Heft 1 DM 4,--, Hefte 2 und 3 je DM 5,--) oder sich gegen Voreinsendung von DM 20,-- mit dem Vermerk "Internationalismus Rundbrief" die Zusendung der Hefte 1 bis 5 zu sichern. Bestellungen sind zu richten an Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

nationale, gelinde gesagt, borniert und fahrlässig zur faschistischen Machteroberung beigetragen haben mögen; im Angesicht der historischen Alternative bzw. deren Verpersönlichung in Stalin oder Hitler konnten keine folgenreichen Debatten über den Klassencharakter der SU entfacht werden. Der existenziell notwendige Antifaschismus verdrängte also die Fragen nach dem gesellschaftlichen Bastardcharakter der SU, die uns heute bedrängen. Daß diese Realität zur zentralen politischen und existenziellen Lebenserfahrung der "hemmenden" Altgenossen gehört, ist eine Tatsache, die wir als Problem in unsere Kritik mit aufnehmen müssen. Gleiches gilt aber auch für diejenigen, die die stalinistischen Lager erlitten haben, wie z. B. der republikanische General des spanischen Bürgerkrieges El Campensiono, dessen Erinnerung verlebendigt werden muß, um sie einerseits dem Hades der Vergessenheit zu entreißen und sie andererseits nicht Opfer vermeintlich "neuer Philosophien" werden zu lassen.

Diejenigen, deren hemmende, im Gegensatz zu ihrer treibenden Seite beklagt wird, leben noch in der Logik ihrer Zeit, um die wir sie nicht beneiden; einer Zeit, in der Antifaschismus notwendig authentische sozialistische Tätigkeit überdeckte. Wir, die heute (hoffentlich) nicht vor einer solchen Wahl mehr stehen, haben hingegen die historische und lebensgeschichtliche Freiheit, als Sozialisten autonomer zu entscheiden und zu handeln. Sich jedoch von der Geschichte, die ältere Genossen auf dem Buckel tragen, abzuwenden und die Stunde Null sozialistischen Handelns einzuläuten, bleibt ebenso falsch wie sich unter das behauptete geschichtslogische Joch vergangener Dekaden zwingen zu lassen. Eine dauernde Berufung auf eine nur im schlechten Sinne ideologisch ungebrochene Geschichte der Arbeiterbewegung, in deren Zusammenhang man unter verbalen Distanzierungen von "Fehlern" und "Verbrechen" nur den Zweck verfolgt, der radikalen Linken die aktuelle Waffe der Kritik gegen den behaupteten Sozialismus östlich der Elbe aus der Hand zu winden und sie zur aklamativen Bewegungslosigkeit hin zu pazifizieren.

Rudolf Slansky, Wladislaw Gomulka, Lazlo Rayk

Von der "Lagermentalität" zur "Entbolschwisierung"

Während linke Kritik an den RGW-Staaten durch das Lagerdenken z. Zt. des Kalten Krieges es schwer hatte, sich der kapitalistischen Vereinnahmung zu entziehen und es einer halsbrecherischen Gratwanderung zwischen den Fronten bedurfte, verhält es sich mit der gegenwärtigen Diskussion anders. Sie kann sich auf eine selbstbewußte Opposition in Osteuropa beziehen, mit der eine Identifizierung möglich wird. Gestützt und erleichtert wird diese Opposition wiederum von einer seit dem 21. August 1968 immer deutlicher werdenden Entwicklung innerhalb der kommunistischen Parteien Westeuropas: dem "Eurokommunismus".

Diese Tendenz des Wandels der kommunistischen Parteien Westeuropas, insbesondere ihrer Haltung zur SU, sozusagen ihre "Entbolschewisierung", erleichtert zu einem guten Teil auch die Manövrierfähigkeit von Sozialisten; und das ohne falscher- und fatalerweise hinter der Entwicklung "eurokommunistischer" Tendenzen schon eine sozialistische Strategie euphorisch zu vermuten. Kein "Eurokommunismus" wird uns die selbsttätige sozialistische Arbeit abnehmen können. Andererseits bleibt es ebenso falsch, die Folgen des "Eurokommunismus" für das politische Gesamtbild zu übersehen bzw. hochmütig abzutun. Insbesondere die osteuropäischen Sozialisten und oppositionellen Kommunisten erhalten dadurch einen Bezugspunkt, der es der Parteibürokratie schwer macht, sie in der berüchtigten Manier des Kalten Krieges als Agenten abzutun, sie psychisch oder gar physisch zu vernichten. Um dies zu belegen, sei nur exemplarisch auf das grausame Ende derjenigen kommunistischen Parteiführer hingewiesen, die Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre sich an zaghafte Versuche machten, ihre Länder vom vorgeschriebenen, sogenannten "sowjetischen Weg zum Sozialismus" freizumachen. Generalsekretär Slansky (CSSR), Ministerpräsident Rayk (Ungarn) und Minister Kostow (Bulgarien), neben vielen anderen führenden Parteigenossen der jeweiligen KPen, wurden in Schauprozessen verurteilt und hingerichtet. Und dies nicht ganz ohne Zutun des "Freien Westens". Die Furcht, die "Bruderparteien" könnten sich von der KPdSU freimachen und somit der jeweiligen osteuropäischen Bevölkerung – und nicht nur ihr – eine sozialistische Perspektive anbieten, die sie aus freiem Entschluß akzeptieren würden, ließ die westlichen Scharfmacher dem sowjetischen NKWD zuarbeiten. Um Rudolf Slansky endgültig und im wörtlichen Sinne das Genick zu brechen, spielte der CIA dem gegnerischen Apparat die Nachricht zu, Slansky – Generalsekretär der KPC – sei im Begriff, sich in den Westen abzusetzen; eine Strategie, die an das Zusammenspiel von Gestapo und NKWD bei der Liquidierung von Sowjetmarschall Tuchatschewski im Jahre 1937 erinnert. Der Stalinismus kam der westlichen Reaktion entgegen: Die Loslösungsversuche von KP-Führern in Osteuropa von Moskau wurden als Gefahr für das systemstabilisierende Element des militanten Antikommunismus angesehen. Es schien besser, die Länder Osteuropas an die Sowjetunion zu ketten, als den Versuch hinsichtlich eines selbstbestimmten Sozialismus zu dulden: "Die nationalen Kommunisten (Osteuropas, d. A.) seien im Gegenteil potentiell eher gefährlich für die Sache der westlichen Demokratien als die orthodoxen Stalinisten. Würden die liberalen Kommunisten sich durchsetzen, so könnte der Kommunismus im Ostblock sich eher festigen und erträglich werden", resümmiert ein englischer Beobachter (siehe Buchbesprechung "Operation Spaltung" von Richard Schmid in der FR, Ostern 1975, zum Buch: Steward Steven, Operation Splinter Factor, London 1974).

Der Hinweis auf diese, euphemisch als "Säuberung" apostrophierte Liquidierung von zaghaften Versuchen der Loslösung vom aus Moskau vorgeschriebenen Kurs, bedeutet keine Parteinahme für die "nationalkommunistisch" sich bemühenden Parteiführungen in Osteuropa. Mit diesem Hinweis soll nur der Blick für die Differenz, die in der gegenwärtigen Entwicklung liegt, geschärft werden: Neben den außerparteilichen Dissidenten scheint sich auch eine innerparteiliche Fundamental-Opposition zu bilden. Das Verhalten der SED-Bürokraten im Falle von oppositionellen Künstlern und Wissenschaftlern unterscheidet sich deutlich von der Reaktion, mit der Kritiker aus dem Apparat bedacht werden. Der Fall Bahro hat das mit aller eindringlichen Schärfe demonstriert.

Politische Solidarität mit der Opposition

Daß eine Veränderung in Osteuropa von einer linken Entwicklung im Westen gefördert wird und daß bei einem Ausbleiben einer solchen Tendenz eine allgemeine Verhärtung die Folge sein muß, ist leichthin zu folgern. Jeglicher Versuch, die Entwicklung in Osteuropa davon abzutrennen, heißt, die enge Verbindung von der Genesis dieser Systeme zu ignorieren, Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und seines notwendig militärischen Antifaschismus zu sein. Eine Rechtsentwicklung in der BRD und deren unmittelbare Folgen für das westliche Europa hätten nur eine Verfestigung der bestehenden Regime zur Folge, ein Umstand, der insbesondere aufgrund der beängstigenden Entwicklung in diesem Lande bedenklich stimmen muß. Diese Zusammenhänge hat die sozialistische Opposition in Osteuropa nicht ignoriert, obwohl ihr von den dort Herrschenden immer und immer wieder eine Beschönigung und daher Unterstützung derjenigen Tendenzen unterstellt wird, die einen besonders aggressiven Imperialismus westlich der Elbe fördern. Und weil die Opposition in Osteuropa sich nicht auf eine linke Massenbewegung im Westen berufen kann, aber jegliche linke Solidarität wie Luft zum atmen benötigt, kommt dem "Eurokommunismus" eine treibende Funktion zu, die eine graduelle Veränderung in Osteuropa nach links begünstigt. Auf die graduelle Entwicklung in dieser Phase haben die linken Oppositionellen Wert gelegt; denn sollten die Widersprüche sich im Inneren weiter zuspitzen und sprunghaft eine offene Rebellion großer Bevölkerungsteile nach sich ziehen, dann befürchtet Jacek Kurón, sogenannter "Rädelsführer" der Warschauer Studentenrevolte vom März 1968 und Mitglied des gegenwärtigen aktiven "Komitee zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter", eine blutige bewaffnete Intervention der SU; eine Wendung, die die Opposition auf alle Fälle verhindern möchte. Dabei würden der linken Opposition nicht nur existenzielle Gefahr seitens des Regimes drohen. Die Widersprüche, die das System entweder nicht lösen konnte oder gar noch verschärfte, insbesondere das Nationalitätenproblem, werden unter Umständen blutige Auferstehung feiern. Hierbei könnten zutiefst reaktionär und chauvinistisch gesonnene Kräfte vordrängen, die eine offene Restauration im Sinne derjenigen euphorisch begrüßen, die auch hier zur Macht drängen. Der marxistische Oppositionelle Pljuschtsch, ein in diesem Zusammenhang unverdächtiger, unsere politische und persönliche Solidarität verdienender Genosse, hat auf diese mögliche Perspektive hingewiesen (FAZ vom 13.1.77).

Die Hoffnung der linken Opposition richtet sich deshalb vorläufig auch insbesondere auf Fraktionen und Gruppen innerhalb der Bürokratie, die eine Veränderung – ähnlich einer solchen, wie sie durch den "Prager Frühling" eingeleitet wurde. Der von dieser innerhalb der Parteibürokratie ausgehende Veränderungsschritt auf eine quantitativ bessere, nicht unbedingt qualitativ andere Gesellschaftsordnung, böte der radikalen Linken eine Ausgangsbasis und Ansätze zu einer Möglichkeit, ihre arbeitsorganisatorischen – und Selbstverwaltungsvorstellungen praktisch einzuleiten. Jede beginnende Veränderung mit Aussicht auf Erfolg muß deshalb heute im Apparat einen Ansatz finden. Das Erscheinen eines Rudolf Bahro und die Reaktion des Systems hat nochmals die Bedeutung dieses Aspekts offengelegt. Nicht anders ist Jacek Kurón zu verstehen, wenn er die Frage nach der Strategie der Opposition mit der Formel beschreibt: "Man muß nur zäh verhandeln" (Spiegel, Nr. 4, 1977). ★

Die italienische "Autocoscienza"

Jean-Claude Guillebund

Den nachfolgenden Artikel von Jean-Claude Guillebaud über die italienische Frauenbewegung haben wir, leicht gekürzt, "le monde" vom 23.3.1977 entnommen. Es mag einige Leser(innen) in Erstaunen versetzen, daß wir jetzt Beiträge aus der bürgerlichen Presse in "links" nachdrucken. Wir halten diese Entscheidung aber aufgrund der Informationslücken über den Stand der internationalen Frauenbewegung für gerechtfertigt. Über das Verhältnis der italienischen Frauenbewegung zur dortigen Linken sind in neuester Zeit u. E. lediglich einige kurze Ausführungen in "Politikon" Nr. 54, Februar 1977 erschienen, dabei wurde das Verhältnis der italienischen KP zur Frauenbewegung ausgespart. In einer der nächsten Nummern von "links" wird ein weiterer Beitrag aus "le monde" über die spanische Frauenbewegung folgen. Die "links"-Redaktion

In den drei südeuropäischen Ländern (Italien, Spanien und Portugal), die sich seit einigen Jahren in einem außergewöhnlichen politischen Gärungsprozeß befinden, nehmen die Frauenbewegungen einen wichtigen Platz in der "ideologischen Diskussion" ein. Ihre Beziehungen zu den traditionellen Parteien sind nicht gerade konfliktfrei (vgl. auch "le monde" vom 22.3.77).

Die "italienischen Hexen" werden kaum mehr belächelt. Die "Unita" und die "Rinascita" (theoretische Zeitschrift der KPI) widmen dem Frauenkampf lange Analysen ebenso wie die Christdemokraten oder sogar die Republikaner. In dem komplizierten Wirrwarr der verschiedensten Frauengruppen, die in Rom ohne weiteres 100.000 Frauen auf der Piazza Farnese versammeln können, ist eines klar: dies hat nichts mehr zu tun mit liebenswürdiger Folklore oder isolierten Treffen in der Art der linken Gruppen. "Der Feminismus wird zum gemeinsamen kulturellen Gut aller Frauen in Italien", erklärt Carla Ravaioli, Schriftstellerin und Journalistin, "zu einer Kultur, die langsam aber sicher die traditionellen Parteien durchdringt."

Der Aufstand der Frauen im Land der "mamma", des Vatikan und der sündigen Liebe ist zweifellos explosiver, fordernder und reicher als anderswo. In der Redaktion der Zeitschrift "Effe" (kollektive Frauenzeitschrift, besteht seit 1973, Druck 35.000, Verkauf 22.000 + 2.000 Abonnentinnen) weist Grazia Francescato darauf hin, daß viele Abonnentinnen im Süden des Landes, in kleinen Städten oder Dörfern Kalabriens oder Siziliens leben. "Stellen Sie sich vor, was es heißt, wenn eine Frau 'Effe' in einem südlichen Nest abonniert hat ..." Allgemein belegen die Frauen anhand von Beispielen, daß die Bewegung die intellektuellen und universitären Zirkel verlassen hat. Sie ist gewissermaßen eine Massenbewegung geworden ...

Zu Beginn der 70er Jahre entwickelte sich der Feminismus in den Städten des Nordens (Turin, Mailand) als autonome Bewegung innerhalb der außerparlamentarischen Linken, die aus der Studentenrevolte hervorging. Der erste Kongreß der M.L.D. (= Frauenbefreiungsbewegung) war 1971; 1973 fand ein Kongreß der Gruppe "il manifesto" statt, bei dem die Hälfte aller Delegierten Frauen waren. Von Anfang an wies der italienische Feminismus die folgenden Besonderheiten auf: ausgeprägte Vielfalt, außergewöhnlicher Grad der Politisierung und eine argwöhnische Haltung der traditionellen Politik gegenüber ...

Einerseits wurde die italienische Frauenbewegung vom "Mai 1968" inspiriert, andererseits gab es bereits zu Beginn des Jahrhunderts eine feministische Strömung in allen Parteien. Die Anwältin Magnani Noya Maria, einzige weibliche Abgeordnete der Sozialistischen Partei, äußerte hierzu: "Es hat immer wichtige Frauenkämpfe in Italien gegeben. Aber sie wurden hauptsächlich gegen die Ungleichheit der Löhne und für die Durchsetzung der gesetzlichen Gleichheit geführt."

Nach dem Krieg wurde auf Initiative von Togliatti die UDI (italienischer Frauenbund) gegründet, die der KPI nahestand und lange Zeit die Kämpfe der Frauen nach dem klassischen Bebelschen Konzept organisierte: Die Unterdrückung der Frau ist ein Nebenprodukt des Kapitalismus, das beim Übergang zum Sozialismus verschwinden wird. 1968 war die UDI zum bürokratischen Apparat, zum bloßen Transmissionsriemen zwischen KPI und dem weiblichen Wählerpotential verkommen.

Dem UDI-Konzept wird von der neuen Frauenbewegung das undogmatische "Autocoscienza"-Konzept entgegengesetzt, d. h. die Bemühungen in der neuen Frauenbewegung zielen darauf hin, ein weibliches Bewußtsein, das die spezifische Situation der Frau und nicht nur die der Frau als Arbeiterin, als Gewerkschafterin, als Ausgebeutete im Betrieb reflektiert, zu provozieren. "Persönliche Probleme sind politische Probleme", so die Feministinnen. Sie stellen andere Formen der Unterdrückung, die nicht direkt auf den Kapitalismus zurückgeführt werden können, in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, so z. B. die sexuelle Unterdrückung: "Weder Madonna noch Nutte", ganz einfach Frauen wollen

FORTSETZUNG SEITE 19

Bild: Mai Kollektiv

Erstes Frauentreffen: Techniker/Naturwissenschaftler

Vom 16.-19. Juni 1977 trafen sich 60 Frauen aus technischen und naturwissenschaftlichen Bereichen aus der ganzen BRD und Westberlin zu einem Erfahrungsaustausch in Aachen; u. a. waren Frauen aus folgenden Fächern vertreten: Bauingenieurwesen, Informatik, Radio- und Fernsehmechanik, Geologie, Architektur. Das Treffen wurde organisiert vom autonomen Frauenprojekt im AStA der Technischen Hochschule Aachen.

Ausgehend von der Lage der Frau in naturwissenschaftlichen und technischen Berufen und Studienfächern

- **Isolation**
- **Rechtfertigungszwang**
- **Vorurteile**
- **Zwang zur Überqualifikation**

setzten wir den Anfang, durch Informations- und Erfahrungsaustausch unsere Isolation zu durchbrechen.

In verschiedenen Arbeitsgruppen wurden folgende Themen diskutiert:

- **Möglichkeiten und Grenzen der Arbeit von Technikerinnen und Naturwissenschaftlerinnen in Betrieben und Institutionen;**
- **Warum und wie wehren sich Frauen gegen Kernkraftwerke;**
- **Alternative Berufsperspektiven in eigenen Frauenprojekten;**
- **Stellung der Frau in Naturwissenschaft und Technik im Laufe der Geschichte;**
- **Vorteile und Nachteile der Verstädterung für Frauen.**

Es wurde beschlossen, diesen ersten Zusammenschluß durch regelmäßige Treffen fortzusetzen und weitere Frauen zu erreichen. Das nächste Treffen findet vom 6.-8. Januar 1978 in Hamburg statt. Das Thema: Feministische Inhalte und Vorstellungen im naturwissenschaftlichen und technischen Berufs- und Studienalltag.

Kontaktadresse: Antje Gerke, Am Brunnenhof 33, 2000 Hamburg 50.

Wahlen in Spanien

Achim Dahms/Bernd Schleich

Die Analyse der spanischen Wahlen im Juni 1977 erscheint hier relativ spät; aber wir haben es dennoch für nötig gehalten, über die neu entstandene politische Landschaft in Spanien zu informieren. Nach vierzig Jahren faschistischer Diktatur und antifaschistischen Untergrundkampfes scheint es uns nicht belanglos zu sein, das Wahlverhalten des spanischen Volkes und das Abschneiden der verschiedenen Parteien zu untersuchen. Wahlanalysen treffen sicher nur einen bescheidenen Ausschnitt der Wirklichkeit; wir werden in kommenden Ausgaben von „links" weiter über die Lage im nachfaschistischen Spanien berichten. Die Redaktion

Nach vierzig Jahren faschistischer Diktatur hat das spanische Volk am 15. Juni ein neues Parlament gewählt. Ganz im Sinne der bundesrepublikanischen Verwendung des Wortes "Freiheit" waren es "freie" Wahlen. Diese Freiheit bestand vor allem in der Entscheidungsfreiheit des zuvor vom König undemokratisch bestellten Ministerpräsidenten, sich ein Wahlsystem zurechtbasteln zu können, bei dem selbst die schludrigste Meinungsumfrage das Ergebnis nicht verfehlen konnte: den vorprogrammierten Wahlsieg der UCD (Unión de Centro Democratica) unter Suarez. Daneben gibt es einige weitere erklärungsbedürftige Resultate:

1. den völligen Untergang der Christdemokraten (Equipo de la Democracia Cristiana, EDC);
2. das eher bescheidene Ergebnis der Kommunistischen Partei Spaniens, PCE;
3. das überaus gute Abschneiden der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, PSOE.

Was garantierte Suarez seinen Wahlsieg? Die Kürze des Wahlkampfs gestattete es keiner Partei, die nicht die Macht über die staatlichen und privatkapitalistischen Medienmonopole innehatte, ihr Programm ausreichend vorzustellen – für jedes Jahr Faschismus einen halben Tag Wahlkampf, echauffierte sich der Führer der PSOE, Felipe González. Dagegen waren Vertreter der von Suarez kurz vor der Wahl übernommenen Parteienallianz UCD und er selbst – der bei der Bekanntgabe seiner Kandidatur noch beteuert hatte, sich jeglichen Engagements im Wahlkampf zu enthalten – täglich im Fernsehen und den Tageszeitungen präsent. Darüber hinaus wurde trotz massiver Proteste aller demokratischen Parteien das Wahlalter nicht von 21 auf 18 Jahre gesenkt. Die letzte Absicherung des Blocks an der Macht brachte das Gesetz über die Wahlkreiseinteilung. Danach wurde die Sitzverteilung unter völliger Mißachtung der realen Verteilung der Wahlberechtigten regional unterschiedlich festgelegt. In dem neuen Cortes sind die 36 ländlichen, unter konservativem Einfluß stehenden Provinzen stark überrepräsentiert (sie haben 55 Abgeordnete mehr als einer proportionalen Wahlkreiseinteilung entsprochen hätte), während insbesondere die Provinzen, in denen der Widerstand gegen den Franquismus am stärksten gewesen war (vor allem Madrid, Katalonien, Baskenland und Andalusien), unterrepräsentiert sind (31 Abgeordnete zu wenig). Was schließlich auch dieses faktische Klassenwahlrecht nicht fertig gebracht hat, bescherte der König Juan Carlos der Rechten durch die ihm zustehende Bestellung von 41 zusätzlichen Senatsmitgliedern, um die ständige Putschgefahr durch rechte Militärs zu mildern. Dadurch erhielt die UCD in dieser zweiten Kammer die absolute Mehrheit und gewann die franquistische Alianza Popular (AP) unter Exminister Fraga Iribarne mehr Mandate als sie in beiden Häusern durch die Wahlen hatte erringen können. Die Verzerrungen des Wahlergebnisses ergeben sich klar bei einem Vergleich von Stimmanteilen und Parlamentssitzen: so hat die UCD 47,14% der Sitze, aber nur 34,34% der Stimmen erhalten, während PCE und PSP/FPS (Wahlbündnis unter Führung der Volkssozialisten von Tierno Galvan) 3 - 4% weniger Sitze

---

FORTSETZUNG VON SEITE 18

sie sein. Andere Frauen wenden sich gegen den Sexismus unverbesserlicher Kommunisten oder gegen die Frauenfeindlichkeit Lenins. So sagte eine Frau aus dem römischen Kollektiv "Frauen und Psychoanalyse": "Mein Mann war ein Linker, aber das reicht nicht aus, im Bett verhielt er sich wie ein Faschist."

Die traditionellen Parteien nahmen die neue Frauenbewegung erst 1974, während der großen Auseinandersetzung um die Ehescheidung, wirklich zur Kenntnis. Im katholischen und gemeinhin für konservativ gehaltenen Italien hielt die Linke die Schlacht von vornherein für verloren. Im April 1974 demonstrierten erstmals mehrere tausend Frauen. Die Kommunisten sprangen auf den fahrenden Zug auf; zum allgemeinen Erstaunen wurde die Abschaffung der Ehescheidungsmöglichkeit von 59,1% der Italiener und Italienerinnen abgelehnt. In Mailand, wo die Linke zu verlieren erwartete, erreichten die "Nein"-Stimmen 78%; nur zwei Regionen wählten "ja", d. h. lehnten die Scheidung ab: Kalabrien und Lukanien (Süditalien).

Zwei Jahre später kam über die Frage der Abtreibung, die u. a. zu vorgezogenen Wahlen führte, die feministische Bewegung erst recht in Schwung. Die Publikationen von Gruppen und Kollektiven, theoretische Zeitschriften und Papiere häuften sich (z. B. "Differenze", "L. Erbe Voglio", "Sotto Sopra"). Die Erfolge der Frauen waren beträchtlich: zahlreiche Reformen zur Abtreibung, die seit Jahren im Parlament zur Abstimmung anstanden, wurden abgestimmt. Eine relativ fortschrittliche Familienreform, die u. a. Gleichheit der Ehegatten beinhaltete, wurde im April 1975 verabschiedet.

Bei den Wahlen im Mai 1976 bemühten sich alle Parteien verstärkt um die Frauen. Aber diese gingen eigene, "subtilere" Wege. In der KPI beispielsweise wurden die rückschrittlichen Thesen von innen her aufgebrochen. Die UDI erlebte eine Mitgliederschwemme und orientierte sich mehr und mehr am "wahren" Feminismus. Insbesondere seit dem Kongreß von 1972 erreichte sie eine ungewöhnliche ideologische Unabhängigkeit von der Partei. In der Abtreibungsfrage ging sie so weit, die Position der Partei als zu furchtsam anzugreifen und zwang diese, sich an die UDI-Position anzupassen ...

Die Sozialistin Magnani Noria Maria: "Seien wir ehrlich, in allen Parteien, auch in meiner, haben die Führer Angst vor ihrer eigenen Frau bekommen".

Aus der Mitte der KPI heraus rüttelten die Genossinnen – von denen einige zu "Manifesto" übergingen – an der Geisteshaltung der Genossen, denen sie "gallismo" (Papagallo, Hahnreigehabe) vorwarfen, so z. B. Rossana Rossanda, die zur Gallionsfigur des Feminismus und der neuen italienischen Linken wurde.

Die winzige Radikale Partei, die sich selbst als auf der äußersten Linken stehend betrachtete und die für die "Verteidigung aller bürgerlichen Rechte" kämpft, versuchte gewissermaßen den Feminismus an sich zu reißen. Die 1970 gegründete M.L.D. gliederte sich ihr an. Es war diese Gruppierung, die sowohl die Scheidungs- als auch die Abtreibungskampagne am entschlossensten und am phantasievollsten vorantrieb. Darüber hinaus entschloß sich 1976 die Partei, 55% ihrer Kandidatenplätze bei den Wahlen Frauen zu überlassen. Im Herbst wagte sie es als erste italienische Partei, eine Frau zur Generalsekretärin zu ernennen: Adelaide Aglietta. "Meine Revolte begann, als ich 16 Jahre alt war. Sie war gegen die Familie und ihre Moral gerichtet. Ich bin vor der Familie in die Ehe gelaufen. Dann habe ich mich vor der Ehe in die Politik geflüchtet. Die radikale Partei ist die einzige, die mir erlaubt, mich umfassend darzustellen." Ab 1974 begann ein großer Teil der italienischen Feministinnen, sich mit der radikalen Partei zu identifizieren; diese Partei erhielt 1976 bereits vier Abgeordnetensitze ...

Paola Gaoiti, aktives Parteimitglied der "Lega Democratica" (Linke Katholiken) steht dem "schicken radikalen Milieu" von Rom skeptisch gegenüber, erkennt aber seine Bedeutung an: "Es ist wahr, daß die Radikale Partei die destabilisierende Rolle einer Subkultur gegenüber den großen Parteien symbolisiert ... Sie geht aus von den neuen kleinbürgerlichen Schichten, die aufgehört haben, die traditionellen Elite- und Verhaltensmuster nachzuahmen und die heute den neuen Massenkonformismus prägen – der Feminismus ist ein Teil davon."

Nach den beiden großen gewonnenen Schlachten (Scheidung und Abtreibung) läuft der Feminismus heute Gefahr, in einer tiefen Krise seines Selbstverständnisses zu versinken, da es schwierig sein dürfte, ähnlich mobilisierende Themen zu finden. Gewalt gegen Frauen? Vergewaltigung und Justiz? Das sind wahrscheinlich Themen, die weniger mobilisierend sind. Die Radikale Partei fordert – weniger realistisch, als spektakulär: 50% aller in der Wirtschaft vorhandenen bezahlten Stellen für die Frau.

Das Unbehagen der Feministinnen ist in Wirklichkeit die Folgeerscheinung eines doppelten Phänomens: Die Fortschritte des feministischen Bewußtseins im allgemeinen und die Widerstände der "männlichen Gesellschaft" dagegen haben zunächst dazu geführt, daß die Frauen jeden Kompromiß mit der traditionellen Politik ablehnten. Sie haben nach und nach im Namen der "Autocoscienza" mit der KPI und neuerdings auch mit der äußersten Linken gebrochen, so beim letzten Kongreß der "lotta continua" im November 1976.

Wenn auch bestimmte Feministinnen die Arbeit innerhalb der Parteien oder Gewerkschaften für richtig halten (z. B. in der Metallindustrie), so setzt sich doch heute die Vorstellung vom Bruch mit diesen Institutionen durch.

Allerdings ist daneben auch ein Trend zur politischen Restauration feststellbar; so wird aus Angst vor der "Unordnung" und der Arbeitslosigkeit die Familie als Refugium wiederentdeckt. Die Gefahr besteht, daß sich hier wieder ein "Zurück" zur alten Arbeitsteilung der Geschlechter zwischen Hausfrau einerseits und lohnabhängigem Ehemann andererseits durchsetzt ...

als Stimmen erhielten. Damit hat Suarez auf der Grundlage seines Amtsbonus und unter Ausnutzung des Meinungsmonopols die Wahl für sich entschieden. Als stärkste linke Kraft schnitt die PSOE mit 28,51% (33,71% der Sitze) ab, die PCE erhielt 9,02% (5,71%), die PSP/FPS 4,34% (1,61%) und die AP trotz intensiver CSU-Unterstützung nur 8,26% (4,85%). Hinter der gelungenen Inszenierung dieser "freien" Wahlen verbirgt sich aber auch ein reales Moment: die völlige Ablehnung des Faschismus und die Isolierung der verbliebenen franquistischen Rechten durch die Wähler.

Auch die noch ganz in der Tradition des früheren franquistischen Verfassungsgebarens stehende Regierungsbildung (Bestimmung des Ministerpräsidenten durch den König, keine Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament) zeigt den globalen Vorbehalt, unter dem die spanische Bourgeoisie die "Liberalisierung" des politischen Systems in dieser präkonstitutionellen Phase betreibt. Immerhin hat die suaristische UCD mittlerweile zugesagt, daß die Schaffung einer Konstitution vorrangig Aufgabe des Parlaments sein soll. Es ist jetzt schon abzusehen, daß dabei das Autonomieproblem der einzelnen Regionen zu den härtesten Auseinandersetzungen nicht nur innerhalb des Parlaments führen wird. Denn während sich Suarez bereits vorsichtig zu einer Lösung bereit erklärt hat, die den Forderungen der katholischen nationalistischen Parteien nach Wiedereinsetzung des Regionalstatus und der Generalität (autonome Regierung z.Z. der Republik) nahekommt, streben einige nationalistische baskische Gruppen nach wie vor die "großbaskische Lösung" an, d. h. daß sie das in Südfrankreich und Spanien lebende baskische Volk in einem Separatstaat vereinen wollen.

Neben der Arbeit an der Verfassung steht die Bewältigung der ökonomischen Krise im Vordergrund. Der dafür im Regierungsprogramm vorgestellte Katalog ist nicht zufällig nahezu identisch mit den im letzten OECD-Bericht über Spanien aufgestellten Ratschlägen. Die von Suarez repräsentierten Kapitalfraktionen, die eine baldige Integration des Landes in die EG wünschen, sind sich bewußt, daß der Eintritt Spaniens in den gemeinsamen Markt eine umfassende Modernisierung der spanischen Wirtschaft erfordert. Fuentes Quintana, der neue Wirtschaftsminister, hat am Vorabend der Regierungserklärung in einer Fernsehansprache klargestellt, wie die ökonomische Krise ohne einschneidende Maßnahmen voranschreiten würde: Inflationsrate 1977 30%, Handelsbilanzdefizit 5 Mrd. Dollar (gegenüber 4,2 Mrd. 1976 und 3,5 Mrd. 1975), Arbeitslosenquote über 8% bei hoher Unterbeschäftigung und ohne Aussicht auf Schaffung neuer Arbeitsplätze für die über 1 Mio. Arbeitsemigranten.

Vorerst wurde lediglich die Abwertung der Peseta um ca. 20% beschlossen. Angekündigt sind Maßnahmen gegen Wohnraum- und Bodenspekulation, eine Steuerreform soll die Bezieher hoher Einkommen erstmals progressiv besteuern. Da es aber erklärtes Ziel des Wirtschaftsprogramms ist, die internationale Konkurrenzfähigkeit der spanischen Wirtschaft wiederherzustellen, ist damit zu rechnen, daß lohnpolitische Eingriffe des Staates folgen werden. In Erwartung dieser Schritte haben sich die beiden großen Gewerkschaften UGT und USO bereits scharf gegen die beabsichtigten Maßnahmen ausgesprochen, da "mit ihnen die Arbeiter die Hauptlast tragen müssen". Schließlich ist im Regierungsprogramm noch die Rede von einer Verwaltungsreform, mit deren Hilfe Suarez die alten Franco-Bürokraten durch "dynamischere" Technokraten ersetzen will.

Der Untergang der Christdemokraten

Da alle Wahlprognosen der EDC zwischen 10 und 15% der Stimmen einräumten und ihr Parteiführer, Ruiz Jimenez, noch kurz vor der Wahl von 50 Sitzen geträumt hatte, wurden die realen 1,4% ohne einen einzigen Sitz in den Cortes zu einem Sturz ins Bodenlose (ein Vergleich: die maoistische Partei der Arbeit PTE erhielt 1,45% und damit sogar noch einen Sitz). Der Hauptgrund für diese Niederlage ist darin zu sehen, daß die EDC in der Wahlkampagne jede Glaubwürdigkeit verloren hat. Mit einem Wahlprogramm, das sich nur unwesentlich von denen der großen Linksparteien unterschied, konnte die EDC nicht hoffen, ihre potentielle Klientel, Kleinbürgertum und Mittelstand, zu bedienen. Hinzu kam, daß sie fortwährend ihre guten Kontakte zur "Christlichen Internationale", insbesondere den deutschen und italienischen Christdemokraten, in der Fernsehwerbung herausstellte, nicht ohne sich andererseits wieder von diesen weiter rechts stehenden Parteien zu distanzieren. So konnten die spanischen Christdemokraten z. B. wegen ihrer Forderung nach Legalisierung der Ehescheidung auch nicht mit der Unterstützung durch die Kirche rechnen. Zu ihrer programmatischen Konfusion trat das Fehlen einer Parteiorganisation, die die EDC nicht wie die UCD durch die Ausnutzung des staatlichen Macht- und Propagandaapparats kompensieren konnte. Die Folge davon war, daß das prognostizierte Potential der EDC fast kampflos der UCD und zum Teil auch der PSOE zufiel. Es bleibt abzuwarten, ob die "Christliche Internationale" jetzt mit einer Annäherung an die UCD versucht, ihren Einfluß in Spanien zu verbessern.

Zum Abschneiden der PCE

Mit 20 Abgeordneten hat die PCE ein Ergebnis erreicht, das nach den Umfrageergebnissen allgemein erwartet worden war. Angesichts 40 Jahre lang andauernder brutaler Repression gegenüber den Kommunisten und auch im Wahlkampf andauernder antikommunistischer Hetze sowie der Zulassung der Partei erst sechs Wochen vor dem Wahltermin, ist Carrillos Beurteilung des PCE-Ergebnisses als "einwandfrei positiv" nur geringfügig übertrieben. Zwar konnte die PCE in vielen Wahldistrikten Kataloniens und Andalusiens hervorragende Wahlergebnisse erzielen und hier hinter der PSOE teilweise zweitstärkste Partei werden. Es spricht viel für Carrillos Auffassung, daß viele PSOE-Stimmen eigentlich der PCE hätten zufallen sollen (Carrillo in der NZZ v. 2.7.77). Aber es war nicht allein die Furcht vor einem möglichen Staatsstreich – verstärkt durch die Haltung der Presse, die in vielen Fällen davor gewarnt hatte, kommunistisch zu stimmen –, die sich gegen die PCE ausgewirkt hat. Denn zu den schlechten Startbedingungen der PCE kamen ihre eigenen wahltaktischen Fehler. So führte sie ihren Wahlkampf fast ausschließlich gegen den Altfranquismus der AP und schonte gleichzeitig die UCD, deren Protagonisten eine demokratische Läuterung bescheinigt wurde, die sich auch in der Legalisierung der PCE gezeigt habe. Nach dem katastrophalen Abschneiden der AP muß man jedoch konstatieren, daß die "Eurokommunisten" gegen eine Schimäre gekämpft haben. Der verbliebene Einfluß der AP im Staatsapparat, den Streitkräften und den verschiedenen Polizeieinheiten läßt sich aber nicht durch Wahlkampagnen, sondern nur durch drastische Eingriffe in den faschistischen Herrschaftsapparat bekämpfen. Der Moskauer Attacke auf Carrillo und den "Eurokommunismus" im allgemeinen ist es zu danken, daß die Diskussion über wahltaktische Fehler im ZK der PCE zunächst von der Tagesordnung verdrängt wurde. Die geschlossene Haltung der Partei bei der Zurückweisung dieser Attacke läßt für den 9. Parteitag der PCE, der noch in diesem Herbst stattfinden soll, keine spektakulären Fraktionskämpfe erwarten. Im Gegenteil, es wäre nach dem Stand der augenblicklichen Diskussion nicht verwunderlich, wenn eine weitere Annäherung der auf dem 7. Parteitag 1965 ausgeschlossenen Kräfte um Claudin, Semprún und Sanchez stattfände und dies zu einer Reintegration dieser Gruppe in die Partei führen würde. Sowohl Claudin als auch Semprún haben in Zeitungskommentaren gegen den Angriff der "Neuen Zeit" ihre kritisch solidarische Unterstützung des carrillistischen Kurses erkennen lassen.

Ob die Unterstützung der parlamentarischen Eiertänze der PCE-Fraktion in den Cortes durch den Parteitag genauso geschlossen sein wird, sei im Moment dahingestellt.. Die PCE führt unterdessen eine neue Variante des "historischen Kompromisses" vor. Das "Neue" besteht darin, daß die PCE bedingungslos – jedoch ohne das institutionelle Gewicht, das der PCI in den italienischen Provinzen und im zentralen Herrschaftsapparat besitzt – die Regierungspolitik unterstützt und damit noch viel mehr Gefahr läuft, sich vor den organisierten Arbeitern unglaubwürdig zu machen. Schon hat die Unterstützung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung Suarez durch die PCE dazu geführt, daß sich die Comisiones Obreras (C.C.O.O.) bisher jeglicher kritischer Stellungnahme enthalten haben, während UGT und USO klar und eindeutig die arbeiterfeindlichen Konsequenzen dieses Programms aufgezeigt und ihren Kampf dagegen angekündigt haben. Es muß im Moment eine Spekulation bleiben, ob der Verzicht Camachos (Präsident der C.C.O.O.) auf seinen Parlamentssitz zugunsten des Parteiökonomen Tamames tatsächlich "aus rein arbeitsökonomischen Gesichtspunkten" geschah – wie Carrillo beteuert – oder ob der C.C.O.O.-Führer es vermeiden wollte, im Parlament eine Politik mitzutragen, die bei den C.C.O.O.-Mitgliedern auf keinerlei Verständnis stoßen dürfte. Die im Herbst zu erwartenden Lohnkämpfe werden uns hierüber mehr Klarheit verschaffen.

Der Erfolg der PSOE

Die PSOE konnte sich den kompromißlerischen Kurs der PCE im Wahlkampf sehr gut zu Nutze machen. Im Gegensatz zur PCE hat González stets die suaristische UCD ohne Einschränkungen als Rechtspartei mit reformistisch-franquistischer Tendenz bezeichnet. Für die Sozialisten, die 40 Jahre lang im antifaschistischen Widerstand gekämpft haben, verbiete sich naturgemäß jedes Paktieren oder gar Koalieren mit diesen Kräften. Diese Haltung der PSOE hat ihr ohne Zweifel viele Stimmen von potentiellen PCE-Wählern verschafft. Aber auch Wähler aus den Reihen der radikalen Linken wurden offenbar überzeugt, daß – nach dem Scheitern von Bündnisverhandlungen verschiedener linker Organisationen – die Wahl der PSOE das berühmte "kleinere Übel" sei. Die Wahlkampfaussage der PSOE zum Regionenproblem, ihr ökonomisches Programm, das eindeutige Bekenntnis zur Republik und nicht zuletzt ihre Polemik gegen die "monarchistischen Kommunisten" hat dieses Wählerverhalten ermöglicht. Auch nach der Wahl verfolgt González bisher weiterhin diesen Kurs. Das Wirtschaftsprogramm der Regierung wird von der PSOE im Parlament scharf kritisiert, die ihr nahestehende UGT hat Kampfmaßnahmen angekündigt.

Nach dem triumphalen Wahlerfolg geht die PSOE nun mit für sie außerordentlich günstigen Vorbedingungen in Vereinigungsverhandlungen mit den anderen sozialistischen Parteien PSP und FPS. González scheint daran gelegen zu sein, auch Teile der radikalen Linken in diese neu zu schaffende Partei zu integrieren. In einem Interview mit der Zeitschrift "triunfo" bescheinigt er der radikalen Linken große Verdienste, die sie dem spanischen Volk durch ihre konsequente antifaschistische Politik geleistet hätte. Seitens der PSP will der "alte Professor" Tierno Galvan die Verhandlungen mit der PSOE forcieren.

Die konkrete Stellung der PSOE zur Regierungspolitik – besonders zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen – wird zeigen, ob die revolutionären Töne des Sozialistenchefs auch in Zukunft eine materielle Substanz besitzen. Seine Sympathie für das Modell des schwedischen Sozialismus und der starke Einfluß der Sozialistischen Internationale auf die PSOE weisen eine andere Richtung.

★

Schere im Kopf, Loch im Geldsack

Carl-Wilhelm Macke

"Im Rundfunk kann nicht ein Wort gesprochen werden, das nicht eine unkontrollierbare, unverantwortliche und fast geheim wirkende Schar von beamteten und freien Reaktionären, mittleren Bürgern, braven Geschaftlhubern verstanden und gebilligt hat." 1928 hat dies Kurt Tucholsky geschrieben. 1977 sitzen sie wieder oder immer noch am und im Rundfunk, zensierend, unterdrückend, einschüchternd. Eine besondere Spezies von Reaktionären und Geschaftlhubern um den Landeschef von Schleswig-Holstein, Stoltenberg, hat jetzt zur Attacke auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der BRD geblasen.

Am 14. Juli erklärte Stoltenberg auf eine gezielt abgesprochene Anfrage der CDU-Mehrheit im Kieler Landtag, die Landesregierung sei der Querelen um den NDR überdrüssig und plane zum nächstmöglichen Termin (Juni 1978) die Kündigung des seit 1955 gültigen Staatsvertrages der den NDR tragenden Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Hamburg. Gleichzeitig warf er die Frage auf, ob man nicht zum bisherigen öffentlich-rechtlichen Status der Rundfunkanstalten alternative Organisationsformen unter Einbeziehung der Zeitungsverleger ins Auge fassen solle.

Mit diesen, vorläufig noch an bestimmte Forderungen gebundenen Kündigungsdrohungen setzte Stoltenberg den I-Punkt auf eine seit Jahren andauernde Kampagne seiner Partei in Verbindung mit dem Arbeitgeberverband gegen den NDR, der in einer praktisch vollständig konservativen bis an den Rändern bereits braunen norddeutschen Zeitungslandschaft noch für einen Rest an liberalen Korrektiven gesorgt hat.

Beispielsweise gilt dies z. T. für die Berichterstattung über die regionale Anti-AKW-Bewegung, die Studentenstreiks im Frühsommer dieses Jahres oder auch über vereinzelte Arbeitskonflikte. Von der monopolisierten Lokalpresse unterdrückte politische Meinungen haben zumindest im Regionalprogramm die Chance, sich zu artikulieren. In dem nur von einer bildungsbürgerlichen Minderheit konsumierten III. Hörfunkprogramm kommt hin und wieder spätabends auch einmal ein linker Kulturproduzent zu Wort.

Für die christdemokratischen Medienschnüffler sind dies bereits genügend Anzeichen, um von einem "Rotfunk" mit einem "nicht ausgewogenen" Programm zu sprechen, der sich bereits in einzelnen Bereichen an den Grenzen der Verfassungskonformität bewege.

In seiner Rede vor dem Landtag bezog sich Stoltenberg ausdrücklich auf die "einseitig vom Marxismus geprägten sogenannten Kultursendungen" des III. Hörfunkprogramms. Er kritisierte Sendungen, in denen Erich Fried nichtkonforme Buchbesprechungen lieferte, das alte Märchen von der Lohn-Preis-Spirale entmythologisiert wurde, oder gar schlimme linke Propaganda in Hausfrauensendungen betrieben würden. Die nicht diskriminierende Berichterstattungen einiger Redakteure über regionale Bürgerinitiativen (besonders Brokdorf und Grohnde) ist laut Stoltenberg Ausdruck von deren Inkompetenz und verstoße gegen den Staatsvertrag, der eine "allgemeine, unabhängige und objektive" Nachrichtengebung vorsehe. Eine vorsichtig vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus argumentierende Betriebsratsschulung im III. Fernsehprogramm wird als Beispiel von "Unausgewogenheit" zitiert und verurteilt. Eine Kritik im übrigen, für die im Staatsvertrag keine Grundlage vorhanden ist.

Das Trommelfeuer der CDU auf den NDR hat aber nicht erst seit Brokdorf-Berichterstattung und Betriebsratsserie eingesetzt. Seit Jahren schon sind einzelne Magazine, wie vor allem ‚Panorama', einzelne Abteilungen wie z. B. der Jugendfunk und einzelne Redakteure selbst in der Abteilung "Religion und Gesellschaft" ein Dorn im medienpolitischen Hegemoniekonzept der CDU. Es sind "einige Gesellschaftskritiker, die ständig Neidgefühle gegen die Einkommen von Ärzten, Kaufleuten oder Handwerkern mobilisieren."

Ebenso groß war das Geschrei, als eine Magazinmoderatorin 1973 nach dem Putsch in Chile zu Solidaritätsspenden für verfolgte Chilenen aufrief oder als ein Redakteur in der gleichen Magazin-Sendung zwischen Kochrezepten, Verkehrsnachrichten und Hitparade ein Anti-§ 218-Gedicht von Erich Kästner verlas.

Anfang 1977 gab der stellvertretende Präsident des Hamburger Verfassungsschutzamtes Christian Lochte (Mitglied der CDU und des Verwaltungsrates) ein Dossier seines Amtes über einen NDR-Mitarbeiter an einen befreundeten CDU-Redakteur weiter. Mitte April 1977 wurde durch den Hauptabteilungsleiter Kultur, Möller (CDU), ein Film über politische Karikaturisten in der BRD beschnitten, und zwar genau derjenige Teil, in dem sich Klaus Staeck gegen den Begriff der "Ausgewogenheit" ausspricht.

Die Ausstrahlung von Moßmanns "KKW Nein Rag" und der "Ballade von Seveso" wurde ebenso untersagt wie das Recherchieren von zwei Journalistinnen aus dem Funkhaus Hannover über eine Demonstration in Grohnde. Für die Berichterstattung über Bürgerinitiativen existieren schwarze Listen, in denen eingetragen wird, ob eine Sendung für, gegen, überwiegend für oder überwiegend gegen Bürgerinitiativen Partei ergreift.

Die Beispiele sind inzwischen Legion, ganz zu schweigen von dem Ausmaß an verinnerlichter Selbstzensur, von der Schere im Kopf. Die Besonderheit der aktuellen Medien-Angriffe gegenüber den früheren liegt darin, daß die CDU, bedingt u. a. durch die neuen Mehrheiten in Niedersachsen, aus einer offensiven Position heraus agiert, die eingebettet ist in eine bundesweite Strategie. Schützenhilfe bekommt sie dabei nicht nur von den Springerorganen, sondern ebenso massiv von der sich liberal gebenden ZEIT. In einem offensichtlichen Insider-Kommentar werden die wenigen kritischen Redakteure im NDR als "Strandgut der 68er Revolution" tituliert.

Die SPD sieht sich durch die jahrelangen Angriffe in die Defensive gedrängt und verteidigt, nicht frei von Widersprüchen, den öffentlich-rechtlichen Charakter des NDR samt der Meinungsfreiheit für die Redakteure, und will – weiß Gott wie – die norddeutsche Öffentlichkeit für den NDR mobilisieren. Neben der massiv gegen Stoltenberg opponierenden schleswig-holsteinischen SPD-Führung um Günther Janssen beteiligen sich andere Parteigenossen, voran der DGB-Bezirksvorsitzende Jan

Sierks und "Atomfilz" Hans Schwalbach, am Scheibenschießen gegen die Brokdorf-Berichterstattung des NDR.

Über den von ihr gestellten Intendanten Neuffer legt die SPD gleichzeitig ein Sanierungsprogramm für den in der Tat hochverschuldeten NDR vor, das in seinen Konsequenzen die kritische Substanz ebenso austrocknet wie Stoltenbergs öffentliches Gepolter.

Gegen diese Maßnahmen verabschiedete die Redakteursversammlung des NDR eine Resolution, in der es u. a. heißt: "Die beabsichtigten Sparmaßnahmen sind in ihren finanziellen Konsequenzen derart unüberschaubar und in den Auswirkungen auf das Programm so widersprüchlich, daß sie als Grundlage für eine sachliche Diskussion über praktische Entscheidungen ungeeignet sind... Die Redakteursversammlung lehnt ... einseitige Kürzungen im Ausbildungs- und Bildungsbereich und die Einführung einer Hörfunkwerbung entschieden ab."

Im Mittelpunkt einer Resolution der in der RFFU organisierten 2.000 der über 3.400 NDR-Mitarbeiter steht außerdem die Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Den relativ isolierten und durch die Angriffe der letzten Jahre eingeschüchterten linken oder liberalen Redakteuren hilft der ständige Verweis auf die Medienoffensive von rechts in ihrer praktischen Arbeit auch nicht viel. Wichtiger, und eher als Ansatzpunkte für eine öffentliche Auseinandersetzung geeignet, sind da schon Protestresolutionen wie diejenigen von einzelnen Vertrauensleutekörpern, Betriebsräten und Gewerkschaftsveranstaltungen anläßlich der angedrohten Absetzung der Betriebsratsschulung im III. Fernsehprogramm.

Darüber hinaus gilt es, sich auch darauf einzustellen, daß sich hinter den gegenwärtigen medienpolitischen Gefechten auch die Interessen derjenigen verbergen, die sich für die zu erwartenden tiefgreifenden technologischen Veränderungen im Mediensektor die besten Ausgangsbedingungen verschaffen wollen. Auf der Krise der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kochen heute bereits das ZK der deutschen Katholiken und die Zeitungsverleger ihre Privatisierungsrezepte aus. Besonders das Kabelfernsehprojekt hat Stoltenberg auch vor Augen, wenn er von "alternativen Organisationsformen zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk unter Einbeziehung der Verleger unserer Heimatzeitungen" spricht. Weniger gefühlvoll heißt dies: Springer, Madsack & Co., die den norddeutschen Zeitungsmarkt praktisch beherrschen, sollen demnächst die gesamten Medien nach ihrer Pfeife tanzen lassen.

Solange ein selbstorganisiertes, alternatives Kommunikationsnetz allenfalls in lokalen Ansätzen existiert, solange die Massen loyal an die traditionellen Medien gebunden sind, kann die Linke die bürgerlichen Medien nicht einfach rechts liegen lassen und an ihren eigenen Projekten basteln. Auch der Kampf um eigene Frequenzen mit Korrespondenten in den Betrieben und dem roten Rundfunk steht zumindest hierzulande nicht auf der Tagesordnung.

★

Neue Broschüren im Verlag des Sozialistischen Büros

Broschürenreihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 2, Karl-Theodor Stiller: Gewerkschaftspolitik und Bewegungen in der Arbeiterschaft 1914 - 1920, 112 Seiten, broschiert, DM 6,--.

Das jetzt vorgelegte Heft 2 der Reihe zur Geschichte der Arbeiterbewegung untersucht die Politik der deutschen Gewerkschaften und die sozialen und politischen Bewegungen in der Arbeiterschaft während des Ersten Weltkrieges sowie in der Umbruchssituation zwischen 1918 und 1920. Es handelt sich hier um einen Entwicklungsabschnitt mit tiefgreifenden und langfristigen Konsequenzen: in dieser Phase bildet sich die Aufspaltung der politischen Arbeiterbewegung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Linie heraus, und die gesellschaftspolitischen Grundentscheidungen der Jahre 1918 - 1920 enthalten bereits das Scheitern der Weimarer Republik und den Übergang zum Faschismus als mögliche Folge in sich. Die vorliegende Schrift macht deutlich, daß die

reale Entwicklung der Arbeiterbewegung in Deutschland zwischen 1914 und 1920 wenig zu tun hat mit Legenden dieser oder jener Art, die vielfach auch in der Diskussion der westdeutschen Linken heute noch eine Rolle spielen. Weder hat sich die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit und von Kriegsbeginn 1914 an gegen die "Befreiungspolitik" gestellt und ist nur von einer kleinen Schicht der "Arbeiteraristokraten" auf verräterische Weise an den Staat gefesselt worden, noch ist die Integrationspolitik von SPD und Freien Gewerkschaften von der Masse der Arbeiter bis zum "Ausbruch" der Revolution widerstandslos befolgt worden. Tatsächlich hat vielmehr die Novemberrevolution 1918 eine längere und durchaus widersprüchlichere Vorgeschichte. Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung um 1918 zeichnet sich dann aus durch raschen Wandel von politischen Orientierungen und Organisationsformen, aber sie war ebenso bestimmt durch das Beharrungsvermögen überkommener politischer Strukturen. Revolutionär war in einer solchen Situation am ehesten jene Politik, die beide Momente zu berücksichtigen, die also "Einheit im Widerspruch" auszuhalten versuchte. Vielleicht läßt sich aus dieser historischen Erfahrung etwas lernen für Politik von Sozialisten heute. ★

Reihe Plakat-Bauernverlag, Heft 8, Albrecht Funk: Abschied von der Provinz? Zum Strukturwandel des ländlichen Raumes und staatlicher Politik, ca. 190 Seiten, broschiert, DM 10,--.

Der ländliche Raum hat in den Köpfen vieler einen festen Platz, als flaches Land, als Provinz, als Gegensatz zur Stadt. Die Arbeit von Albrecht Funk weist nach, daß diese Vorstellung vom ländlichen Raum schon längst von der gesellschaftlichen Realität weit entfernt ist. Die Umwälzung des Landwirtschaftssektors und der ländlichen Regionen in den letzten 20 Jahren stellt einen für die Geschichte der BRD einmaligen Vorgang dar. Er umfaßt mehr Menschen, die ihren Beruf und Arbeitsplatz aufgeben mußten (die Zahl der Familienarbeitskräfte sank von 4,4 Millionen 1950/51 auf 1,6 Millionen im Jahre 1970/71), als dies bei anderen Strukturverschiebungen in dieser Zeit der Fall war (etwa Bergbau). Er umfaßt die Änderung der Siedlungsstrukturen, den Verlust der Selbständigkeit von Gemeinden, die Konzentration der Landwirtschaft auf der einen und das Anwachsen der "Sozialbrache" auf der anderen Seite, Abwanderung der Jugend und Überalterung. – Mit dieser Studie geht es darum, die Ursachen und die gesellschaftlichen und sozialen Folgen des Umstrukturierungsprozesses des ländlichen Raumes aufzuzeigen. Inhalt: Der ländliche Raum als Untersuchungsgegenstand – Ländlicher Raum und landwirtschaftliche Produktion – Die Differenzierung der bäuerlichen Produktionsformen nach 1945 – Konsequenzen der kapitalistischen Vergesellschaftung der landwirtschaftlichen Produktion – Die widersprüchliche Integration des ländlichen Raumes in den kapitalistischen Reproduktionsprozeß – Vergesellschafteter Raum und staatliche Politik – Agrarpolitik und bürokratische Problemverarbeitung – Regionale Wirtschaftspolitik und

bürokratische Problemverdrängung – Die Neuordnung der ländlichen Regionen: kein Randproblem. ★

Informationsdienst Arbeitsfeld Schule, Heft 30, 64 Seiten, broschiert, DM 3,50.

Dieses Heft enthält eine Reihe aktueller Beiträge. Schwerpunktthema ist die politische Schülerbewegung, wobei untersucht wird, wie es dazu kommen kann, daß es noch im März dieses Jahres zu solchen großen Schüleraktionen wie den Demonstrationen in Frankfurt und Kassel kommen konnte, an denen sich Tausende beteiligten, und schon kurze Zeit später wieder "Ruhe in die Schulen eingekehrt ist". Eine Schülergruppe berichtet über ihre Arbeit in den Gremien, zwei Gruppen berichten von Erfahrungen bei den Aktionen in Frankfurt. – Über die GEW gibt es vier Beiträge in diesem Heft. In Hamburg wäre es zum ersten Lehrer- und damit Beamtenstreik in der BRD gekommen, wäre er nicht vom Bundesvorstand unterbunden worden. In Hessen wurden Aktionen gegen die geplanten Besoldungskürzungen von den Vorsitzenden der anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wieder abgesagt. Ein Bericht über die GEW-Saar vervollständigt die "politische Landkarte", die mit der systematischen Behandlung der einzelnen GEW-Landesverbände vor einiger Zeit im Info Schule begonnen wurde. Der vierte Beitrag berichtet von der Landesvertreterversammlung in Bayern, wo eine Initiative für ein basisorientiertes Konzept der Gewerkschaftsarbeit eine zwar minoritäre, aber doch schon recht beachtliche Zustimmung fand. ★

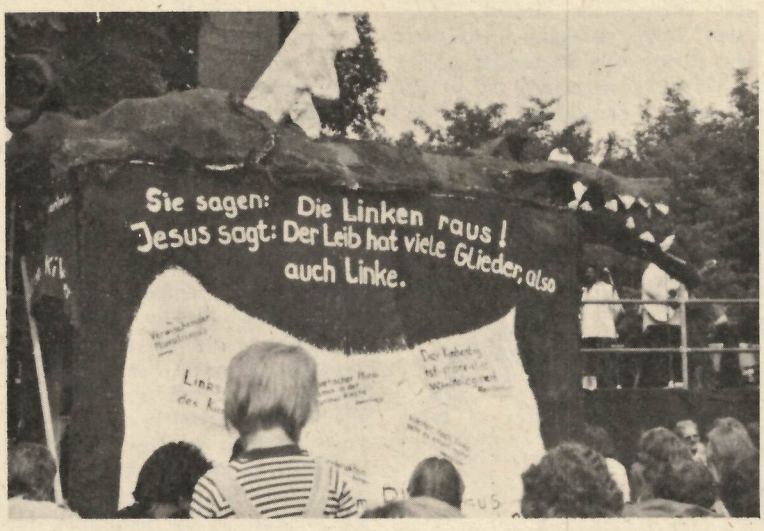
Informationsdienst Sozialarbeit, Heft 17, Schwerpunktthema: Kindergartenarbeit, 96 Seiten, broschiert, DM 5,--.

Die kinderfreundliche Linke hatte in den Jahren der Protestbewegung und danach mit ihrer Kritik an den traditionellen Erziehungsinhalten eine weitreichende Sprengkraft gerade auch beim Aufbrechen der erstarrten Erziehungsinstitutionen. Heute, angesichts der Gegenreformbewegung, müssen wir feststellen, daß die Linke in weiten Bereichen auf ihrem Marsch zur pädagogischen Praxis stecken geblieben ist. Die theoretische Bestimmung aller Erziehung als Repression, die es zu verweigern gilt, der inflationäre Gebrauch immer neuer utopischer Theorien, die aber nicht mehr an der Praxis selbst anknüpfen, haben politische Isolation, pädagogische Wirkungslosigkeit und Resignation zur Folge. Diese Theorie und Praxis einer radikalen Kritik und Selbstkritik zu unterziehen, versucht der Beitrag "Gegen die Praxisfeindlichkeit pädagogischer Utopien", der jedoch nicht bei der Kritik stehen bleibt, sondern zugleich einige Ansatzpunkte für eine linke pädagogische Praxis aufzeigt. Außerdem enthält der Info weitere Beiträge zu derzeitigen Arbeits- und Erziehungsbedingungen • Frauen als Erzieherinnen in den Kleinkindeinrichtungen – Rollenverhalten und Kindergartenideologie • Kooperation in der Kindertagesstätte am Beispiel Elternarbeit • Interview mit Erzieherinnen zu Problemen der Team-, Eltern- und Erziehungsarbeit • Versuche der Selbstorganisation von Erzieherinnen • Gesellschaftliche Realität – nichts für Kinder. Weitere Beiträge innerhalb des Schwerpunktthemas sind: Gewerkschaftsarbeit und Rationalisierung am Beispiel der städtischen Kindergärten in Hamburg – Zur neuen Ausbildungsordnung für Erzieher in NRW und ihrer Auswirkung auf die pädagogische Arbeit – Roter Elefant – Kindermedienpreis. Aktuelle Kurzberichte informieren über Auseinandersetzungen in anderen pädagogischen Bereichen: Jugendzentrumsbewegung ist nicht tot; Polizeieinsatz im Klever Hof; Pressezensur auf ostwestfälisch; Zur Nichtauslieferung der Jugendzeitschrift "bielefelder blätter"; Repression und Widerstand im Sozialbereich; Materialien und Kleinanzeigen. ★

Der Rundbrief 1/77 der SB-Hochschulgruppen ist soeben erschienen und kann angefordert werden gegen Vorauszahlung für DM 0.50 pro Heft (1 - 2 Hefte zusätzlich DM 0.50, ab 3 Hefte zusätzlich DM 1.-- Portokosten) bei Helmut Korte, Goetheallee 6, 3400 Göttingen.

Die Broschüren des SB können gegen Vorauszahlung (in Briefmarken, Bargeld oder als V-Scheck der Bestellung beifügen) direkt bezogen werden bei Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offenbach 4; die Broschüren sind jedoch auch in jeder linken Buchhandlung erhältlich. ★

Neues aus dem linken Kirchenschiff: Einseitige Eindrücke vom Berliner Kirchentag



Der Kirchentag, der alle zwei Jahre stattfindet, ist eine wichtige Organisationsform der evangelischen Kirchen. In den letzten Jahren hatten die Kirchentage zunehmend die Bedeutung, daß Erfahrungen und Lösungsstrategien zu aktuellen gesamtgesellschaftlichen Fragen und Problemen zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen ausgetauscht wurden. Deshalb nahm auch die Regionalgruppe Rhein/Main des Arbeitsfeldes Kirche im SB am Berliner Kirchentag teil. Der Deutsche Evangelische Kirchentag in Westberlin vom 8.-12. Juni 1977 hat mit über 60.000 Dauerteilnehmern alle Erwartungen übertroffen und weist auf die unveränderte Bedeutung dieses Treffens hin.

Nach dem 2. Weltkrieg bis in die sechziger Jahre waren die Kirchentage eher Großveranstaltungen, auf denen die Laienmassen von kirchlichen Profis in Hallenveranstaltungen über den hergebrachten Glauben belehrt und bestärkt wurden. Politiker machten ihr Geschäft, indem sie die Kirchentage als Waffe im Kalten Krieg zu Anti-DDR- und Antikommunismus-Demonstrationen umfunktionierten, 1961 etwa in Berlin, kurz vor dem Bau der Mauer.

1969 in Stuttgart veränderte sich der Charakter der Kirchentage. Die Bedeutung der APO und der "Neuen Linken" als Anstoß für eine umfassende Neuorientierung auf gesellschaftlicher und politischer Ebene in der BRD, aber auch der Einfluß fortschrittlicher Gruppen und Kirchen aus Ländern der Dritten Welt innerhalb des Weltrates der Kirchen trugen in den Veranstaltungen die ersten antiautoritären und systemkritischen Früchte.

Der Trend zu der verstärkten Selbstdarstellung verschiedenster Gruppen, Initiativen und Verbände im Rahmen kirchlicher Arbeit auf dem sogenannten 'Markt der Möglichkeiten' und die wachsende Mitarbeit solcher Gruppen an Großveranstaltungen verstärkte sich in Frankfurt 1975 und schließlich dieses Jahr in Berlin. Der inhaltliche Gewinn dabei war die intensive Beschäftigung mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen: Stadtteilsanierungen, Arbeitslosigkeit, Berufsverbote, gesellschaftliche Stellung der Frau, ökologische Krise, Antimilitarismus, die imperialistische Verflechtung der BRD mit Ländern der Dritten Welt, Verletzung der Menschenrechte usw. waren auf der Tagesordnung.

Gleichzeitig war besonders im ‚Markt der Möglichkeiten' ein breiter Raum, in dem in einer repressionsarmen Atmosphäre auch progressive Gruppen zu finden waren, die an der Veränderung der gegebenen gesellschaftlichen Unrechtsverhältnisse arbeiten. Der Artikel stellt Aktivitäten dieser Gruppen vor, in aller Unvollständigkeit, aber doch, um einen ersten Überblick zu bekommen, mit welchen Gruppen sich vor Ort zusammenarbeiten läßt.

Kirche und Arbeiterbewegung

Ausländer, Probleme und Projekte; Arbeit – Arbeitslosigkeit – Bildung: das war der Rahmen, in dem sich acht bzw. zehn Gruppen, Initiativen und Verbände auf dem Markt mit der gegenwärtigen Lage der Arbeiter in der BRD beschäftigten. Die AG Arbeitslosigkeit der Evangelischen Arbeitnehmer (EAN) Hannover etwa berichtete über ihre Arbeit mit Arbeitslosen und sammelte Unterschriften für die Forderung nach einem grundgesetzlich verankerten Recht auf Arbeit.

In der kirchlichen Arbeit von und mit Arbeitern gab und gibt es auch weiterhin viele Gruppen und Vertreter, die sich auf sozial-betreuerische Arbeit konzentrieren, ohne sich mit der Frage nach der Überwindung der Ursachen der wachsenden Verelendung und der Repression in unserer Gesellschaft ernsthaft zu beschäftigen. Aber auf dem Kirchentag konnte man auch andere Ansätze beobachten.

Die alte Ideologie des Dritten Weges als "Gelbe Gewerkschaften" ist mittlerweile ohne Bedeutung in der EAN; die Stärkung der Einheitsgewerkschaft wird nicht mehr hinterfragt. Ja, noch mehr: internationale Solidarität wird ganz unten praktiziert in der engen Zusammenarbeit mit Vereinigungen ausländischer Arbeitnehmer. Oder Betriebsräte und Arbeiter aus verschiedenen Betrieben arbeiten schon jahrelang mit Studenten, Lehrern und Ärzten zusammen.

Christen gegen Atomkraftwerke

Unter dem Motto "Umkehr in die Zukunft" waren ca. 10 verschiedene Bürgerinitiativen bzw. ökumenische Aktionsgruppen vertreten, die für einen sofortigen Baustopp für Atomkraftwerke, Wiederaufbereitungsanlagen und für eine Änderung der Energiepolitik der Bundesregierung eintraten.

Die "Initiative kirchlicher Mitarbeiter Hamburg/Gewaltfreie Aktion" sammelte Unterschriften für ihre Resolution zur "Energiepolitik der Bundesregierung", in der sie ausreichende Mittel zur Entwicklung und Förderung energiesparender Technologien, umweltfreundlicher Energieformen in internationaler Zusammenarbeit und ein Energieprogramm forderte, "das von der Nutzung der Energiegewinnung durch Kernspaltung absieht, auch auf die Gefahr eines reduzierten Wirtschaftswachstums hin". Außerdem stellte sie ihre gewaltfreie Aktion: "Strompreisboykott" vor, bei der 10% der Stromrechnung nicht den Elektrizitätswerken, sondern auf ein Sonderkonto eingezahlt werden.

Die Bürgerinitiative "Lebensschutz Uelzen e. V." bemühte sich um eine qualifizierte Aufklärung über die Gefahren der geplanten Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie.

Der Arbeitskreis "Atomenergie und Umweltschutz" der evangelischen Gemeinde Bremen-Horn II legte "Anregungen zum Umdenken von Quantität auf Qualität in der Gestaltung unserer Arbeits- und Lebenswelt" vor.

Die evangelische Erwachsenenbildung/afg Hannover informierte über die Auswirkungen radioaktiver Strahlen auf den Menschen und über die Risiken der Atommüllagerung.

Repression in der Kirche

Mit dem Thema Repression in der Kirche befaßten sich vor allem die zehn kirchenpolitischen Gruppen im gemeinsamen Stand 'Kirche in der Verantwortung' im ‚Markt der Mög-

Hilfsaktion Vietnam: Projekt Nähnadelfabrik

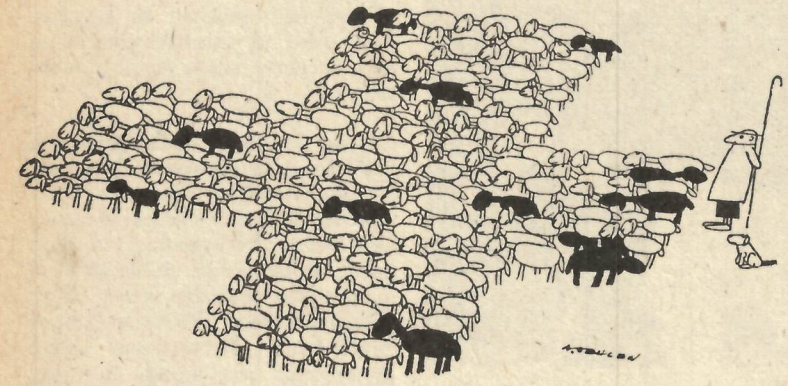
"Es ist bitter zu wissen, als Bürgermeister dieser Stadt, daß unsere Frauen, die fast alle Dinge des täglichen Bedarfs mit der Hand anfertigen müssen, zur Zeit in Hanoi keine einzige Nähnadel kaufen können", sagte uns der Bürgermeister der Hauptstadt Vietnams, und er fügte hinzu: "Alle Nähnadeln, die die Hilfsaktion Vietnam geschickt hat, haben wir in den Süden gegeben, weil dort die Probleme noch dringender sind. Als Vater dieser Stadt habe ich viele Sorgen und Probleme, und es betrifft mich stark, daß ich nicht einmal eine kleine Nähnadel für die Mädchen und Frauen Hanois besorgen kann. Wir können offen miteinander reden, denn wir sind Freunde. Wir kennen die Hilfsaktion Vietnam seit vielen Jahren. Sie haben so viel für uns getan, und man hat mir gesagt, daß die Freunde der Hilfsaktion uns eine Nähnadelfabrikation hier einrichten wollen. Das wäre für uns eine große Hilfe und Freude. Unsere Techniker haben eine Konzeption gemacht, die ich Ihnen mitgeben soll. Die Techniker sind davon ausgegangen, daß die Errichtung der Gebäude, elektrische Anlage und Einrichtungsgegenstände aus einheimischen Materialien von uns übernommen werden, und wenn Sie die Fabrikationsmaschinen rechtzeitig liefern, die ersten Nähnadeln Ende 1978 produziert werden können. Wir wüßten gerne, ob Sie diesem Plan zustimmen können."

Wir waren in arger Verlegenheit, denn es ist für uns schwer zu übersehen, wieviel Geld die Freunde der Hilfsaktion Vietnam in den nächsten zwei Jahren für dieses wirklich wichtige Projekt zu spenden bereit sind. Wir konnten deshalb nur diesem Projekt, eingeschränkt auf die erste Aufbaustufe, zustimmen, die die Produktion von Handnähnadeln vorsieht, und mußten leider die Zusage für die zweite Ausbaustufe – der Produktion von Nähmaschinennadeln – vorerst offen lassen. Selbst die erste Ausbaustufe wird schon eine Million DM erfordern. Denn um diese Million für den Kauf der benötigten Maschinen aufzubringen, bedarf es großer gemeinsamer Anstrengungen.

Lange Jahre während des Krieges hat die Hilfsaktion Vietnam gewußt und gesagt: "Unsere Hilfe für Vietnam ist wie ein Tropfen auf den heißen Stein, aber sie ist ein wichtiger, oft lebenswichtiger Tropfen." Heute, in der schwierigen Phase der Entwicklung, wird aus dem oft lebenswichtigen Tropfen ein Stein, ein Baustein für den Wiederaufbau und das neue Haus der friedlichen Zukunft Vietnams.

Wir rufen auf zu Spenden für das Projekt Nähnadelfabrik an die Hilfsaktion Vietnam e. V., Bismarckstr. 33, 4000 Düsseldorf 1, Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto 1016250300. Spenden an die Hilfsaktion Vietnam e. V. sind steuerbegünstigt. ★

lichkeiten'. In den letzten Jahren und Jahrzehnten sind die kirchenpolitischen Gruppen meist die Antwort auf das zunehmend konservativ und restaurativ werdende Kirchenklima gewesen. Das Komitee Freiheit für Wort und Dienst in der Kirche z. B. wehrt sich in den Landeskirchen Hessen-Nassau, Baden, Kurhessen-Waldeck und der Pfalz gegen die handfeste Macht- und Parteipolitik von Kirchenführern und Synodalen unter dem Deckmantel der Parole von der politikfreien Kirche. Aufgabe dieser Gruppe ist es auch, die Kirchenfront gegen die Arbeiterbewegung abzubauen und sich für die Mitarbeit von Christen und kirchlichen Mitarbeitern in den Gewerkschaften einzusetzen. Es geht darum, mit Gewerkschaften ausgehandelte Tarifverträge auch für die Lohnabhängigen in der Kirche zu erkämpfen anstelle der bisher üblichen obrigkeitlichen Gesetzesdiktate.



Solidarität mit den Verfolgten in Lateinamerika

Mit dem Thema Lateinamerika beschäftigten sich folgende Gruppen: amnesty international, CFK, Gesellschaft für bedrohte Völker, Evangelische Studentengemeinde, Südostasien-Studienkreis, das Komitee der ehemaligen politischen Häftlinge in Chile und die Initiative Internationale Christliche Chile-Solidarität (IICCS). In Dokumentationen und Berichten wiesen sie auf Verletzungen der Menschenrechte, besonders in Chile hin. Seit dem Sturz Allendes im September 1973 hat sich die Lage der chilenischen Bevölkerung noch nicht verbessert. Noch heute leben 40% des Volkes an der Grenze des Existenzminimums. Ca. 4 Millionen Menschen hungern in Chile, 2,5 Mio. sind unterernährt, ca. 8500 Familien sind ohne Ernährer, da diese sich im Gefängnis, Konzentrationslager oder außerhalb des Landes befinden und erhalten keinerlei Unterstützung. Die kirchlichen Gemeinschaften standen und stehen meist auf der Seite der Mächtigen. Viele lateinamerikanische Christen haben erkannt, daß sie damit nicht dem Auftrag des Evangeliums gerecht werden und haben sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten gestellt. Zu Beginn des Jahres 1976 haben sich Angehörige der Verschwundenen zusammengetan, um sich gegenseitig beizustehen und haben in Santiago einen ökumenischen Gottesdienst abgehalten.

Seit der Auflösung des Friedenskomitees ist die Vicaria de Solidaridad die einzige Institution, die die Betreuung der politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen übernommen hat. Die Angestellten der Vicaria, unter ihnen auch Juristen, führen Listen über Verhaftete und Verschwundene. Die Repression gegen die Vicaria nimmt ständig zu, so daß ihre Arbeit stark behindert wird. Deshalb wurden alle Kirchentagsbesucher aufgerufen, die Vicaria durch Spenden und Solidaritätsadressen tatkräftig zu unterstützen.

Alternative Kirchentagspresse

'ProTest' war auch diesmal wieder da. Die bewußt "einseitige", kritisch protestantische Kirchentagszeitung, die von der Evangelischen Studentengemeinde in der BRD und Westberlin und von der Arbeitsgemeinschaft evangelischer Schüler herausgegeben wurde. 'ProTest' war ein wichtiges Sprachrohr besonders für kritische Gruppen im ‚Markt der Möglichkeiten'. Sie konnten sich, ihre Aktivitäten und Forderungen in 'ProTest' meist selbst vorstellen. Das trug zu einer fairen Berichterstattung bei, ohne ironisch distanzierte Tendenz; die überließ man den offiziösen Extranummern (kostenlos) des "Berliner Sonntagsblattes".

In der 'ProTest'-Serie 'Gruppenbild' kamen kirchenpolitische Gruppen zu Wort; die Lateinamerika/Menschenrechtsgruppe, die Arbeitsgemeinschaft evangelischer Schüler (Thema Bildungsmisere) und die verschiedenen Friedensgruppen (Thema Antimilitarismus und Friedenspraxis) bekamen Platz zur Information.

Der Kirchentag bot sicher eine Fülle von Möglichkeiten der Information und der Aktion. Die vielen hoffnungsvollen Ansätze, in der kirchlichen Arbeit aus alten Gleisen heraus neue Wege auch des politischen Engagements zu gehen, können, auf sieben Messehallen konzentriert, natürlich über die harte repressive Realität in der Gemeinde, im Gefängnis oder in der Schule hinwegtäuschen. Andererseits bot der Berliner Kirchentag auch die Chance, sich gegenseitig kennenzulernen, sich durch gemeinsame Resolutionen und gemeinsame Aktionen zu solidarisieren und sich gegenseitig zu ermutigen, an der Basis weiterzumachen.

GRUPPE FRANKFURT DES ARBEITSFELDES KIRCHE IM SB

TAG FÜR TAG ZEHN TOTE. WIR SIND MIT DEM GESEHENEN SEHR ZUFRIEDEN

EL MUNDIAL 78
FUSSBALLWELTMEISTERSCHAFT
ARGENTINIEN UND DIE NATIONALE SACHE

Verlag chris gramm & wolfhard klein, 6500 Mainz, Kapuzinerstraße 28.

Wir haben ein Buch zur Fußballweltmeisterschaft/zur Situation in Argentinien gemacht. Das ist einmal eine kontinuierliche Beschreibung der argentinischen Verhältnisse im vergangenen Jahr und eine Beschreibung der deutschen Rolle, des deutschen Beitrags zur Stabilisierungspolitik der Diktatur der Generäle. Hinreichend gewürdigt wird die finstere Rolle, die Fußballbundpräsident Neuberger spielt. Neuberger war im vergangenen Jahr mehrfach in Argentinien und Aussagen wie: "Ganz gleich, wie man diesen Wechsel politisch bewertet, wir jedenfalls haben dadurch Partner mit Durchsetzungsvermögen bekommen', sind noch harmlos. Neuberger und die Generäle sind ideale Partner. Neuberger forderte kürzlich beim Saarländischen Rundfunk Zensur, als in einem Wort zum Sonntag auf die traurige Rolle des DFB bei Freundschaftsspielen in Argentinien hingewiesen wurde. In unserem Buch kommt Neuberger hinreichend zu Wort. Resultat: Der Unterschied zwischen Neubergers Äußerungen und den Taten der Junta ist nur graduell meßbar. In unserem Buch zur WM 78, Titel: TAG FÜR TAG ZEHN TOTE. WIR SIND MIT DEM GESEHENEN SEHR ZUFRIEDEN, geht es neben Fußball um wirtschaftliche Interessen der BRD in Argentinien und um Politik. Das alles läßt sich ja nicht trennen.

Das Buch hat 76 Seiten, kostet DM 4,80 und ist direkt beim Verlag zu bestellen. Verlag chris gramm & wolfhard klein, 6500 Mainz, Kapuzinerstraße 28.

Wir Frauen als Erzieherinnen — Rollenverhalten und Kindergartenideologie

Wir sitzen an kleinen Stühlen, an niedrigen Tischen, kauern, hocken, bücken uns herab in Güte, in Ermahnung, in Belehrung, im Zuhören — wir kennen das alles und wir machen das seit Jahren, unser Geschlecht macht es seit Jahrzehnten.

Wir kümmern uns um die Kinder! Aber wie kümmern wir uns um die Kinder, und wer kümmert sich um uns, d. h. um das, was wir da tagtäglich machen?

"Wir sind doch hier nicht im Kindergarten!", so schimpft man mit Schulkindern oder Erwachsene bezichtigen sich dessen, um deutlich zu machen, daß man sich an einem wesentlich ernsteren Ort befindet als eben im Kindergarten.

Wir Frauen als Erzieherinnen

Meine Darstellungen beruhen auf Erfahrungen mit Kolleginnen und Müttern aus dem Kindergarten eines freien und kommunalen Trägers in einem kleinstädtischen/ländlichen Gebiet. Die Gesellschaft ist es gewohnt, daß wir Frauen die Kleinkindererziehung betreiben. Das heißt, daß damit unbewußte Erwartungen an die Tugenden einer Frau gestellt werden. Wer sich mit Erziehung von Kindern befaßt, muß selbst ein Vorbild sein! Ja, nur welches Vorbild sollen wir sein? Und da fängt das Dilemma schon an! Gehen wir von dem allgemeinen Rollenbild der Frau aus, dann muß sie folgende Tugenden haben:

- Sie muß ordentlich sein
- sie muß haushalten können,
- sie muß kinderlieb sein,
- sie muß Feste planen und organisieren können,
- sie muß einen Arbeitsplan bzgl. Kochen und anderer Hausarbeiten herstellen und sich danach richten können,
- sie muß ausgleichend wirken,
- sie muß freundlich sein und ein gepflegtes Äußeres haben,
- sie muß allen Familienangehörigen ein gemütliches Zuhause geben können,
- sie wahrt Tradition und Brauchtum,
- sie muß sich allen Gegebenheiten anpassen,
- sie muß für alle Nöte und Sorgen (bes. auch des Mannes) ein

Bundestreffen des Arbeitsfeldes Antimilitarismus im SB

Die Regionalinitiative Rhein-Main des Arbeitsfeldes Antimilitarismus lädt zu einem Bundestreffen am 15./16. Oktober 1977 in Frankfurt ein und schlägt folgendes Programm für das Bundestreffen vor:

Samstag:

14.00 Uhr — Plenum: Diskussion über das Positionspapier der Regionalinitiative Rhein-Main "Zur Funktion eines SB-Arbeitsfeldes Sozialistischer Antimilitarismus" (wird auf Anforderung zugeschickt)

16.00 Uhr — Plenum: Geschichte und Theorie des Antimilitarismus

18.00 Uhr — Abendbrot

19.30 Uhr — Diskussion über gegenwärtige und zukünftige Praxis in Arbeitsgruppen; denkbar wären etwa folgende Themen: Soldatenarbeit, Verhältnis zu den KDV-Verbänden, Abrüstungskampagne, Zivildienst, Antimilitaristische Bildungsarbeit, Frauen in der antimilitaristischen Bewegung. Diese Themen können ebenfalls z. T. anhand des Positionspapiers der Regionalinitiative Rhein-Main diskutiert werden.

Sonntag:

9.30 Uhr — Plenum: Diskussion über Arbeitsschwerpunkte

Welche Berührungspunkte/Möglichkeiten gemeinsamer Aktionen der verschiedenen Gruppen innerhalb des Arbeitsfeldes gibt es?

11.30 Uhr — Konstituierung des Arbeitsfeldes: Bildung eines Koordinationsrats; Bildung einer Inforedaktion; Wahl von zwei Delegierten für den Delegiertenrat des SB.

Kontaktadresse: Sozialistisches Büro Offenbach. Bitte anmelden, damit wir Euch rechtzeitig vorher den Tagungsort bekanntgeben und evtl. weitere Tagungsunterlagen zuschicken können.

offenes Ohr haben,
– sie muß sich aufopfern können,
– sie darf nicht fordernd auftreten, sondern bittend,
– sie muß klug und diplomatisch sein,
– sie muß .....

Messen wir diese allgemeinen Rollenerwartungen an die Frau mit den Erwartungen der Gesellschaft an eine Kindergärtnerin, so brauchen wir nichts zu streichen, sondern statt Familie und Zuhause die Worte Kinder, Kindergarten und Eltern setzen. So, wie sich die Hausfrau und Mutter nur in der Gestaltung ihrer Häuslichkeit und der Erziehung ihrer Kinder darstellen kann, so kann sich die Erzieherin nach außen besonders deutlich eigentlich nur in der Gestaltung "ihres" Gruppenraumes darstellen. Meist bleibt der genaue Erziehungsstil und das, was da täglich im Gruppenraum sich abspielt, sowohl den Kolleginnen als auch den Eltern und einer Öffentlichkeit relativ verborgen. Es kommt ganz auf die Bereitschaft der Erzieherin an, Offenheit nach außen hin zu praktizieren.

Da sie als Frau aber immer nur auf ihre häusliche Rolle hinerzogen wurde und nicht auf eine berufliche Rolle vorbereitet wurde, hat sie Scheu und Angst vor Offenheit, vor Eltern, die kritisieren könnten, vor Öffentlichkeit generell. Hier schließt sich der Kreis: es bleibt nur der unmittelbar sie umgebende Raum als Gestaltungs- und Darstellungsmöglichkeit.

Wir stehen unter ständigem Erwartungsdruck
a.) vom Träger, b.) von den Eltern, c.) von den Kindern, d.) von den Kolleginnen, e.) von der Schule, f.) von der Öffentlichkeit.

Dieses Erwartungsnetz mit unseren eigenen Vorstellungen zu vereinbaren (falls wir uns noch welche erhalten haben), erfordert eine Konfliktfähigkeit, die wir gerade als Frau nirgendwo gelehrt bekommen, es sei denn, wir beginnen uns in ihr zu üben, indem wir
– Konflikte sehen und erkennen lernen,
– Konflikte benennen und analysieren lernen,
– Konflikte austragen lernen und mit den Betroffenen lösen lernen, dies alles möglichst nie allein.

Dies in unserer Arbeit umzusetzen, sowohl in der Kinderarbeit als auch in der Zusammenarbeit mit den Eltern, war die Absicht, mit der ich vor fünf Jahren den Aufbau eines Kleinkindergartens begonnen hatte. Daß dies in Ansätzen realisiert werden konnte, lag daran, daß meine Kollegin eine ähnliche kritische Einstellung zu allem Überkommenen zeigte. Wir hinterfragten beide sehr viel und waren uns einig in der kritischen Haltung gegenüber der traditionellen Kindergartenpädagogik. Das allein genügte aber nicht, eine Erziehung inhaltlich zu bestimmen und dann auch zu praktizieren.

Durch den täglichen Austausch unserer Gedanken über die Kinder, deren Zuhause, ihre Probleme und unsere Probleme mit den Kindern, erlangten wir ein erstaunliches Maß an selbstkritischer Einschätzung und Lösungsmöglichkeiten im Erziehungsalltag. Unser ständiges Streben war es, die Kinder nicht zu vergewaltigen, im Sinne: keine Gewalt über sie zu haben, sondern sie zu beobachten, wie und wodurch wir ihnen am ehesten gerecht werden, jedem einzelnen und als Gruppe. Wir lebten mit ihnen in einer Gruppe, in der (gewisse) Ziele sozialen Verhaltens von uns angestrebt wurden, wie z. B. mit gemeinsamem Eigentum umgehen, sich gegenseitig helfen, einander Gefühle zeigen und mitteilen, Konkurrenz abbauen, Ängste voreinander abbauen, Gleichberechtigung der Geschlechter unterstützen u.s.w., Ziele also, unter deren Verwirklichung wir zu leben wünschten.

Daß die Verwirklichung dieser Erziehungsziele ganz stark von unserem eigenen Verhalten gegenüber den Kinder und unserem Verhalten zueinander abhängig war, ist klar. Von daher waren wir gezwungen, uns ständig selbst zu kontrollieren, aber auch vom anderen und vom Verhalten der Kinder zu lernen.

Machtgerangel, Konkurrenzängste und Unterdrückung durften deshalb bei uns beiden Frauen möglichst wenig auftauchen; sonst wäre unser ständiges Streben nach einer Erziehung zur Solidarität und Freundschaft zum Scheitern verurteilt.

Es gäbe sicherlich viel darüber zu sagen, wie sich trotzdem gewisse Machtstrukturen immer wieder einschlichen, wie schwierig es war, bei ungleicher Bezahlung (weil unterschiedliche Ausbildung) doch partnerschaftlich miteinander zu arbeiten und wie schwierig es war, Kompetenzen auf Grund von zugewiesener Leitungsfunktion abzugeben und zu delegieren.

Diese Schwierigkeiten waren ein ständiger Lernprozeß, sowohl für diejenige, die Macht abbauen mußte, als auch für diejenige, die es gewohnt war, sich Autoritäten zunächst einmal anzupassen. Wir können sagen, daß eine echte Partnerschaft erst wirklich möglich war, nachdem meine Kollegin mich als Leiterin über ein viertel Jahr vertreten hatte und anschließend die Leitungsfunktion abgeschafft wurde.

Frauen lernen kämpfen

Im folgenden soll aber noch ein anderer Aspekt der Kindergartenarbeit beschrieben werden, den ich, für sich betrachtet, nicht nur für ebenso wichtig erachte, sondern der notwendiger Bestandteil der Kindergartenarbeit sein sollte, will man tatsächlich das tradierte Rollenverständnis aufbrechen.

Allerdings kam auch hier eine günstige Voraussetzung hinzu: Unser Kindergarten war ein "Überzeugtenkindergarten", d. h. Eltern brachten meist gezielt ihre Kinder zu uns, weil sie unseren Erziehungsstil für gut hielten. Das brachte mit sich, daß sich die Eltern viel stärker mit "ihrem" Kindergarten identifizierten, besonders dann, wenn unser Kindergarten angegriffen wurde. Dies war auf Grund seiner fortschrittlichen Erziehungsarbeit und auf Grund seiner modellhaften Bedingungen (15 Kinder pro Gruppe und 2 Bezugspersonen, keine Ganztagskinder, son-

Hallo Wohngemeinschaften!

Wenn Ihr sie noch nicht kennt, die "Montagsnotizen", dann ist es angebracht, sich fix eine Probenummer gegen Einsendung von DM 1,30 in Briefmarken zuschicken zu lassen! Die "Monos" werden vom Verein Humanes Wohnen in Hamburg herausgegeben und behandeln alles, was Wohngemeinschaften betrifft. Und sie erscheinen regelmäßig! Jeden Monat.

Neue Nummer zu haben in linken Buchläden der BRD, an Kiosken in HH 13 oder direkt von: Verein Humanes Wohnen, 2 HH 13, Bundesstraße 9 (Porto DM o,30!)

aus dem inhalt:

Christen für den Sozialismus
Berichte aus Zentralamerika
Kolumbien
Venezuela
Ecuador
Peru
Bolivien
Brasilien
Paraguay
Uruguay
Argentinien
M.Duran, Chile: Not, Folter und Wirtschaftspolitik
A.G.Frank, Krise der Kapitalakkumulation
Antitheologen der Befreiung
Solidarität französischer Bischöfe
E. Galeano, Neue Politk Carters
B. Plöschke, Sind Kirchen lernfähig?

Vertrieb: ila, buschstr. 20, 5300 bonn

Verlag Arndtstrasse

Laura Picco: Feenhände
Bildergeschichten aus dem Leben einer Frau. Kindheitssituationen und Szenen aus dem linken Alltag. 9.--DM

Hedwig Dohm: Die Antifeministen
Eine spöttische Attacke auf den männlichen Überlegenheitswahn. Ein klassischer Text der deutschen Frauenbewegung aus dem Jahre 1902. 9.--DM

Hedwig Dohm: Werde, die du bist
Die Geschichte einer Frau, die erst als Witwe ihr Recht auf ein eigenes Leben entdeckt, sich das erste Mal verliebt und dafür in eine Irrenanstalt gesteckt wird. 9.--DM

Verlag Arndtstrasse, Arndtstrasse 31, 6000 Frankfurt

Chr. Gauke Verlag
Postfach 1225 - 3510 Hann.Munden 1

"wir wollen einhaken/gemeinsam/in unseren mangel an wahnsinn/ des sich-nicht-entgegenkommens"; unser Kampf gegen Repression ist das Thema: Zensur, massives Saubermannstum u. Ordnungsrecht – die "sanfte Tour" des Terrors – sind Bicknaeses Angriffspunkte. "Was die Gedichte des Autors von anderen Lyrikneuerscheinungen unterscheidet, ist ihre unbedingte Ehrlichkeit, ihre persönliche Glaubwürdigkeit. Seine Verse haben Substanz, weil in ihnen mehr als in anderen politischen Gedichten dieser Jahre eigenes Erleben, eigenes Erleiden u. eigene Erfahrung Gestalt gewinnt... Selten ist der Bewußtseinswandel, die Abwendung von der bürgerlichen Gesellschaft u. die Hinwendung zur proletarischen Solidarität, der Weg zu sich selbst, zum DU der Gemeinschaft der Kämpfenden so überzeugend dokumentiert worden wie in Hendrik Bicknaeses Bekenntnislyrik... Die formalen Mittel leiten sich aus keiner Lyriktheorie, sondern von ihrer inhaltlichen Bestimmung ab " (Peter Schütt): "mit der hoffnung/noch oft geboren zu werden/eine lebendige wirklichkeit/zu gebären."

ISBN 3-87998-015-2

Hendrik Bicknaese
Spinnfäden
für brechende Köpfe
Texte zum
Sicherheit & Ordnungs - Syndrom
Lyrik Agitprop Satire
Vorwort von Peter Schütt

Hendrik Bicknaese Weender Str. 79 3400 Göttingen
Zu beziehen gegen Vorauszhlg. v. DM 9,– auf PSch. A. HAN. 107769-301 – H. Bicknaese oder Scheck oder p. Rechg. beim Autor. Verlag u. i. Buchhandel 64 S. Chromolux-Umschlag DM 9,–

dern zwei Halbtagsgruppen) oft der Fall.
Zunächst sahen es die Väter als ihre Aufgabe an, auf Angriffe brieflich zu reagieren, später, als sich die Väter zunehmend aus dem Kindergarten zurückzogen, weil er zum Alltagsleben der Frauen gehörte, nichts besonderes mehr war, wehrten sich die Mütter.
Diesmal ging es nicht um Angriffe auf die Erziehung, sondern um die Existenz des Kindergartens. Ich will nicht die Kämpfe beschreiben, die die Mütter mit den örtlichen Politikern austrugen und die teilweise zu beachtlichen Erfolgen führten, sondern darüber reflektieren, welche enormen Nebenwirkungen solch ein Engagement mit sich bringt. Dies war also das eine Moment, daß sich Mütter wehren mußten; das zweite Moment war folgendes: bedingt durch die Gruppenreduzierung hatten wir keine Nachmittagsgruppe mehr und konnten die freigewordene Zeit zu verstärken Eltern-(sprich: Mütter-) kontakten nutzen. Ein wichtiges Element hierin war unser wöchentlicher "Mütter-Kind-Nachmittag", zunächst gedacht als Ersatz für mangelnde Spielplatzkontakte im Herbst und Winter, dann aber eine ständige Einrichtung auch während des Frühlings und Sommers. Wir boten an diesem Nachmittag den leerstehenden Gruppenraum sowohl den Kindern zum Spielen, als auch den Müttern zum Unterhalten bei Tee und Gebäck an. Wichtig war uns, den Kreis zu öffnen, d. h. Frauen mit Kindern, die nicht zum Kindergarten gehörten, einzuladen. Es glich einem Frauencafé und hatte auch diese Atmosphäre,

nur kamen eben keine emanzipierten, sondern rollenkonforme Frauen. Die örtliche SPD versuchte seit langem, so ein Frauencafé aufzumachen, scheiterte aber zweimal mangels Nachfrage. Wichtig für das Gelingen unseres Mütternachmittags war eben das Gemeinsame, Verbindende: zu einem Kindergarten zu gehören oder diese Zugehörigkeit anzustreben und zu fühlen: hier brauch ich nichts Gescheites zu sagen, hier werde ich akzeptiert, wie ich bin; hier kann ich mich entspannen, mich austauschen und mein Kind fühlt sich wohler als zu Hause.
Dieses zweite Moment gab also dem wichtigen emotionalen Anteil Raum. Hier konnten Enttäuschungen mitgeteilt werden über mangelnde Unterstützung beim Kampf um die Existenz des Kindergartens, als auch "Siegesräusche" gefeiert werden.
Was für mich beschreibens- und nachahmenswert ist, ist das, was mit Frauen geschehen kann, wenn sie beginnen, ihren rein häuslichen Aufgabenbereich zu erweitern und sich gegen politische Fehlentscheidungen zur Wehr zu setzen...
Es gab zwei Kämpfe, die die Frauen führen mußten:
a.) gegen ihre Männer bzw. gegen deren Vorbehalte und Ängste, gegen deren Ziel, die Frauen wieder an die Hauspflichten zu binden, indem sie ihre Aktivitäten lächerlich machten und kritisierten. Waren sie nicht aktiv dagegen, so verhielten sie sich passiv;
b.) gegen die örtlichen Politiker und deren Strategien, den Kindergarten zu schließen.
Die Einsicht, daß sich nur die Eltern gegen Repressalien der Verwaltung in einer wirksamen Form wehren können, haben wir immer wieder in allen Gesprächen mit den Eltern deutlich gemacht, indem wir auf unser Abhängigkeitsverhältnis von unserem Arbeitgeber verwiesen. Die Mütter sahen ein, daß es nicht ausreicht, nur zur Wahlurne zu gehen, sondern daß sie den "Gewählten" auf den Fersen bleiben, Forderungen aufstellen und die Politiker bei ihren Versprechen nehmen müssen. Sie lernten Termine mit den Politikern zu vereinbaren, Gespräche und Gesprächstaktik vorzubereiten, sich mit fachlichen Informationen so vollzustopfen, daß sie die Politiker in Verlegenheit brachten. Sie lernten Öffentlichkeit herzustellen und nicht locker zu lassen, bis für sie annehmbare Kompromisse herauskamen. Daß wir zum Schluß – nach über einem Jahr Kampf mit der Stadt und anderen Institutionen – einem recht faulen Kompromiß zustimmen mußten, hat sicherlich etwas mit dem langen Atem zu tun, und damit, daß wir Frauen eben doch keinen Einfluß in den Machthierarchien haben, sondern unsere Stärke darin besteht, geschlossen aufzutreten und diese Stärke langsam abbröckelte. Rückblickend ist noch folgendes wichtig: begünstigend in diesem Kampf um unseren Kindergarten kam die Tatsache, daß sich durch eine Veranstaltungsreihe der ASF (Arbeitskreis sozialdemokratischer Frauen) über Kindergartenprobleme eine Elterninitiative – sprich: Mütterinitiative – gebildet hatte, in der auch "unsere" Mütter vertreten waren. Diese Elterninitiative forderte, angeregt durch unser Modell, in allen städtischen Kindergärten Bedingungen wie bei uns und darüber hinausgehende (z. B. Supervision für die Erzieher). So kam es in dieser Zeit auch zu einem regen Austausch unter den Müttern verschiedener Kindergärten.
Die Frauen erlebten sich teilweise zum ersten Mal als aktiv politisches Subjekt. Sie entdeckten bei sich Fähigkeiten, die bislang durch ihre Hausfrauenrolle brachlagen und sie lernten das Gefühl der Solidarität kennen. Daß auch Profilierungskonkurrenzen auftraten, tat der Sache glücklicherweise nie Abbruch.
Zu diesen Kämpfen kamen intensive Gespräche untereinander; das Anspornen unsererseits und das Anerkennen und Reflektieren der geführten Politikergespräche und anderer Aktivitäten förderte einen wesentlich intensiveren Gesprächsaustausch zwischen Müttern und uns. Viele sahen in unserer Berufstätigkeit ein begehrenswertes Ziel und identifizierten sich mit uns. Unsere Anerkennung für die politischen Aktivitäten der Frauen hatte aber auch eine Kehrseite: der Kampf zu Hause mit dem Mann, sein Unverständnis oder nur geteiltes Verständnis für das Engagement der Frau und für ihre Unzufriedenheit, nur zu Hause zu sein und von ihm abhängig zu sein, beschwor manchen Ehekrach hervor. Ich glaube, daß unser Ansatz über die Mütternachmittage richtig ist und daß aus ihm verbindlichere Formen der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe unter den Frauen entstehen können.

GUNDEL LOHMANN-PABST

Broschüre: Arbeiter des Iran

Im Iran, einem der "stabilsten Länder der Welt" (Alfred Dregger), gibt es weder Presse- noch Gewerkschaftsfreiheit, dafür aber Sicherheit für das Kapital. Die Militärdiktatur des Schah garantiert niedrige Löhne für die Lohnarbeiter und hohe Gewinne für die multinationalen Konzerne. Für die Gegner des Regimes: Folter und Hinrichtung. Deshalb brauchen die Arbeiter des Iran unsere Solidarität und Unterstützung. Im Rahmen der Kampagne für die Herstellung gewerkschaftlicher Rechte im Iran wurde eine Broschüre jetzt ins Deutsche übersetzt und herausgebracht: T. Jalil (iranischer Gewerkschafter), Arbeiter des Iran – Unterdrückung und der Kampf für demokratische Gewerkschaften. Diese Broschüre informiert über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der iranischen Arbeiter, ihre Geschichte, ihre Unterdrückung, ihre Kämpfe und ihre Perspektiven. Unterstützt die Kampagne für demokratische Gewerkschaften im Iran durch Übernahme und Verbreitung dieser Broschüre!
Die Broschüre hat einen Umfang von 70 Seiten und kostet DM 4.--. Bei Bestellung bitte im voraus zahlen, also den Gegenwert in Briefmarken, Bargeld oder als Verrechnungsscheck beilegen. Bezug: Bernd Faller, Urbanstr. 48, 7000 Stuttgart 1.

Diskussionen mit PCI-Vertreter

Auf Einladung des Kritischen Forums Ludwigsburg hielt sich Lucio Lombardo Radice, Mitglied des Zentralkomitees des PCI, in der Zeit vom 20.6. bis zum 27.6.1977 in Baden-Württemberg auf. Während dieser Zeit fanden drei öffentliche Veranstaltungen statt – am 21.6. in Ludwigsburg, am 24.6. in Ulm und am 26.6. in Stuttgart –, die "Eurokommunismus, Krise in Italien, die programmatische und strategische Antwort des PCI auf die Wirkungen der Krise" etc. zum Thema hatten. Daneben fanden auch noch einige kleinere und nichtöffentliche Treffen statt, in denen interessierte Genossen der "linken Szene" Gelegenheit hatten, im kleineren Kreise und damit in intensiveren Auseinandersetzungen mit dem Genossen Lombardo die Politik der KPI, ihre Geschichte, ihre ideologische Konzeption, ihre Schwierigkeiten im nationalen und internationalen Rahmen etc. zu diskutieren. Es zeigte sich, daß vor allem in den Reihen der SPD – hier vor allem die Jusos – und den unorganisierten Linken Interesse an solchen Treffen bestand, während bei den anderen, DKP oder GIM, bereits vorgefaßte und feste Einschätzungen des "Eurokommunismus" festzustellen waren, die weitere Diskussionen als nicht sonderlich wichtig, oder auch wie im Falle der DKP, die Auftritte des Genossen Lombardo wohl sogar auch als störend empfunden wurden. Der Genosse Lombardo wurde von uns nicht eingeladen, um hier Werbung für den "Eurokommunismus" zu machen und irgend ein neues Identifikationsmodell anzubieten (wie es leider vorschnell unterstellt wurde). Vielmehr wurde er als Vertreter der mächtigsten kommunistischen Partei Westeuropas eingeladen, deren nationale wie auch internationale Aktivitäten für West- und Osteuropa von großer Bedeutung sind!
Im Vordergrund des Besuches standen die Wirkungen und die Bedeutung des "Eurokommunismus" für und in Westeuropa und hier vornehmlich auch für die BRD. Wie wenig hier zwischen Euro- und sonstigem Kommunismus differenziert wird (es sei denn, die bürgerliche Presse will sich an Spaltungen laben), zeigen die Begebenheiten in Ulm. Dort wurde den Veranstaltern (Initiative Sozialistisches Zentrum, FILEF, Die Falken, Naturfreundejugend) der Saal des DGB eben deshalb verweigert, weil ein Vertreter einer kommunistischen Partei dort auftreten sollte. Aus gleichen Gründen wurde den Jusos in Ulm untersagt, an der Veranstaltung als Mitorganisatoren namentlich in Erscheinung zu treten.
Diese Ereignisse waren Lehrbeispiele für den Genossen Lombardo für die bundesrepublikanische Atmosphäre und auch für die Schwierigkeiten, miteinander in Bündnissen gemeinsam Probleme anzugehen oder auch nu

emeinsam miteinander offen zu skutieren. Gleichzeitig erfuhr der enosse Lombardo während eines nterviews mit der Südwestpresse in lm von dem Chefredakteur und einem Stellvertreter, daß es in der RD keine Berufsverbote und "Ähnches" gäbe, daß das Gerede von epression etc. nur maßlose Übereibung sei, und wir schließlich die este Demokratie hätten!
iese kurzen Hinweise verdeutlichen uch, warum "Eurokommunismus" uch in der BRD von Bedeutung t, sie geben auch die praktischen ezüge an. Genosse Lombardo forulierte es so: "Die Lage in der RD ist nicht nur eine innere deutsche rage, nein, es ist etwas, das für anz Westeuropa entscheidend ist." ie Frage der Solidarität, die als raktische Frage auch die eines eineitlichen und breiten Vorgehens egen Repression, gegen Berufsverote etc. darstellt, wird auch entcheidend für die Entwicklungsmögchkeiten des Kommunismus in Itaen sein. **ULRICH ZUPER**

lochmals — 'Buback-Nachruf" Eine Zuschrift

er Beitrag von Willi Michel in der zten "links" darf nicht unwidersproen bleiben, wie auch ein Teil der eaktion, die von Seiten der "links"-edaktion auf die Buback-Affäre in öttingen kam. Ich fand den Beitrag n Willi Michel – ohne jetzt genauso ngen zu wollen – doch irgendwie rogant, eben dadurch, daß er sagen llte: "Ich weiß, was die Arbeiter nken (oder besser: daß sie so ne Unterschiede nicht machen), er die Studenten in den Hörsälen ssen es nicht."
rogant ist das insofern, als dait eine Intellektuellenfeindlichkeit m Ausdruck kommt, die in der eutschen bürgerlichen Öffentlichkeit schon Tradition hat. Ich will dem enossen beileibe nicht seine sicherh höhere Kompetenz in dieser ache absprechen, aber für Soziaten heißt es ja wohl gerade in ihr Arbeit, das Bewußtsein der Arbeiter nicht als unveränderlichen Fakr anzusehen, sondern u. a. über e Funktionsweisen der bürgerlichen pparate (hier: der Presse) aufzuären. Wenn man politische Arbeit wie Genosse Michel versteht, muß an sich damit zufrieden geben, daß B. die Arbeiter am KKW Grohnde ch nicht so feine Unterschiede achen und am liebsten alle Kernaftgegner, Molukker, wie sie sie nennen, in die Weser werfen wollen, weil sie ihre Arbeitsplätze bedrohen. Aufzuklären gilt es noch immer über den Inhalt des Artikels, der selbst in der "links" nur so zitiert wird, wie es schon seit Monaten in der bürgerlichen Presse geschieht.
Ich verlange von niemandem hier eine Identifikation mit dem Artikel aus den "Göttinger Nachrichten", aber ich meine, daß gerade angesichts der Ereignisse der letzten Monate mit ihren Ermittlungsverfahren gegen nachdruckende Studentenschaften und Professoren, Wohnungskündigungen (in Bochum), sowie der reaktionären Hetze gegen das "geistige Umfeld", gerade auch nach den Schüssen von Oberursel, massive Solidarität geleistet werden muß.
Auch wenn von Seiten des Göttinger AStA und der Redaktion der ‚Göttinger Nachrichten', in der auch ich sitze, Fehler gemacht worden sind (z. B. die uns von D. Claussen vorgeworfene Argumentation nur innerhalb der Linken), so ist es doch angesichts der obigen Entwicklung notwendig, daß gerade das SB mit seiner Anti-Repressions-Arbeit hier eingreift. Es gibt nämlich hier kein selbstbemitleidendes Gezanke über das Verzerren der Medien, und in diesem Fall ist es beileibe kein verlorener Boden, wenn sich die Linke auf die Berufung auf die Pressefreiheit zurückzieht. Das haben fortschrittliche Sozialdemokraten ("dasda"-Redaktion, unterzeichnende Profs einer Resolution, die zu einer "rationalen Diskussion" des Nachrufes auffordert) anscheinend schon eher erkannt, als "links"-Mitarbeiter und -Leser (?).
Für mich steht die Ausweitung dieses Konflikts voll im Rahmen der staatlichen Repressionsmaßnahmen mit ihren Ausformungen durch den § 88a und ähnlichem und den Kriminalisierungsstrategien des Staates (z. B. durch Einschaltung der Terrorismusabteilung des BKA bei den Hausdurchsuchungen Pfingsten – Katharina Blum, ick hör dir trapsen). Der Konflikt steht aber auch auf einer Stufe mit dem noch immer nicht gewonnenen Kampf gegen die Illegalisierung des Trikont-Buches "Wie alles anfing". In diesem Sinne schließe ich mich der Forderung der SB-HSG Göttingen an: nicht vor Opportunismus umfallen, sondern endlich Farbe bekennen.
P.S.: Um's klar zu stellen: die im Nachruf geäußerte Hoffnung auf öffentliche Kontroverse war auf die studentische Öffentlichkeit gemünzt, mit dem Ziel, eine Diskussion über die Standpunkte zum Terrorismus-Problem in Gang zu setzen, und nicht eine – wie es immer wieder dargestellt wird – bewußte Provokation der bürgerlichen Öffentlichkeit. So masochistisch ist niemand in der Redaktion veranlagt.
JÜRGEN BISCHOFF

Berufsverbote:

Das Aktionskomitee gegen Berufsverbote und das Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte haben im Mai eine neue Broschüre über aktuelle Berufsverbotsfälle veröffentlicht:

Dokumente 5. Mai 77. Preis: 5,– Mark.

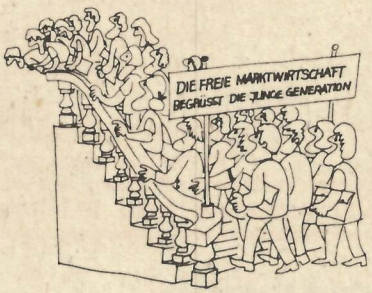
Außerdem sind noch lieferbar (und leider noch aktuell):

Dokumente 2. Oktober 75 Preis: 3,– Mark.
Dokumente 3. Februar 76 4,– Mark.
Dokumente 4. Juni 76 3,– Mark.
Jens A. Brückner, „Wie verhalte ich mich bei Berufsverbot? 3,– Mark.
Stimmen der internationalen Presse zu den Berufsverboten
Berichte und Analysen (Inter) 4,– Mark.
Gewerkschaften und Berufsverbote. (GEW) 4,– Mark.

Alle Broschüren sind vom KIRSCHKERN-Buchversand GmbH, 1000 Berlin 12, Schlüterstr. 28, zu beziehen.
Am einfachsten durch Voreinzahlung des jeweiligen Betrages plus Porto (1 Expl. –,70, 2 Expl. 1,20, ab 3 Expl. 2,–) auf das Postscheckkonto Berlin-West 410561-101. Auf dem linken Zahlkartenabschnitt Adresse und das Gewünschte angeben.

express plakat
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Arbeiterjugend in der Krise



Inhalt: Arbeiterjugend in der Krise • Arbeitslos – was passiert danach • Diffamierung der Arbeitslosen • Aktion gegen die Jugendarbeitslosigkeit • Thesen: Übernahme aller Lehrlinge • Gewerkschaftsarbeit auf dem Land • Selbsthilfegruppen – Alternativen im und gegen den Kapitalismus • Bildungsurlaub – Politik für wen?
Dieses "express"-plakat erschien als Beilage zum "express" – Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – Ausgabe Juli 1977. Die Beilage kann einzeln beim Verlag 2000, 605 Offenbach bestellt werden und zwar gegen Voreinsendung von DM 5,-- für 10 Ex., DM 15,-- für 50 Ex.

Sozialistische Umweltpolitik

Kongreß und Aktionswoche in Frankfurt vom 28.10. - 6.11.1977

Während bis vor kurzem große Teile der Linken die Umweltschutzdiskussion als Mittelschichtsproblem verkannten, ist heute – nach Wyhl – eine Wende in der Diskussion eingetreten: War man bis dahin häufig der Ansicht, daß sich das Umweltproblem durch die soziale Revolution, durch theoretische und praktische Kapitalismuskritik von selbst lösen würde und daher nicht eigens thematisiert zu werden brauchte, so versteht die Linke heute die Umweltdiskussion als einen wesentlichen Ansatz der Kapitalismuskritik. Zumindest in der undogmatischen Linken gibt es heute kaum noch Befürworter der Atomenergie – ob sie nun unter kapitalistischen oder sozialistischen Vorzeichen propagiert wird. Viele arbeiten sogar mit großem Engagement in den verschiedenen Bürgerinitiativen mit – eine Aktivität, die vor wenigen Jahren unter Genossen nur mitleidiges Lächeln erregte. Dieser Lernprozeß ist jedoch so plötzlich vonstatten gegangen und teilweise so punktuell auf die Gefahren der Atomenergie bezogen, daß die Konsequenzen, die sich aus dieser Positionsänderung für eine sozialistische Politik insgesamt ergeben, bisher kaum reflektiert wurden.
U. a. stellen sich folgende Fragen: Was bedeutet es eigentlich für die Perspektiven einer solchen Politik, wenn linke Kritik sich mit konservativer traditioneller Industrie- und Kulturkritik verbindet? Kann – z. B. im Hinblick auf die Atomenergie – weiterhin unbestritten der Satz gelten, daß die Entwicklung der Produktivkräfte im Schoß des Kapitalismus eine direkte und notwendige Vorbereitung des Sozialismus darstellt, der dann, sozusagen die gereiften Früchte des Kapitalismus ernten würde? Welche Perspektiven ergeben sich für eine sozialistische Politik aus der Rohstoffverknappung, wenn die Prognosen etwa der Bundesanstalt für Bodenkunde zutreffen, die Pestel und Mesarovic im zweiten Bericht an den Club of Rome zitieren ('Zur Lage der Menschheit', rororo Nr. 6997, S. 28f)? Müssen wir unsere Vorstellungen vom "Reich der Freiheit" ändern, wenn Mechanisierung und Automatisierung, die Freisetzung menschlicher Arbeitskraft für gesellschaftliche Tätigkeit durch Energie- und Rohstoffmangel begrenzt, vielleicht sogar teilweise rückgängig gemacht werden? Wenn also "das Reich der

er Affe Sun Wung erlernte die verhiedensten Fähigiten, z.B. kann er den Himmel aufeigen und in die lle hinabfahren. Er ftet Unruhe im Himelspalast, so daß e heilige und unanstbare Welt der tter in Verwirrung rät."

filmfaust
filmfaust Verlag D-6 Frankfurt/M. 1/Schumannstr. 64
Zeitschrift für den internationalen Film
filmfaust wird von Filmemachern gemacht. Erhältlich: Kom. Kinos u.a., Politische Buchläden, Montanus – oder direkt beim Verlag.

Notwendigkeit" wieder größer werden sollte? Setzt eine sozialistische Gesellschaftsordnung wirtschaftliches Wachstum ebenso voraus wie die kapitalistische, und wenn ja: welches? Welches sind die Ursachen für die Forcierung der Atomenergie und für die Umweltzerstörung in den Ländern des "realen Sozialismus"? Wie kann vermieden werden, daß in den noch nicht industrialisierten Ländern die gleichen Fehler wiederholt werden? Und wenn sie vermieden werden – bedeutet das nicht ein Überspringen bestimmter kapitalistischer Entwicklungen, was die Vorstellung von der gesetzmäßigen Entwicklung der Produktionsverhältnisse über den Kapitalismus zum Sozialismus in Frage stellen würde?
Der Versuch einer Beantwortung dieser und anderer Fragen soll in den im folgenden aufgeführten 11 Arbeitsgruppen erfolgen, die in drei Themenkomplexe eingeteilt sind. Jeder Themenkomplex hat eine Einführungsveranstaltung.

I. Umweltkrise und Produktionsweise

Einführungsveranstaltung (in der Universität, Hörsaal VI), Freitag, den 28.10.77, 20.00 Uhr
Arbeitsgruppen am Samstag, den 29. 10.77, 9.30 - 18.00 Uhr: (Tagungsort: Fachhochschule, Nibelungenplatz 1)
1. Ökonomische und politische Ursachen der Umwelt- und Energiekrise
2. Konkrete Kapitalbewegung und Atomenergie
3. Rationalisierung/Arbeitsplätze/ Energiepolitik
4. Inhalte und Grenzen des Wachstums.

II. Umweltkrise und Dritte Welt

Einführungsveranstaltung (Aula der Fachhochschule), Samstag, den 29. 10.77, 20.00 Uhr
Arbeitsgruppen am Sonntag, den 30. 10.77, 9.30 - 16.00 Uhr
1. Umweltzerstörung als Folge von Kolonialismus und Neokolonialismus: Technologietransfer und ökologisches Gleichgewicht
2. Wachstum und Unterentwicklung
3. Praktische und theoretische Alternativ-Modelle.
In der Woche vom 31.10. - 4.11.77 soll in Frankfurt eine Aktionswoche zum Ökologieproblem, insbesondere zur Atomenergie stattfinden. Eine Zusammenarbeit mit dem Stadtteilkino Harmonie (AKW-Filme), dem Club Voltaire (Ökologie-Ausstellung, Buchbesprechungen) und anderes ist geplant. Am 1.10.77 wollen wir den Versuch beginnen, die erste alternative Volkshochschule in einer Großstadt zu organisieren.

III. Perspektiven und Strategien

(Arbeiterbewegung, Umweltschutz, Bürgerinitiativen)

Einführungsveranstaltung (in der Universität, Hörsaal VI), Freitag, den 4.11.77, 20.00 Uhr
Arbeitsgruppen am Samstag, den 5. 11.77, 9.30 - 18.00 Uhr (Tagungsort: Fachhochschule)
1. Gewerkschaften und Umweltschutz, speziell Atomenergie
2. Umweltkrise und politische Entscheidungsstrukturen
3. Bedingungen eines erfolgreichen Widerstandes gegen Umweltzerstörung
4. Umweltkrise und Bewußtsein.

Ökologiefest

Samstag, den 5.11.77, 20.00 Uhr in der Fachhochschule
Theater – Songs – Tanz – Essen – Filme – Selbstdarstellung von Gruppen: und was Ihr Euch sonst noch alles unter einem Ökologiefest vorstellt.

Podiums- und Abschlußdiskussion

Sonntag, den 6.11.77, 11.00 - 13.00 Uhr in der Universität, Hörsaal VI Abschließend soll gemeinsam diskutiert werden, was a) in den Arbeitsgruppen als wesentlich und übergreifend erkannt wurde und zugleich b) dort nicht zu Ende diskutiert werden konnte. Diese Thematik kann nicht vorweg bestimmt werden, sondern muß durch die Arbeitsgruppen im Verlauf ihrer Diskussion festgestellt werden. Auf dem Podium soll deshalb nur diskutieren, wer sich an den Diskussionen der Arbeitsgruppe tensiv beteiligt hat.

Wir haben eine größere Anzahl mö licher Referenten eingeladen, von d nen bereits mehrere zugesagt h ben. Angefragt haben wir bei pra tisch allen, von denen wir wiss oder vermuten, daß sie zu einzeln der aufgeführten Themen etwas sagen haben (von Gorz bis Willer Wir sind uns aber darüber im klare daß uns nur ein kleiner Kreis, der dieser Problematik Arbeitenden b kannt sein dürfte, insbesondere we sie noch nicht publiziert haben; ge de die letzteren, Gruppen wie In viduen, möchten wir deshalb auf di sem Wege einladen, sich inhaltli (und soweit es die Rhein-Main-R gion betrifft bitte auch organisatorisc an der Vorbereitung und Durchfü rung des Kongresses zu beteilige Eine Möglichkeit ist die, uns ein m ximal vierseitiges Thesenpapier einem der angeführten Themen zuz schicken und Vorschläge für die we tere inhaltliche Strukturierung d Diskussion in den Arbeitsgruppen machen.
Die Durchführung regionaler od örtlicher Veranstaltungen mit Mobi sierungscharakter für den Umweltko greß wäre eine gute Sache. Bit informiert uns über Eure Pläne.
Veranstalter sind der Unterbezirksau schuß der Jungsozialisten und d Sozialistische Büro. Die Zusamme arbeit zwischen den Jungsozialist und dem SB ist der Initiative d Club Voltaire zu verdanken.
Der Kongreß ist selbstverständli kein Fachkongreß, er berührt die z künftigen Arbeitsbedingungen u Perspektiven aller Arbeitsfelder. W rechnen deshalb auf Eure inhaltlich organisatorische und nicht zuletzt nanzielle Unterstützung. Spende konto des Kongresses: Stadtsparka se Frankfurt – Umweltkongreß, c Werner Schäfer – BLZ 500501 Konto Nr.: 76075
Kongreßbüro: Sozialistischer Un weltkongreß, Kleine Hochstr. 5, 60 Frankfurt, Tel. 0611/285281 (monta - freitags von 15.00 - 18.30 Uh
Zusätzliche Kontaktadressen: Ma fred Zieran/Jens Mattheas, Neuh str. 42, 6000 Frankfurt, Tel. 061 599270

BBU ruft auf – BBU ruft auf – BBU ruft auf – BBU ruft auf

Großkundgebung Kalkar

24. September 1977

- Kein Schneller Brüter in Kalkar
- Einstellung aller Bauarbeiten
- Kein AKW am Niederrhein und auch nicht anderswo

Der ganze Niederrhein ein Diskussionsforum

1. Dezentralisierte Aktionen Freitag-Abend und Samstag-Morgen in Kalkar und den umliegenden Orten Emmerich, Kleve, Rees, Goch, Xanten, Wesel (Straßentheater, Flugblätter, Straßendiskussionen, Filme, Hausbesuche usw.)

2. Kalkar, Samstag, 14 Uhr
Demonstration und Großkundgebung

Informationen: BBU, Schliffkopfweg 31a, 7500 Karlsruhe 21

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Soute rain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593 • Redaktion "links" zur Zeit: Detlev Claussen, Egbert Jahn, Ja Kuhnert, Roland Roth, Jutta Rücker (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Ha fried Scherer • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Hohe Str. 28, (Soute rain), 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/832593. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlic Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,80, Jahresabonnement DM 20,-- zuzüglich DM 5,-- Versandkosten, einz zahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokon Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigun der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. F Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honor bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat • Druck: hbo-druck, Einhausen Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jet abonnieren!"; "links"-extrablatt; Prospekt "Klassenkämpfe" der vsa – Verlag für das Studium der Arbeite bewegung; Aufruf der Bertrant Russell Peace Foundation.